



Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien

Eine Gefahr für den
gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien

Eine Gefahr für den
gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Inhalt

Zusammenfassung	6
Executive Summary	9
1 Einleitung: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und das Vertrauen in politische Institutionen im Zeitvergleich	12
Literatur	20
2 Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017	22
2.1 Einleitung	22
2.2 Das Wichtigste in Kürze	25
2.3 Demokratieunterstützung – eine eigene Kategorie der Politische-Kultur-Forschung	29
2.4 Demokratieunterstützung in den Bundesländern	40
2.5 Zufrieden – unzufrieden – demokratisch – skeptisch? Typen und regionale Verteilung politischer Kulturen	48
2.6 Konsequenzen und Schlussfolgerungen	52
Literatur	54
ANHANG	56
3 Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise?	62
3.1 Einleitung	62
3.2 Das Wichtigste in Kürze	64
3.3 Vertrauen in Parteien aus theoretischer Perspektive	66
3.4 Empirische Auswertungen zum fehlenden Vertrauen in Parteien	70
3.5 Konsequenzen und Schlussfolgerungen	88
Literatur	92
ANHANG	94
Über die Autoren	96
Impressum	98

Zusammenfassung

Das „Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen“ ist eine von neun Dimensionen, mit denen die Bertelsmann Stiftung gesellschaftlichen Zusammenhalt empirisch misst. Obwohl wir in unseren Studien der letzten Jahre zeigen konnten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland insgesamt nach wie vor stark ist, eröffnet der Blick auf einzelne Dimensionen eine differenziertere Sicht. So erwies sich insbesondere das Vertrauen in Institutionen als eine Dimension mit eher niedrigen Werten. Angesichts des wachsenden Populismus in Deutschland kommt diesem Befund eine besondere Bedeutung zu. Daher konzentrieren sich die beiden in dieser Broschüre zusammengefassten Teilstudien auf diese Dimension von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Sie untersuchen, wie es um die Unterstützung der Demokratie und das Vertrauen in politische Institutionen – insbesondere in die Parteien – in Deutschland derzeit bestellt ist.

Die beiden Autorenteams greifen dazu auf einen repräsentativen und regional gegliederten Datensatz des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ zurück. Von Januar bis März 2017 hat das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Deutschland mehr als 5.000 Personen telefonisch befragt (Festnetz und Mobilfunk). Durch die hohe Zahl der Befragten und den umfangreichen Fragebogen mit seinem breiten Themenspektrum resultiert aus dieser repräsentativen Umfrage ein äußerst ergiebiger Datensatz. Er ermöglicht es, sowohl regionale Unterschiede genauer zu untersuchen als auch verschiedene Bevölkerungsgruppen im Detail zu vergleichen. Dies ist bei einer Vielzahl der üblichen Umfragen in Deutschland so nicht möglich. Darüber hinaus hat infas für einen Zeitvergleich im Juli und August 2018 einige ausgewählte Fragen erneut im Rahmen einer Mehrthemenbefragung erhoben. Hierfür wurden 1.000 Personen repräsentativ befragt (ebenfalls Festnetz und Mobilfunk).

Die erste Teilstudie „Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017“ von Tom Mannewitz (TU Chemnitz) und Erik Vollmann (FAU Erlangen-Nürnberg) untersucht die unterschiedlichen Ausprägungen der Unterstützung der Demokratie in den deutschen Bundesländern. Die zweite Teilstudie „Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise?“ von Rainer Faus und Simon Storcks (beide Beratungsagentur pollytix) lenkt den Blick auf die Ursachen für geringes Vertrauen. Die Analysen in den beiden Teilstudien stützen sich vollständig auf den Datensatz von 2017. Beide Autorenteams haben dabei nur die Antworten der 4.969 von insgesamt 5.040 Befragten berücksichtigt, die eindeutig regional zuzuordnen waren. Außerdem haben Faus und Storcks für ihre Analysen nur die Antworten der Personen verwendet, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt waren (4.733 Personen), während Mannewitz und Vollmann alle Befragten ab 16 Jahren in ihre Analysen einbezogen haben.

Die Ergebnisse des Zeitvergleichs zwischen 2017 und 2018 finden sich in der Einleitung zu dieser Broschüre.

Kernergebnisse:

- **Eine deutliche Mehrheit der Deutschen steht zur Demokratie, aber die Tendenz ist rückläufig:** 69 Prozent der Befragten sind 2018 der Meinung, die Demokratie sei die beste Staatsform. Nicht einmal zehn Prozent lehnen diese Aussage ab. Allerdings ist die Zustimmung im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozentpunkte zurückgegangen (2017: 76 Prozent). Ebenfalls eine Mehrheit (52 Prozent) ist mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, zufrieden. 19 Prozent sind unzufrieden; das sind fünf Prozentpunkte mehr als 2017.
- **Die Zahl der zufriedenen Demokraten sinkt:** 2017 stimmte eine Mehrheit von 53 Prozent der Befragten sowohl der Demokratie als Prinzip als auch ihrer gelebten Praxis zu. Dieser Gruppe der „zufriedenen Demokraten“ stehen die „unzufriedenen Demokratieskeptiker“ gegenüber, also Personen, die sowohl die Demokratie als Staatsform ablehnen als auch mit der Demokratiepraxis unzufrieden sind. Ihr Anteil ist mit knapp drei Prozent eher gering ausgeprägt. 2018 geht der Anteil der zufriedenen Demokraten jedoch zugunsten einer wachsenden Gruppe von ambivalent eingestellten Personen auf 46 Prozent zurück.
- **Das Vertrauen in politische Institutionen – mit Ausnahme der Bundesregierung – ist weitgehend stabil:** Seit 2017 haben sich die Werte für das Vertrauen in Bundestag, Landtage, Landesregierung, politische Parteien sowie Polizei und Gerichte kaum verändert. Sie schwanken nur in einem vernachlässigenden Bereich. Einzig beim Vertrauen in die Bundesregierung ist eine markante Veränderung zu verzeichnen: Es sinkt von 30 Prozent im Jahr 2017 auf 24 Prozent im Jahr 2018.
- **Die Demokratieakzeptanz ist in den östlichen Bundesländern geringer:** In Deutschland ist die Unterstützung für die Demokratie insgesamt stark ausgeprägt, es gibt aber beträchtliche regionale Disparitäten: So fällt die Akzeptanz der Demokratie als bester Staatsform in den ostdeutschen Bundesländern durchweg geringer aus als in den westdeutschen. Am niedrigsten ist die Zustimmung mit einem Wert von 61 Prozent in Brandenburg, am höchsten in Niedersachsen mit 84 Prozent.
- **Bei der Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie unterscheiden sich Ost und West deutlich:** In allen westlichen Bundesländern sind 2017 mehr als die Hälfte der Befragten mit der Demokratiepraxis in Deutschland zufrieden, in sechs Bundesländern (Hamburg, Saarland, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz) liegt die Zufriedenheit sogar bei mehr als 60 Prozent. Im Osten sind lediglich in Mecklenburg-Vorpommern mehr als die Hälfte zufrieden, in Brandenburg und Sachsen sind es sogar weniger als 40 Prozent.

- **Regulative Institutionen genießen mehr Vertrauen als repräsentative:** Im Mittel gilt für alle Institutionen (Polizei, Gerichte, Landtag, Landesregierung, Bundestag, Bundesregierung, politische Parteien, öffentlich-rechtlicher Rundfunk): Ihnen wird eher vertraut (35 Prozent) als misstraut (22 Prozent). Betrachtet man die Institutionen einzeln, so zeigt sich, dass die eher regulativen rechtsstaatlichen Institutionen wie Gerichte und Polizei deutlich mehr Vertrauen genießen als die repräsentativen Institutionen. So vertrauen mehr als zwei Drittel der Deutschen der Polizei und knapp die Hälfte den Gerichten. Der Landesregierung vertraut etwa ein Drittel der Befragten, dem Landtag selbst etwas mehr als ein Viertel. Gleiches gilt für Bundestag und Bundesregierung. Deutlich geringer fällt das Vertrauen in politische Parteien aus: Diesen vertrauen 2017 neun Prozent der Befragten (2018: zehn Prozent).
- **Das Vertrauen in Parteien wächst mit dem Einkommen:** Insbesondere Bürger mit niedrigem sozioökonomischen Status vertrauen politischen Parteien weniger. So haben beispielsweise über 40 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 Euro kein Vertrauen in politische Parteien, während dies bei Menschen mit einem Einkommen über 3.000 Euro deutlich weniger als 30 Prozent sind.
- **Ungerechtigkeitsempfinden und Verunsicherung spiegeln sich im Misstrauen gegenüber Parteien:** Von den Befragten, die die Gesellschaft als sehr ungerecht empfinden, haben über 60 Prozent kein Vertrauen in Parteien. Bei den besonders stark Verunsicherten liegt der Anteil bei 56 Prozent. Anders sieht es aus bei denjenigen, die die Gesellschaft als sehr gerecht empfinden oder gar nicht verunsichert sind: Hier haben lediglich 12 bzw. 27 Prozent kein Vertrauen in Parteien.
- **Parteibindung vergrößert das Vertrauen – außer bei der AfD:** In der Regel bringen diejenigen, die sich einer bestimmten Partei verbunden fühlen, auch Parteien im Allgemeinen ein größeres Vertrauen entgegen. Dies gilt jedoch ausdrücklich nicht für die Anhänger der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD): 66 Prozent der Anhänger der AfD empfinden eher Misstrauen gegenüber Parteien.

Das gesunkene Vertrauen in die Demokratie und die politischen Institutionen ist ein Warnsignal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Angriffspunkt für Populisten. Umso mehr ist eine verantwortungsvolle Politik gefordert, konzentriert an Lösungen für die Sachfragen zu arbeiten, die die Menschen tatsächlich umtreiben. Dazu gehört eine Sozialpolitik, der daran gelegen ist, Armut und Ungleichheit nachhaltig zu verringern. Dazu gehört aber auch die Bereitschaft, Politik in Zeiten wachsender Unübersichtlichkeit zu erklären, ihre Verfahren verständlich zu machen und ihre Wertgrundlagen darzulegen. Lebhaftige Debatten in der Zivilgesellschaft lassen erkennen, dass es sich lohnt, den Dialog zu suchen, mehr Bürgerbeteiligung zu wagen und mit den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv das Miteinander in der pluralen Gesellschaft zu gestalten. Streit bleibt dabei nicht aus, er ist notwendig und gut, solange er von einem demokratischen Konsens getragen ist.

Executive Summary

“Trust in social and political institutions” is one of nine dimensions with which the Bertelsmann Stiftung empirically measures social cohesion. Although the studies we have conducted in recent years have shown that social cohesion in Germany as a whole remains strong, an examination of individual dimensions provides more differentiated findings. “Trust in institutions” in particular has proven to be a dimension with rather low values. This finding is especially significant in view of the growing populism in Germany. The two partial studies summarized in this brochure thus concentrate on this aspect of social cohesion. They examine the current situation in the country in terms of people’s willingness to support democracy and their trust in political institutions, especially political parties.

Both teams of authors make use of a representative and regionally segmented dataset from the Social Cohesion Radar. From January to March 2017, the *infas Institute for Applied Social Sciences* surveyed more than 5,000 people in Germany by telephone (landline and mobile phones). The high number of respondents and the extensive questionnaire with its wide range of topics have produced a dataset that is extremely insightful. It makes it possible to examine regional differences more closely while also comparing various demographic groups in detail, something that is not possible with many of the standard surveys carried out in Germany. Moreover, to compare findings over time, *infas* posed a number of key questions again in July and August 2018 as part of a multi-topic survey, for which a representative sample of 1,000 people was interviewed (also via landline and mobile phone).

The first study, *Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017 (Regional Patterns of Support for Democracy in Germany 2017)*, by Tom Mannewitz (TU Chemnitz) and Erik Vollmann (FAU Erlangen-Nürnberg) explores the different forms of support for democracy in Germany’s states. The second study, *Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise? (Healthy skepticism or crisis of confidence?)*, by Rainer Faus and Simon Storks (both of the pollytix consulting firm) sheds light on the reasons for lower levels of trust. The analyses offered in both studies derive completely from the 2017 dataset. Both teams of authors considered only answers provided by the 4,969 respondents who could be assigned to a specific region (of 5,040 in total). For their analysis, moreover, Faus and Storks used only those responses provided by individuals who were at least 18 years old at the time they were interviewed (4,733 respondents), while Mannewitz and Vollmann included all interviewees 16 years old or older in their assessment.

Results of the comparison of data from 2017 and 2018 can be found in the introduction to this brochure.

Key findings:

- **A clear majority of Germans support democracy, although in declining numbers:** In 2018, 69 percent of the respondents said they feel democracy is the best form of government, and less than 10 percent disagreed with that statement. That positive result was, however, 7 percentage points less than the previous year (2017: 76 percent). Similarly, a majority (52 percent) said they are satisfied with democracy as it exists in Germany, while 19 percent are not satisfied, 5 percentage points more than in 2017.
- **The number of satisfied democrats is declining:** In 2017, a majority of the interviewees, 53 percent, endorsed democracy both in principle and in practice. This group of “satisfied democrats” can be contrasted with “dissatisfied skeptics of democracy,” meaning people who reject democracy as a form of government and who are dissatisfied with it in practice. The share of those espousing the latter view is small, at just under 3 percent. In 2018, however, the share of satisfied democrats fell to 46 percent, while the group of respondents expressing ambivalence grew.
- **Trust in political institutions – with the exception of the federal government – has been largely stable:** Since 2017, the scores for trust in the federal parliament, state parliaments, state governments, political parties, law enforcement and judiciary have barely changed, fluctuating only negligibly. Only trust in the federal government has shifted noticeably, falling from 30 percent in 2017 to 24 percent in 2018.
- **Acceptance of democracy is lower in Germany’s eastern states:** Overall, there is strong support for democracy in Germany, although considerable regional disparities exist. Acceptance of democracy as the best form of government is consistently lower in the eastern states than in their western counterparts. The state with the lowest level of acceptance is Brandenburg, at 61 percent; the highest is Lower Saxony, at 84 percent.
- **When it comes to satisfaction with democracy in practice, clear differences exist between east and west:** In all of Germany’s western states in 2017, more than half of the interviewees said they are satisfied with Germany’s democracy in practice; in six states (Hamburg, Saarland, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Lower Saxony and Rhineland-Palatinate) the level of satisfaction even exceeds 60 percent. In the eastern states, only in Mecklenburg-Western Pomerania did more than half of the respondents say they are satisfied; in Brandenburg and Saxony, the figure is less than 40 percent.
- **Regulative institutions enjoy more trust than representative ones:** On average, all institutions (law enforcement, judiciary, state parliaments, state governments, federal parliament, federal government, political parties, public broadcasters) are more trusted (35 percent) than distrusted (22 percent). If one considers the institutions individually, it becomes clear that the more reg-

ulative constitutional institutions, such as the judiciary and law enforcement, enjoy considerably more trust than representative institutions. More than two-thirds of Germans trust the police, for example, and just under half trust the courts. Approximately one-third of the respondents trust their state government, slightly more than one-quarter the state parliament itself. The same applies to the federal parliament and federal government. There is markedly less trust in political parties, which only 9 percent of the respondents said they trusted in 2017 (2018: 10 percent).

- **Trust in political parties increases with income:** Especially people with lower socioeconomic status have less trust in political parties. For example, over 40 percent of the respondents with a net household income of under €3,000 do not trust political parties, while the same is true of significantly less than 30 percent of those with an income of over €3,000.
- **Feelings of injustice and insecurity translate into distrust of political parties:** Over 60 percent of the respondents who perceive society as very unfair do not trust political parties at all. Among those experiencing high levels of insecurity, the figure is 56 percent. The situation is different for those who feel that society is very just or who experience no insecurity, with only 12 and 27 percent, respectively, having no trust in political parties.
- **Party affiliation increases trust – except in the case of the AfD:** As a rule, those affiliated with a particular party also trust parties in general to a greater degree. This clearly does not apply, however, to supporters of the Alternative for Germany (Alternative für Deutschland, AfD) party, with 66 percent of AfD supporters saying they tend to distrust political parties.

The lower levels of trust in democracy and political institutions is a warning signal for social cohesion and a point of attack for populists. That makes responsible policy-making all the more important – policy-making that focuses on solutions to the issues people are actually concerned about. This includes a social policy capable of sustainably reducing poverty and inequality. In a time of growing complexity, it also requires a willingness to explain political activities and make the related processes transparent while defining the underlying values. Lively debates in civil society show that it is well worth engaging in dialogue, working to increase citizen participation and cooperating with partners in civil society to actively shape communal life in a diverse society. Conflict cannot be avoided, but is necessary and good as long as it is supported by a democratic consensus.

1 Einleitung: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und das Vertrauen in politische Institutionen im Zeitvergleich

Kai Unzicker

Die liberale Demokratie, so schien es lange Zeit, hat einen Lauf: Spätestens mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem überall spürbaren Aufbruch konnte man glauben, es sei nur eine Frage der Zeit, bis sie sich auch in den letzten Winkel der Welt ausgebreitet hätte. Doch bereits seit geraumer Zeit ist diese Entwicklung ins Stocken geraten. Mehr noch: Die politischen Krisenphänomene häufen sich. Das lässt sich nicht nur in den jungen Demokratien der Transformationsgesellschaften beobachten, sondern auch in den etablierten Demokratien. Der Politikwissenschaftler Yascha Mounk hat es auf den Punkt gebracht: „Die meisten Bürger haben schon lange eine schlechte Meinung von der Politik; mittlerweile sind sie ungeduldig, wütend, gar gehässig. Die Parteiensysteme wirkten schon seit Langem wie eingefroren; inzwischen haben autoritäre Populisten überall auf der Welt Zulauf, von Europa bis Amerika, von Asien bis Australien. Die Wähler waren schon früher mit dieser oder jener Regierung unzufrieden; nun aber sind viele von ihnen unser politisches System, die liberale Demokratie, leid“ (Mounk 2018: 8).

Die populistische Herausforderung

Die politische Landschaft hat sich in den letzten Jahren auch in Deutschland grundlegend verändert. Den ehemaligen und früher unangefochtenen Volksparteien CDU und SPD trauen immer weniger Bürger¹ zu, die anstehenden Herausforderungen zu meistern (siehe z. B. Infratest Dimap 2018). Demgegenüber sind neue Akteure auf die politische Bühne getreten. Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist inzwischen in allen 16 Landesparlamenten vertreten und seit 2017 auch im Bundestag. Damit hat sich der Rechtspopulismus, dem gegenüber sich Deutschland lange immun wähnte, auch hierzulande – wie in den meisten anderen europäischen Ländern – etabliert.

¹ Aus Gründen der Einfachheit und besseren Lesbarkeit verwendet diese Publikation vorwiegend die männliche Sprachform. Es sind jedoch jeweils beide Geschlechter gemeint.

Damit verbunden ist eine zunehmende Polarisierung der öffentlichen Meinung. Der Graubereich des politischen Kompromisses ist geschrumpft und es stehen sich immer häufiger unversöhnliche, widerstreitende Positionen gegenüber. Sie treten vor allem bei den Themen Migration, Integration und Europa zutage. An ihnen wird zurzeit ausgehandelt, was eine offene, vielfältige Gesellschaft ausmacht und ob sich Deutschland (weiterhin) so verstehen will.

Rechtspopulisten bringen sich allerorten dadurch in Stellung, dass sie gegen eben dieses Gesellschaftsverständnis opponieren. Die Fluchtzuwanderung der letzten Jahre und die Auseinandersetzungen über eine gemeinsame europäische Politik – nicht nur in Bezug auf die Geflüchteten – boten dazu genügend Anlässe. Die Gründe für den neuen populistischen Aufschwung gehen allerdings tiefer und lassen auf „Funktionsstörungen im Prozess der Vermittlung zwischen Bürger und politischem Entscheidungssystem“ schließen (Vorländer 2016: 59). Wenngleich der Populismus mit dem ihm begrifflich innewohnenden Bezug zum Volk den Eindruck erweckt, die wahre Demokratie gegen falsche Eliten zu verteidigen, geben Programmatik und praktische Politik ihn eher als antidemokratisch zu erkennen. Nicht zuletzt läuft seine Fiktion eines homogenen Volkes dem unhintergehbaren Pluralismus moderner Gesellschaften zuwider (a. a. O.: 71 f.).

Das populistische Versprechen, es könne einen Ausweg geben aus der Komplexität und Diversität der Gegenwart, findet gleichwohl zunehmend Anhänger. Und dies nicht nur an den Rändern des politischen Spektrums, sondern, wie das Populismusbarometer der Bertelsmann Stiftung (2018b: 10) gezeigt hat, vor allem auch in der politischen Mitte.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Gefahr?

Es gibt also guten Grund, beunruhigt zu sein und zu streiten, wie es weitergehen soll in Politik und Gesellschaft. Das spiegelt sich in den Debatten der Medienöffentlichkeit, ist aber auch spürbar in Freundeskreisen und Familien. Politische Divergenzen und sich daran entzündende Konflikte allein sind noch kein Symptom für einen schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt (worauf noch einzugehen sein wird). Trotzdem lässt sich festhalten, dass gegenwärtig weite Teile der Bevölkerung eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft wahrnehmen. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat jüngst neue Zahlen über die „Generation Mitte“ veröffentlicht: 2016 gaben bereits mehr als die Hälfte, nämlich 56 Prozent der Befragten in Deutschland, an, sie hätten den Eindruck, der Zusammenhalt würde schwächer. Heute, zwei Jahre später, sind es 67 Prozent (Institut für Demoskopie Allensbach 2018). Auch die Ergebnisse unserer eigenen Datenerhebungen spiegeln diesen Eindruck wider: Im Frühjahr 2017 gaben rund drei Viertel der Befragten an, dass der Zusammenhalt in Deutschland zumindest teilweise gefährdet sei (Bertelsmann Stiftung 2017a: 58). Wenig verwunderlich ist angesichts dieser wahrgenommenen Spaltungstendenzen auch, dass die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den letzten Jahren zu einer zentralen Frage politischen Handelns geworden ist. Von der lokalen Ebene bis hinauf zur Bundespolitik wird immer häufiger das Ziel ausgerufen, das gesellschaftliche Miteinander zu stärken.

Auf den ersten Blick überraschend greift die Wahrnehmung eines schwindenden Zusammenhalts in einer Zeit Raum, die – zumindest in Deutschland – von Wohlstandsgewinnen gekennzeichnet ist. Ein vergleichsweise starkes Wirtschaftswachstum, sprudelnde Steuereinnahmen und geringe Arbeitslosigkeit haben die letzten Jahre geprägt. Doch dieser Aufschwung hat nicht nur Gewinner hervorgebracht: Die unteren Einkommen sind kaum – wenn überhaupt – gestiegen, der Niedriglohnsektor ist expandiert und in den wirtschaftlich boomenden Metropolen wird der Wohnraum knapp. Dadurch ist für einkommensschwächere Bevölkerungsteile der freie Wohnungsmarkt weitgehend unbezahlbar geworden. Zu den Schattenseiten zählt auch die regionale Disparität im Land: Während einige Regionen boomen, fallen andere weiter zurück, Geschäfte, Schulen und Kitas schließen.

Angesichts der politischen Großwetterlage stellt sich die Frage, ob der gesellschaftliche Zusammenhalt grundsätzlich gefährdet ist und sich die Gesellschaft dauerhaft auf eine polarisierte und unüberwindliche Spaltung einstellen muss. Oder handelt es sich hierbei nur um eine Episode, einen kurzen Augenblick der Regression auf dem Weg zu einer liberaleren und offeneren Einwanderungsgesellschaft? Der Blick in andere europäische Länder wie Ungarn, Polen oder Österreich, aber vor allem auch über den Atlantik in die Vereinigten Staaten stimmt dabei eher skeptisch.

Wie die Bertelsmann Stiftung Zusammenhalt misst

Diese Fragen lassen sich nur beantworten, wenn genauer geklärt wird, was mit gesellschaftlichem Zusammenhalt gemeint ist, denn der Begriff selbst ist diffus. In den letzten Jahren hat es sich die Bertelsmann Stiftung daher zur Aufgabe gemacht, das soziale Miteinander in einer Reihe von Studien empirisch zu messen. Dabei verstehen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt als ein vielschichtiges und mehrdimensionales Phänomen. In unserem Konzept charakterisieren belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung eine kohäsive Gesellschaft (siehe Dragolov et al. 2016: 6 ff.). Diese drei Kernbereiche von Zusammenhalt unterteilen sich jeweils in drei weitere Dimensionen:

Der Bereich soziale Beziehungen spaltet sich in die Dimensionen soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen und Akzeptanz von Diversität auf. Verbundenheit gliedert sich in die Dimensionen Identifikation, Vertrauen in Institutionen und Gerechtigkeitsempfinden. Der Bereich Gemeinwohlorientierung schließlich setzt sich aus den Dimensionen Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln und gesellschaftliche Teilhabe zusammen. Sozialer Zusammenhalt hat also im normativen Ansatz unseres „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ neun verschiedene Bausteine. Die Bertelsmann Stiftung hat mit diesem empirischen Messinstrument in unterschiedlichen Studien seit 2013 die Entwicklung der sozialen Kohäsion im internationalen Vergleich (Bertelsmann Stiftung 2013; 2017b), in Deutschland (2014; 2016; 2017a) und auf der lokalen Ebene (2016a; 2018a) untersucht.

In den beiden Studien dieser Broschüre konzentrieren wir uns – auch vor dem Hintergrund der wachsenden Zustimmung zu populistischen Positionen – darauf,

wie es gegenwärtig um das Vertrauen in politische Institutionen und insbesondere Parteien bestellt ist und was dies für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt bedeutet.

Dabei ist zunächst festzuhalten, dass in unserem Konzept politische Konflikte oder Polarisierungen zunächst keine unmittelbare Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielen. Eine Gesellschaft mit wenigen Konflikten ist demnach nicht zwangsläufig kohäsiver als eine mit mehr Konflikten. Vielmehr gehen wir davon aus, dass die kontroverse Aushandlung von Interessenkonflikten ein Kernelement der pluralen Gesellschaft ist. Allerdings sind dieser Ausgleich von Interessen und die Austragung von Konflikten auf einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt angewiesen. Zu seinen Fundamenten gehört auch eine Verständigung darüber, wie Meinungsunterschiede ausgetragen werden bzw. welchen Institutionen und Verfahren man diese Verständigung anvertraut. Darüber hinaus stellt starker Zusammenhalt sicher, dass Kontrahenten im politischen Wettstreit um die besten Lösungen sich mit Respekt und Achtung begegnen und sich wechselseitig als unterschiedliche, aber gleichwertige Konkurrenten anerkennen. So bringt der Streit in der Sache die Demokratie und die Gesellschaft nicht ins Wanken.

Daher werden in zwei Dimensionen unseres Konzepts von Zusammenhalt explizit politische Aspekte angesprochen. In die Dimension gesellschaftliche Teilhabe fließen politisches Interesse und Engagement sowie Wahlbeteiligung bzw. Wahlabsicht als Indikatoren ein. Im Bereich Verbundenheit findet sich zudem, wie schon ausgeführt, die Dimension Vertrauen in Institutionen.

Mit Blick auf die „gesellschaftliche Teilhabe“ lässt sich konstatieren, dass wir offenbar tatsächlich in politischen Zeiten leben, die – zumindest im Sinne dieser Dimension von Zusammenhalt – zu einer gewissen Belebung beitragen: Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2017 ist mit 76 Prozent beispielsweise deutlich höher als 2009 (71 Prozent) oder 2013 (72 Prozent), wenngleich auch noch nicht annähernd auf dem Niveau der 1970er und 1980er Jahre. Zahlreiche Demonstrationen und Kampagnen unterschiedlicher Akteure weisen ebenfalls auf ein höheres politisches Engagement hin. Dabei gilt es jedoch im Blick zu behalten, dass die Krisen der liberalen Demokratie ihren Ursprung immer seltener in Revolten, Aufständen oder Putschversuchen haben. Wie Levitsky und Ziblatt (2018: 13) betonen: „Der demokratische Rückschritt beginnt heute an der Wahlurne“. Eine hohe Wahlbeteiligung und ein ausgeprägtes politisches Engagement sind daher keineswegs hinreichende Bedingungen für den Erhalt der liberalen Demokratie. Wichtig ist hierbei aber darauf hinzuweisen, dass das Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt keine inhaltlichen Vorgaben macht, worauf das politische Interesse oder Engagement letztlich ausgerichtet ist. Für unsere Messung von Zusammenhalt ist lediglich relevant, dass die Mitglieder der Gesellschaft sich aktiv an der Politik beteiligen.

Ein wenig anders sieht dies bei der Dimension Vertrauen in Institutionen aus. Gesellschaftlicher Zusammenhalt bemisst sich für uns eben auch daran, ob die Mitglieder der Gesellschaft den zentralen gesellschaftlichen und politischen Institutionen zumindest grundsätzlich und mehrheitlich Vertrauen schenken. Hierzu zählen regulative Institutionen wie Polizei und Gerichte genauso wie repräsentative bzw. politische Institutionen im engeren Sinne, wie Parteien, Par-

lamente sowie Bundes- und Landesregierungen. Das Vertrauen in vor allem die repräsentativen Institutionen steht schon seit längerer Zeit unter Druck. Bereits in den 1980er Jahren haben diese deutlich an Vertrauen verloren und stagnieren seitdem auf niedrigerem Niveau. Ebenfalls ist der Unterschied beim Institutionenvertrauen zwischen Ost- und Westdeutschland schon länger nachgewiesen (Zmerli 2016: 182–186).

Der Einfluss jüngster politischer Entwicklungen auf den Zusammenhalt

Die letzten Monate, beginnend mit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 bis zum Rückzug Angela Merkels vom Vorsitz der CDU, stellen für Deutschland eine besondere Zeit dar. Nicht nur zog die „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit über zwölf Prozent der Stimmen in den Bundestag ein, auch die Regierungsbildung hat mit einem halben Jahr so lange wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gedauert.

Am Ende stand eine nicht mehr ganz so große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, die von Beginn an aus dem Krisenmodus nicht herauskam: Zunächst war es der Streit um Grenzkontrollen, der die Koalition fast zum Scheitern brachte, später der Umgang mit dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz. Offenbar, das ließen auch weitere politische Wortmeldungen befürchten, treibt die Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen an die AfD inzwischen in erkennbarem Maß politisches Handeln auch in der Mitte an. Zu vermuten ist, dass die Auseinandersetzungen einen Einfluss auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und damit auf unsere Messergebnisse haben.

Tatsächlich beziehen sich die beiden Analysen in dieser Broschüre auf Daten, die von Januar bis März 2017 erhoben wurden, also vor der Bundestagswahl, vor der Regierungsbildung und vor den Koalitionsstreitigkeiten des Jahres 2018. Deswegen haben wir einige Fragen, die in den beiden hier zusammengestellten Studien von Bedeutung sind, zusätzlich in einer sogenannten Mehrthemenbefragung des infas Instituts für angewandte Sozialforschung im Sommer 2018 mitlaufen lassen. Diese Nacherhebung eignet sich jedoch nicht dafür, die ausführlichen Analysen vorzunehmen, die sich mit dem Datensatz von 2017 realisieren lassen. Sie ist aber dennoch repräsentativ und ermöglicht so, für das Kernelement Vertrauen in Institutionen einen Zeitvergleich herzustellen. So können wir herausfinden, ob die tiefgehenden Untersuchungen und deren Ergebnisse in den beiden Teilstudien dauerhafte Trends aufzeigen – was sie tun – und somit auch heute noch Gültigkeit beanspruchen können. Dieser Zeitvergleich kann angesichts der Datenlage nur oberflächlich sein.

Die Veränderungen zwischen den beiden Messzeitpunkten sind mehrheitlich unerheblich und bestätigen die Ergebnisse aus dem Jahr 2017. So verändert sich das Vertrauen (großes/sehr großes Vertrauen) in Landtage, Gerichte, Landesregierung und politische Parteien um weniger als drei Prozentpunkte. Bei Polizei und Bundestag sind es gerundet gerade einmal drei Prozentpunkte Unterschied. Berücksichtigt man eine gewisse Messtoleranz bei den beiden Datenerhebungen, so sind diese Veränderungen eher zu vernachlässigen. Wobei anzumerken ist, dass das Vertrauen in Parteien mit neun Prozent 2017 bzw. zehn Prozent 2018 bereits im letzten Jahr ein sehr niedriges Niveau hatte. Interessant ist hierbei ferner, dass

die Werte für Misstrauen (überhaupt kein Vertrauen/kein Vertrauen) in Bezug auf Gerichte und Landesregierungen etwas stärker zurückgehen (drei bzw. vier Prozentpunkte) und zwar zugunsten von mehr „Teils/teils“-Antworten. Beim Vertrauen in den Bundestag nimmt ebenfalls der Anteil der „Teils/teils“-Antworten um vier Prozentpunkte von 47 auf 51 Prozent zu.

Eine deutliche Veränderung lässt sich im Zeitverlauf beim Vertrauen in die Bundesregierung feststellen: Hier sinkt das Vertrauen (sehr großes/großes Vertrauen) von 30 Prozent im Jahr 2017 auf 24 Prozent 2018. Das Misstrauen (überhaupt kein/kein Vertrauen) nimmt zugleich gerundet nur um zwei Prozent zu, während auch in diesem Fall die „Teils/teils“-Antworten am stärksten anwachsen: gerundet um drei Prozentpunkte von 45 auf 51 Prozentpunkte. Das öffentliche Bild, das die neue Bundesregierung in der ersten Phase ihrer Koalition geliefert hat, scheint also durchaus das Vertrauen der Bürger beschädigt zu haben.

Deutliche Veränderungen gibt es auch im Hinblick auf die Zustimmung zur Demokratie: Immer noch ist eine deutliche Mehrheit in Deutschland der Meinung, dass die Demokratie die beste Staatsform sei (69 Prozent: stimmt ziemlich/stimmt völlig), jedoch sind dies sieben Prozentpunkte weniger als noch vor einem Jahr (2017: 76 Prozent). Dafür hat sich der Anteil der „Teils/teils“-Antworten um fünf Prozentpunkte erhöht, von 18 Prozent 2017 auf 23 Prozent 2018. Immer noch ist nur eine kleine Minderheit der Deutschen der Meinung, die Demokratie sei nicht die beste Staatsform: Lediglich neun Prozent sind dieser Auffassung.

Der Aussage „Alles in allem bin ich mit der Demokratie in Deutschland zufrieden“ stimmen 2018 zwar ebenfalls weniger Menschen zu als 2017. Es ist aber immer noch die Mehrheit von 52 Prozent, die mit der Demokratie in Deutschland zufrieden ist (stimmt ziemlich/stimmt völlig). Rund ein Drittel ist hierbei ambivalent und wählt die „Teils/teils“-Kategorie, während 19 Prozent der Befragten mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind (stimmt wenig/stimmt gar nicht). Dies sind fünf Prozentpunkte mehr als noch ein Jahr zuvor.

Trotz dieser durchaus besorgniserregenden Veränderungen bleiben, soweit dies mit der Nacherhebung zu prüfen ist, die Grundtendenzen aus unserer umfassenden Befragung aus 2017 bestehen. Dies gilt besonders für die Analysen von Faus und Storks im zweiten Teil dieser Studie: Wir können mit den neuen Zahlen zeigen, dass das Vertrauen in die politischen Parteien nicht, wie man hätte befürchten können, weiter gesunken ist. Die Ergebnisse von Mannewitz und Vollmann (2018), die sich vor allem auf die regionalen Unterschiede konzentrieren, werden durch die aktuelle Befragung in ihrer Struktur ebenfalls bestätigt. So bleibt beispielsweise die Ost-West-Differenz bestehen.

Die allgemeinen Ergebnisse zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland haben wir bereits im Dezember 2017 veröffentlicht. Sie haben gezeigt, dass es im Großen und Ganzen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gut bestellt ist (Bertelsmann Stiftung 2017a). Die Studie macht aber auch deutlich, dass es ernsthafte Risikofaktoren für den Zusammenhalt gibt: Dort wo Armut und Ungleichheit größer und die Teilhabechancen geringer sind, fällt der gesellschaftliche Zusammenhalt schwächer aus. Ebenso zeigte sich, dass insbesondere das Gerechtigkeitsempfinden in weiten Teilen der Bevölkerung sehr gering ausgeprägt ist. Eine große Mehrheit empfindet die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen als ungerecht.

Die in dieser Broschüre vorgelegten zwei Studien bestätigen ebenfalls, dass es keine dramatische Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts gibt. Das demokratische Fundament ist weiterhin vorhanden. Mit großer Mehrheit wird die Demokratie als Staatsform gestützt und eine knappe Mehrheit teilt auch weiterhin die Ansicht, dass die Demokratie in Deutschland zufriedenstellend funktioniert. Auffällig ist die schwächere Unterstützung der Demokratie in Ostdeutschland, hier besteht weiterhin Handlungsbedarf, um die demokratischen Institutionen zu stützen. Unser kurzer Zeitvergleich zwischen 2017 und 2018 legt aber auch offen, dass die langwierige und schwierige Regierungsbildung sowie die von Streit geprägte Regierungsarbeit im Bund dem Vertrauen in die Regierung und der Unterstützung der Demokratie abträglich gewesen sind. Zwar ist unsere Zeitreihe kurz und spiegelt möglicherweise nur ein kurzes Stimmungstief, dennoch weisen diese Ergebnisse darauf, dass es auch in Deutschland keinen Garanten gibt für die mehrheitliche Zustimmung zur Demokratie als Prinzip.

Vor allem die Parteienstudie in dieser Veröffentlichung gibt einen guten Einblick in die Mechanismen des Vertrauensverlusts. Sie zeigt, dass sich die Legitimation einer Demokratie und ihrer politischen Akteure vor allem auch aus ihrer Leistungsfähigkeit speist. Menschen, die den Eindruck haben, dass es in der Gesellschaft ungerecht zugeht oder dass es in ihrem unmittelbaren Umfeld negative Entwicklungen gibt, verlieren das Vertrauen in die Politik und insbesondere in die Parteien. Es sind Menschen, die sich – unabhängig vom sozialen Status – allein gelassen und vergessen fühlen, die den Parteien misstrauen und keine Hoffnung haben, dass diese eine Besserung herbeiführen können.

Demokratie benötigt aktive Gestaltung – auf allen Ebenen

Wir befinden uns höchstwahrscheinlich am Ende eines langen wirtschaftlichen Aufschwungs, der die Politik mehrere Jahre großzügig mit Ressourcen ausgestattet hat. Das politische Klima ist vergiftet und die öffentliche Debatte verroht. Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist niedrig und zumindest kurzfristig nochmals gesunken. Dies alles sind große Herausforderungen für die Demokratie und den Zusammenhalt in Deutschland. Gelingt es nicht, der weitverbreiteten Verunsicherung etwas entgegenzusetzen, und schwindet das Vertrauen in die Grundfesten der liberalen Demokratie weiter, dann drohen aus den feinen Haarrissen in der Gesellschaft tiefe Klüfte zu werden.

Was also gilt es zu tun? Ein Hebel wurde schon genannt, unsere Parteienstudie hat seine Geltung erneut unterstrichen: Es ist eine an der Lösung von Sachfragen interessierte Politik, die allerdings im populistisch angefachten Dauerstreit besonders schnell unter die Räder gerät (was den Vertrauensverlust wiederum antreibt). Dabei gibt es Themen, die unpopulistisch wie populistisch gesinnte Wähler gleichermaßen umtreiben. Das verbreitete Gefühl, dass es in der Gesellschaft ungerecht zugeht, ist nur ein Hinweis darauf. Das Populismusbarometer der Bertelsmann Stiftung (2018b: 15) hat genauer nachgefragt, welche Themen bei den Wählern in Deutschland eine hohe Mobilisierungschance haben. Überraschend erhielten hier proeuropäische Positionen besonders hohe Zustimmungswerte. Mehr Mut auf diesem Feld hätte demnach den zur Wahl angetretenen Parteien durchaus genützt. Ebenfalls hohe Mobilisierungskraft kommt sozialpolitischen Themen zu. So wurde im Populismusbarometer danach gefragt, in welchem Maße

die Forderung nach „viel höheren Investitionen in den sozialen Wohnungsbau“ die Zustimmung für einen Kandidaten erhöht. Bei populistisch ebenso wie bei unpopulistisch gesinnten Wählern sind es jeweils 15 Prozentpunkte (a. a. O.: 16).

Notwendig ist demnach eine Politik, die nicht Populisten nacheifert, sondern dadurch „populär“ ist, dass sie an Lösungen arbeitet, die alle angehen, die Brücken schlägt und Konfliktlinien überwindet (a. a. O.: 18). Sie wird sich dabei auch den Themen zuwenden müssen, die gegenwärtig in besonderem Maße die Gesellschaft spalten: Fragen der Migration, der Integration und dem damit verbundenen Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt. Notwendig ist hier – unabhängig von der Meinung, die man dabei vertreten kann – die Bereitschaft der politischen Vertreter, genauer zu erklären, was sie antreibt, an welchen Werten sie sich orientieren und in welchen (komplexen) Zusammenhängen sie sich organisieren müssen. Streit auf offener Bühne bleibt dabei nicht aus. Er ist sogar notwendig und darf viel mehr als bislang programmatischen Charakter haben, um herauszuarbeiten, wie sich Deutschland künftig in dieser globalisierten Welt verstehen will.

Insofern geht es bei allen Herausforderungen immer auch um das Verhältnis zwischen Politik und Volk, um die Vermittlungskompetenz der politischen Akteure und ihre Bereitschaft, die Bürger in Fragen der Gesellschaftsgestaltung einzubeziehen. Das demokratische System selbst ist zum Politikum geworden, wer es „sturmfest“ machen will, sollte seine Fundamente stärken. Daran können ganz unterschiedliche Instanzen und Akteure mitwirken – Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso wie Politik und Parteien sowie Behörden. Gerade in den Kommunen wird zurzeit vielerorts ausgetestet, wie mehr Bürgerbeteiligung gute Politik unterstützen und Verwaltungshandeln besser machen kann. Auf anderen politischen Ebenen – bis hin zur europäischen – sind solche praktischen Ansätze zwar nicht ganz so einfach umzusetzen, aber auch nicht unmöglich, vor allem aber nötig, um Demokratieverdruss etwas entgegenzusetzen.

Dabei sollte zuversichtlich stimmen, dass es weiterhin erhebliche Potenziale gibt, die den Zusammenhalt stärken und die Demokratie stützen können. Die große Mehrheit der Bürger befürwortet die Demokratie und engagierte Debatten in den digitalen Medien ebenso, wie Demonstrationen in der realen Welt zeigen: Immer mehr Menschen wissen, dass der Erhalt der Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und dass man sich für sie einsetzen und Stellung beziehen muss. Die Bereitschaft zum Ehrenamt ist hoch und vor Ort, in ihrem lokalen Umfeld, erleben die meisten Menschen ein funktionierendes soziales Miteinander und Kooperation.

Wer etwas gegen den schwindenden Zusammenhalt tun will, kann darauf bauen und sollte die unterschiedlichen Faktoren, die ihn beeinflussen, im Blick haben. Was also zählt, ist der Blick aufs Ganze und damit die Bereitschaft, Armut und Ungleichheit zu reduzieren, Teilhabechancen zu vergrößern, mehr Transparenz und Beteiligung in der Politik zu ermöglichen und aktiv das Miteinander in einer pluralen Gesellschaft zu gestalten. Unsicherheit bekämpft man nicht, indem man die Sehnsucht nach einer vermeintlich stabileren Vergangenheit pflegt, sondern indem man Hoffnung auf eine bessere Zukunft weckt. Diejenigen, die dieses Land führen und politisch gestalten, sind gefordert, hierbei mit gutem Beispiel voranzugehen.

Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich.* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2014). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland.* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016a). *Sozialer Zusammenhalt in Bremen.* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016b). *Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017a). *Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017.* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017b). *What holds Asian societies together? Insights from the Social Cohesion Radar.* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2018a). *Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort.* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2018b). *Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018.* Gütersloh.

Dragolov, Georgi, Zsafia Ignacz, Jan Lorenz, Jan Delhey, Klaus Boehnke und Kai Unzicker (2016). *Social Cohesion in the Western World. What holds societies together: Insights from the Social Cohesion Radar.* Cham (CH): Springer International Publishing.

Infratest Dimap (2018). „Landtagswahl Hessen 2018“. <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2018-10-28-LT-DE-HE/index.shtml> (Download 29.10.2018).

Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2018). *Generation Mitte 2018.* Berlin. <https://www.gdv.de/resource/blob/35800/976845c78eb98f501a1487eeb3907079/generation-mitte-2018---praesentation-ifd-data.pdf> (Download 9.11.2018).

Levitsky, Steven, und Daniel Ziblatt (2018). *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können.* München.

Mannewitz, Tom, und Erik Vollmann (2018). *Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017.* Gütersloh.

Mounk, Yascha (2018). *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht.* München.

Vorländer, Hans (2016). „Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht: Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung“. *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 61–76.

Zmerli, Sonja (2016). „Vertrauen in Institutionen. Die Bedeutung politischer Unterstützung angesichts krisenhafter Entwicklungen“. *Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 175–205.

2 Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017

Tom Mannewitz, Erik Vollmann

2.1 Einleitung

Die Parteiensysteme Europas verschieben sich. Sie unterliegen zwar aufgrund der Erosion sozialer Milieus und neuer gesellschaftlicher Konfliktachsen schon seit geraumer Zeit tektonischen Verwerfungen, doch erst in den letzten Jahren hat dieser Prozess ein bis dahin ungeahntes Tempo aufgenommen. Das liegt nicht nur, aber besonders am Aufkommen rechtspopulistischer Parteien, die von der mangelnden Unterscheidbarkeit der großen Parteien, vom Misstrauen der Bevölkerung in die politische Klasse und von den gesellschaftlichen Herausforderungen in der Globalisierung profitieren. Bei den jüngeren europäischen Parlaments- (Frankreich, Niederlande, Tschechien) wie Präsidentschaftswahlen (Frankreich, Österreich) erzielte der parteiförmige Rechtspopulismus Rekordergebnisse. Als Junior- und Seniorpartner übernahm er gar Regierungsverantwortung (Griechenland, Norwegen, Österreich, Polen, Ungarn), von Machtbeteiligungen „unter der Hand“ – nämlich über die Duldung von Minderheitskoalitionen – ganz zu schweigen (z.B. Dänemark).

In Deutschland ist es die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), die den öffentlichen Diskurs seit wenigen Jahren aufwirbelt, die Volksparteien inhaltlich vor sich hertreibt und zu einer gewissen Polarisierung der Gesellschaft beiträgt. Das Bundestagswahlergebnis der rechtspopulistischen Partei von 2017 wird in der Bevölkerung teils mit Schrecken, teils mit Genugtuung aufgenommen. Dabei hieß es vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte vonseiten der Parteienforscher lange, ein erfolgreicher Rechtspopulismus sei in Deutschland undenkbar. Sie betrachten die jüngere Entwicklung darum teils besorgt, teils gelassen, in jedem Fall aber mit Neugier. Ob folglich die Etablierung des Rechtspopulismus eine „Normalisierung“ der deutschen Parteienlandschaft (im Sinne einer Angleichung an die anderen europäischen Parteiensysteme) oder eine bedrohliche Verschärfung der politischen Lage (angesichts des historischen Nationalsozialismus und der gesellschaftlichen Polarisierung) bedeutet, darüber wird gestritten.

Die sogenannte Flüchtlingskrise scheint hierbei eher Anlass als Ursache weitreichender Protestwahl zu sein: Die AfD bot die Möglichkeit einer Denkmittelwahl mit einer Mischung aus in weiten Teilen der Gesellschaft (noch) akzeptierten Aussagen (zu nennen sind vor allem die nationalliberalen Erben des Gründers Bernd Lucke) und radikalen Zwischenrufen (allerdings systematischer als einzelne „Ausrutscher auf der Maus“). Vor allem behauptet die Partei erfolgreich, sich um das Volk zu kümmern, sie nährt das Vorurteil der abgehobenen, eigennützig „Altparteien“, gegen die sie nun ebenso antritt wie gegen „Meinungsdiktatur“ und „Gutmenschentum“.

Ob die AfD dauerhaft erfolgreich bleibt, ist freilich unklar. Interne Flügelkämpfe und Spaltungen, die institutionellen Abschleifprozesse des Bundestages sowie das „Aussortieren“ derjenigen Akteure, die sich (auch parteischädigend) jenseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung positionieren, werden ihre Spuren hinterlassen. Zudem muss die positionelle Leere in fast allen Politikfeldern gefüllt werden, gepunktet hatte die Partei zuletzt weniger mit dem Angebot einer inhaltlichen „Alternative“ als mit der Artikulation von Ängsten und Frust.

Die Partei ist (noch) vor allem eine Protestpartei, ihre Relevanz besteht zuvorderst darin, die Nachfrage der Bevölkerung nach Eliten- und Systemkritik sowie nach einer – vor allem gefühlsmäßigen – rechten (nicht zwangsläufig rechtsextremen) Politik bedient und insofern eine Repräsentationslücke gefüllt zu haben. Sie hat allerdings auch intensive Gegenbewegungen hervorgerufen und – vermittelt über die veröffentlichte Meinung der Medienlandschaft – zur gestiegenen Polarisierung der Parteienlandschaft als auch der deutschen Bevölkerung beigetragen. Die wenigsten können über eine Familienfeier in den letzten Monaten berichten, bei der sich nicht eine hitzige Debatte um „die Flüchtlingskrise“, die AfD und „die da oben“ entzündete. Der Riss geht durch Freundeskreise und Familien, das Thema brennt vielen unter den Nägeln.

Dieser Trend – der Aufstieg der AfD wie auch die durch ihn zum Ausdruck kommende, beschleunigte und hervorgerufene Spaltung der Gesellschaft – wirft Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auf. Dessen Status zu analysieren und einzuschätzen ist Gegenstand des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung (2017).

Dabei ist Zusammenhalt nicht mit Konsens zu verwechseln: Da eine offene Gesellschaft ohne Partikularinteressen schlicht undenkbar ist, braucht es den Konflikt, der dann und wann auch hitzig ausfallen darf. Die ihm zugrunde liegenden gesellschaftlichen Interessengegensätze dürfen freilich nicht die gesellschaftlichen Bindekräfte schwächen. Solange es einen „nicht streitigen Sektor“ (angelehnt an Ernst Fraenkel 1991: 248) gibt, über den sich kein Einzelinteresse hinwegsetzt, ist die Gefahr einbrechenden Zusammenhalts auch einigermaßen gebannt. Zudem bedürfen gegensätzliche Interessen fortwährender Austarierung. Regierungspolitik ist in diesem Sinne der Vektor widerstreitender politischer Kräfte. Dass dabei jene zu kurz kommen, die nicht für eine Regierungspartei stimmen, ist im Kern unproblematisch. Denn die Chance, dass man bei der nächsten Wahl zum Zuge kommen könnte, wirkt gesellschaftlich befriedend und wird als „losers‘ consent“ bezeichnet. Unzufriedenheit mit dem politischen „Personal“ ist für das Bestehen einer Demokratie darum weniger problematisch als vielmehr der Motor politischen Wandels. Die Abwahl von Politikern ist – weil in der Demokratie selbst

angelegt – allgegenwärtig. Doch was geschieht, wenn Unmut und Frust weitergehen und die politischen Tiefenschichten erfassen? Wenn plötzlich nicht mehr einzelne Richtungsentscheidungen oder Politiker, sondern „die politische Klasse“ an sich, die „real existierende“ Demokratie oder gar die Demokratie als gesellschaftliches Ordnungsmodell zur Disposition stehen?

Die Unterstützung – oder Ablehnung – von Demokratie kann unterschiedlich spezifisch bzw. tief greifend sein. Erfasst der politische Unmut nicht nur die Eliten und somit die konkrete Akteursebene, sondern auch politische Institutionen, das ganze politische System, die Idee der Demokratie oder gar die politische Gemeinschaft, steht die politische Einheit, steht das freiheitliche Miteinander von Gleichen infrage. Die Forschung zur politischen Kultur geht davon aus, dass die Stabilität eines politischen Systems direkt von der Unterstützung, zumindest aber der Duldung durch die eigene Bevölkerung abhängt. Davon ausgehend ist das Ziel dieser Arbeit daher die Analyse der Demokratieunterstützung in Deutschland. Dabei ist der Blick auf die Gesamtbevölkerung, der in den meisten Untersuchungen zur Thematik vorherrscht, unzureichend: Zusammenhalts- und stabilitätsgefährdend kann auch die Ablehnung des Systems in einzelnen Gesellschaftssegmenten sein. Auch die regional unterschiedliche Stärke der AfD und rechter Protestbewegungen (z. B. PEGIDA) verdeutlicht, dass ein Blick in die „Tiefe“ angezeigt ist. Der „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung (2017) ermöglicht durch seine feinkörnige subnationale Aufgliederung einen regionalen Vergleich der Demokratieunterstützung zwischen den Bundesländern. Auf dessen Basis werden wir die Unterstützung bzw. Ablehnung der Demokratie auf verschiedenen Ebenen vergleichen. Im Zentrum steht folglich die Frage, wie „sturmfest“ die Demokratie in diesen stürmischen Zeiten ist.

2.2 Das Wichtigste in Kürze

Die jüngst hitzigen Debatten um „die Flüchtlingskrise“, „die da oben“ und die AfD mögen die Furcht vor einem Schwinden des Zusammenhalts, vor wachsender Polarisierung und einer Erosion der demokratischen Grundfesten an den Rändern und in der Mitte der Gesellschaft nähren, doch ganz so schlimm ist es nicht. Vielmehr ergeben sich bei einem Blick auf die verschiedenen Dimensionen demokratischer Unterstützung wie auf die deutschen Regionen Grautöne unterschiedlichster Schattierung.

Die politische Gemeinschaft als Fundament jeder politischen – also auch demokratischen – Ordnung befindet sich weitab von einer Krise: 79 Prozent der Deutschen fühlen sich mit ihrem Land verbunden. Der Umkehrschluss, dass deswegen ein Fünftel der Leute ihrem Land die Unterstützung versagt, stimmt indes nicht. Das tun nämlich nur fünf Prozent. Etwa 15 Prozent äußern sich ambivalent. Alle drei Gruppen können für eine Demokratie ausschlaggebend sein – von der großen Mehrheit ist vermutlich ein Eintreten für die politische Gemeinschaft im Krisenfall zu erwarten, von den wenigsten ein Opponieren und die Mittelgruppe dürfte wohl entweder schwanken oder sich heraushalten wollen. Was die regionale Verteilung angeht, so ist die Verbundenheit mit Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Schleswig-Holstein am größten, in Brandenburg am niedrigsten. Auch in Bremen, Sachsen und Thüringen gibt es größere (aber nicht große) gesellschaftliche Vorbehalte gegenüber dem eigenen Land. Von einer Ost-West-Kluft kann keine Rede sein. Das durchgängig bessere Wahlergebnis der AfD in den ostdeutschen Ländern zur Bundestagswahl 2017 scheint von der Verbundenheit der Wähler mit Deutschland nicht abzuhängen. Dieser Befund überrascht, angesichts der Rhetorik der Parteiführung und der Bedeutung des Nationalen in Wahl- wie Grundsatzprogramm.

Die Unterstützung der Demokratie um ihrer selbst willen liegt gleichfalls auf hohem Niveau. Bei mehr als 75 Prozent der Deutschen stoßen die demokratischen Grundwerte auf Resonanz. Nur knapp sechs Prozent der Leute können demgegenüber als ausgemachte Demokratieskeptiker gelten, wiederum 18 Prozent sehen Stärken und Schwächen der Demokratie. Wiewohl die generelle Unterstützung der Demokratie als beste Staatsform ähnlich stark ausfällt wie bei der politischen Gemeinschaft und deswegen zu erwarten wäre, die Demokratie ruhe auf einem ebenso festen Sockel, gibt es beträchtliche regionale Disparitäten, die eine unterschiedlich starke Verwurzelung demokratischer Werte suggerieren: Die Akzeptanz der Demokratie als beste Staatsform fällt in allen ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt niedriger aus als in den westdeutschen. Am Ende des Rankings stehen Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Zwar gibt es beispielsweise auch in Hamburg mit rund sechs Prozent einen vergleichsweise hohen Anteil an Demokratiegegnern, dieser wird aber durch den bundesweit zweithöchsten Anteil an Demokratiebefürwortern (82 Prozent) kompensiert. Die Ost-West-Kluft ist unübersehbar, das Erbe der realsozialistischen Autokratie möglicherweise noch nicht abgetragen.

Noch weiter gehen Ost und West nur mit Blick auf die Beurteilung der Demokratiepraxis auseinander – und zwar bei einer insgesamt schlechteren Bewertung als

noch bei der Demokratie als bester Staatsform. 57 Prozent der Deutschen stellen der bundesdeutschen Demokratie ein positives Zeugnis aus, 29 Prozent sehen Licht- wie Schattenseiten und 14 Prozent sind wenig bis gar nicht von ihr überzeugt. Ein solch kritisches Meinungsbild ist für eine westliche Demokratie nicht ungewöhnlich. Unüblich ist indes der Riss, der durch unser Land geht, denn: Im Osten sind die Menschen durchweg skeptischer als im Westen. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern, das ostdeutsche Land mit der höchsten Unterstützung der deutschen Demokratie (53 Prozent), liegen die ostdeutschen Länder mit großem Abstand hinter Bremen, dem westdeutschen Bundesland mit der niedrigsten Unterstützung der deutschen Demokratie. So liegt der Anteil der Demokratiezufriedenen in Thüringen bei 41 und in Bremen bei 56 Prozent. In Brandenburg und Sachsen liegt der Anteil der Demokratiezufriedenen sogar unter 40 Prozent. Die ambivalenten Erfahrungen mit der Einführung von Demokratie, Marktwirtschaft und Konkurrenzdenken wirken hier nach.

Näher zusammen rücken die Bundesländer wieder, wenn es um die politischen Institutionen geht. Einerseits sind die Unterschiede zwischen ihnen hier nicht so groß, andererseits schneiden die Institutionen schlechter ab als jede andere Demokratieebene. Dabei kommen die mit Meinungsstreit, Parteilichkeit und Partikularinteressen assoziierten Organe – wie Parteien, Bundestag und Bundesregierung – schlechter weg als die eher rechtsstaatlichen Einrichtungen der Gerichtsbarkeiten und der Polizei. Im Mittel über alle politischen Einrichtungen ist dabei dennoch das Vertrauen aller Deutschen (35 Prozent) größer als das Misstrauen (knapp 22 Prozent). Einem „Sowohl als auch“ können sich wiederum mehr als 42 Prozent der Deutschen anschließen. Dieser große Anteil überrascht nicht, fällt es vielen doch leichter, direkt beobachtbare Einrichtungen mit konkreten Handlungen und Leistungen (z.B. ein Urteil, ein Gesetz, eine Festnahme) zu verknüpfen und darum ein Urteil zu fällen, das eben häufig positive wie negative Erinnerungen berücksichtigt. So etwas wie ein geographisches Muster schält sich dabei nicht heraus. Das Misstrauen fällt in vielen (nicht allen) ostdeutschen Ländern, aber auch in Berlin, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Bundesschnitt leicht erhöht aus. Umgekehrt bringen überdurchschnittlich viele Menschen z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Hamburg und Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen den Institutionen der Demokratie mehr Vertrauen entgegen als der Bundesschnitt. Insgesamt liegen die Länderwerte nah beieinander.

In Anlehnung an die Politische-Kultur-Forschung, die in den Einstellungen gegenüber der Demokratie als Idee und gegenüber der Demokratiepraxis zentrale Voraussetzungen für den Bestand eines freiheitlichen politischen Systems sieht, haben wir eine Kartierung politischer Kulturen vorgenommen. Unterschieden wird zwischen (1) zufriedenen Demokraten, (2) unzufriedenen Demokraten, (3) zufriedenen Demokratieskeptikern und (4) unzufriedenen Demokratieskeptikern (vgl. Tabelle 1). Die erste Gruppe ist aus Sicht eines demokratischen Regimes höchst unproblematisch, ist jene doch einverstanden mit den ideellen Grundlagen und der Realität der Demokratie im eigenen Land. Sie machen in Deutschland etwa 53 Prozent der Bevölkerung aus. Auch die unzufriedenen Demokraten müssen keinen Grund zur Sorge geben. Diese rund sechs Prozent der Bevölkerung ausmachende Gruppe deutet auf anhaltende politische, ökonomische und soziale Missstände (Policy-Ebene), auf strukturelle Defizite der Demokratie (z.B. als unzureichend empfundene Einbindung direktdemokratischer Elemente; Polity-Ebene) und/oder

auf prozedurale Unzulänglichkeiten (z. B. Wahrnehmung von „Hinterzimmerpolitik“; Politics-Ebene) hin. So oder so: Diese Gruppe sorgt dafür, dass die Demokratie sich weiterentwickelt und an neue Herausforderungen anpasst. Zugleich: Bei anhaltender Ignoranz seitens der politischen Elite könnten Wähler vom Lager der unzufriedenen Demokraten in das der (zufriedenen oder unzufriedenen) Demokratieskeptiker wechseln, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Meinung nicht zählt und die Demokratie grundlegende Probleme nicht lösen kann.

Die Demokratieskeptiker sind auch jene, um die sich Politik und politische Bildung besonders bemühen müssen – nicht so sehr wegen ihrer Einstellungen zur Demokratiepraxis, sondern wegen ihrer prinzipiellen Reserviertheit gegenüber Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten. Das macht sie empfänglich für politisch-systemische Alternativen, einen „starken Führer“, sozialistische Gleichförmigkeit, technokratische Eliten etwa. Dass beide Gruppen in der Gesamtbevölkerung wie in allen Bundesländern eine „quantité négligeable“ darstellen, darf einerseits nicht über ihre zumindest latente Gefährlichkeit für die Demokratie – besonders in mobilisierenden Krisenzeiten – hinwegtäuschen. Andererseits widerspräche ihre Missachtung der grundlegenden Ausrichtung der konstitutionellen Demokratie am Individuum, das es zu überzeugen gilt. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg – den Hochburgen der AfD zur Bundestagswahl 2017 – gibt es die meisten Demokratieskeptiker.

Dennoch: Die Demokratie in Deutschland ist „sturmfest“. Trotz aller Polarisierung und trotz der teils grundsätzlichen Auseinandersetzungen in der Bevölkerung steht weder die politische Gemeinschaft als solche noch die Demokratie als Staatsform zur Disposition. Kassandrarufer zeugen darum von Alarmismus. Auf welchem Weg sich die politische(n) Kultur(en) aber befindet/befinden, konnte nicht nachgewiesen werden. Zeitreihenanalysen sind angezeigt. Der beträchtliche Ost-West-Unterschied bei der Beurteilung der Demokratieidee und -praxis erlaubt wiederum zwei Schlüsse: Einerseits handelt es sich dabei um einen Ausdruck unterschiedlicher internalisierter Wertesysteme und Erfahrungen mit der Demokratie. Die politisch-kulturellen Spuren der Zeit vor 1989/90 werden noch einige Jahre sichtbar sein. Sie beeinflussen nicht nur die Beurteilung der Demokratie als Ideal, sondern auch – über ganz eigene Wertmaßstäbe (z. B. stärkere Gleichheitsorientierung, Sicherheitsdenken und Paternalismus im Osten) die Einschätzung der Demokratierealität selbst. Dass die Messlatte für die Demokratie im Osten höher hängt als im Westen, liefert einen Baustein in der Erklärung variierender Demokratiezufriedenheit. Der andere ist die politisch-wirtschaftlich-gesellschaftliche Transformation der ostdeutschen Gesellschaft. Wer erwartet, dass derart tief greifende Umwälzungen nach über 40 Jahren Realsozialismus folgenlos für die politische Kultur bleiben würden, sitzt politischer Naivität auf. Die gute Nachricht: Der Generationenwandel, der allerdings in Ostdeutschland schleppender vorangeht als im Westen, dürfte nicht unwesentlich zu einer Angleichung an die empirischen Legitimitätswerte der Demokratie in den alten Bundesländern beitragen.

Andererseits darf das Vertrauen in eine „Demokratisierung der Gesellschaft“ durch Generationenwandel nicht zu politischer Untätigkeit verleiten. Dies widerspräche dem individualistischen Nukleus von Demokratie, in dessen Fokus der einzelne Mensch (kein Kollektiv) steht – und zwar als Selbstzweck, nicht als Instrument politischer Stabilität. Schließlich: Dass die Demokratie weithin in der

westdeutschen Gesellschaft Fuß gefasst hat, verdankt sich keineswegs dem Zufall. Die politischen und demokratiepädagogischen Bemühungen nach dem Ende des Nationalsozialismus waren beträchtlich. Demokratie muss sich erklären, für sich werben und Konflikte aushalten. Wenn eine Gesellschaft Freiheit, Vielfalt und Komplexität – ihrerseits Merkmale nicht nur jeder funktionierenden Demokratie, sondern moderner Gesellschaften überhaupt – nicht nur aushalten, sondern damit konstruktiv umzugehen wissen soll, muss man sie darauf vorbereiten – und zwar von Kindesbeinen an. Diese Fähigkeiten entwickeln sich nicht von alleine.

2.3 Demokratieunterstützung – eine eigene Kategorie der Politische-Kultur-Forschung

2.3.1 Vom loyalen zum kritischen Staatsbürger

Warum überleben Demokratien? Diese bis heute aktuelle Frage stellt sich die Politische-Kultur-Forschung – ein eigener Forschungszweig innerhalb der Politischen Soziologie – mittlerweile seit über 50 Jahren. Die Gründungsväter Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) waren von der Idee getragen, die Lücken des Faches bezüglich der Erklärung diktatorischer Rückschläge in der Zwischenkriegszeit (1918 bis 1939) zu schließen. Die Einsicht, die Weimarer Republik sei nicht zuletzt deswegen zusammengebrochen, weil es sich um eine „Demokratie ohne Demokraten“ handelte, verdankt sich auch ihrer empirischen Kärnerarbeit.

Die Prämisse der Forschung lautet: „Jedes politische System versucht Stabilität zu erreichen, um seine Bestandserhaltung zu gewährleisten. Hierzu benötigt es die Anerkennung als legitim durch seine Bürger, sonst wird es über kurz oder lang zusammenbrechen und in einen anderen Aggregatzustand übergehen“ (Pickel und Pickel 2006: 52). Die Ergründung der gesellschaftlichen Voraussetzungen demokratischer Stabilität war das Gründungsmotiv und ist bis heute zentrales Anliegen dieses Forschungszweigs. „Politische Kultur“ umfasst die Meinungen, die gefühlsmäßigen, wissensbasierten und bewertenden Einstellungen sowie die Werteorientierungen der Bevölkerung (nicht eines bestimmten Individuums) gegenüber der Politik. Fraglich ist nur: Welche Einstellungen sind der Demokratiestabilität zuträglich, welche nicht? Beziehungsweise: Was genau müssen die Bürger als legitim erachten, damit die Demokratie Bestand hat?

In den 1950er und 1960er Jahren dominierte noch das Ideal einer „Staatsbürgerkultur“: eine politisch bewusste und zugleich partizipationsbereite Öffentlichkeit, die sich nicht nur vollends mit der politischen Gemeinschaft identifiziert, sondern auch die Demokratie (als Ideal und in der Realität) uneingeschränkt unterstützt sowie ihren Institutionen ein hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt. Bürgerinnen und Bürger sollten im Idealfall Respekt vor den politischen Autoritäten haben, die Entscheidungen der Regierung akzeptieren, die Demokratie unterstützen, mit dem demokratischen Prozedere einverstanden sein, allen Institutionen des Staates Vertrauen entgegenbringen und nur insofern politisch aktiv werden, als dies durch die Demokratie kanalisiert werden kann (etwa: Wahlteilnahme, plebiszitäre Elemente, Petitionen). Was Almond und Verba vom „perfekten Bürger“ verlangten, war nicht weit entfernt von Nibelungentreue. Demokratie brauche Loyalität, so der Tenor. Politischer Unzufriedenheit und zivilem Ungehorsam, Elitenkritik und unkonventioneller Teilhabe (etwa: Demonstrationen) räumte das Fach seinerzeit wenig Raum ein.

Dieses normative Leitbild hat jedoch in den 1970er Jahren einen grundlegenden Wandel erfahren: Beeinflusst von dem unrealistischen Bild des „idealen Bürgers“ nahm die Forschung den Rückgang des Institutionenvertrauens, die zunehmende

Skepsis gegenüber den Regierungen und die um sich greifenden Protestwellen in vielen westlichen Demokratien (Stichwort „68er“) zunächst mit großer Sorge zur Kenntnis, diagnostizierte gar eine Krise der Demokratie (Crozier, Huntington und Watanuki 1975). Wenn ein grundsätzlich positives Einstellungsgefüge gegenüber dem politischen System Voraussetzung für eine stabile und vitale Demokratie war, musste dessen Erosion allen Grund zur Beunruhigung geben.

Bei diesen tektonischen Verschiebungen in der politischen Kultur vieler westlicher Gesellschaften hat der Generationenwandel – genauer gesagt: der Wandel der gesellschaftlichen Werteorientierungen, der sich über einen Generationenwandel vollzieht – eine zentrale Rolle gespielt. In den westlichen Demokratien hat es nach Ronald Inglehart (1977) aufgrund der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg eine „stille Revolution“ von eher materialistischen hin zu eher postmaterialistischen Werten gegeben. Dieser Postmaterialismus, der im Übrigen mittlerweile auch in nicht demokratischen Regimen Einzug halte, trägt, so Inglehart, wiederum zu einer Verbreitung von Selbstentfaltungswerten, emanzipativen Ideen und dem zunehmenden Wunsch nach politischer Beteiligung bei.

All dies stellte die Demokratie tatsächlich vor große Herausforderungen, trug die Verbreitung postmaterialistischer Werte doch zur Entstehung einer zusätzlichen politischen Konfliktachse bei, an deren Enden sich Libertäre und Autoritäre gegenüberstehen. Zugleich blieb zwar die prinzipielle Befürwortung demokratischer Werte und Normen hoch, es gingen aber die positiven Einstellungen gegenüber Politikern, Parteien, demokratischen Institutionen und der Demokratie in ihrer realen Ausprägung zurück.

Darum war die Sorge vor einer Legitimitätskrise allerdings verfehlt. Vielmehr war eine Effektivitätskrise im Gange: Viele Menschen – nicht nur in westlichen Gesellschaften – hielten und halten Demokratie mehrheitlich für eine gute Sache. Nur änderten sich mit dem postmaterialistischen Wertewandel die Beurteilungsmaßstäbe. Vereinfacht gesagt: Wo zuvor Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum, stabile Preise und steigende Löhne genügt hatten, um breite gesellschaftliche Zufriedenheit hervorzurufen, trat nun der Wunsch nach Mitbestimmung, Gleichberechtigung, Selbstentfaltung. Dieser Wechsel des Anforderungsprofils hat langfristig nicht nur zu einem politischen Paradigmenwechsel weg von „Government“ hin zu „Governance“ (Benz und Dose 2010) beigetragen, wodurch horizontale Regierungsformen unter Einschluss nicht staatlicher Akteure an Bedeutung gewannen. Er deutet auch auf eine gewisse Reifung der Gesellschaften hin, die zwischen den Prinzipien der Demokratie und der aktuellen Leistungsbilanz differenzieren. Mündigkeit und Urteilskraft wurden zu zentralen Kriterien: „[A] critical citizenry signals not illness in the body politic, but rather the health of democracy“, urteilten etwa Putnam, Pharr und Dalton (2000: 21).

Mittlerweile hat darum in der Politische-Kultur-Forschung die selbstbewusste („assertive“) die vertrauensselige („allegiant“) Bürgerschaft als Ideal abgelöst (Dalton und Welzel 2014). Andere Labels, die dasselbe Phänomen beschreiben, sind die des „kritischen Bürgers“ („critical citizen“, Norris 1999) oder des „unzufriedenen Demokraten“ („dissatisfied democrat“, Klingemann 1999). Dieser lege größeren Wert auf politische Mitsprache statt auf Ruhe und Ordnung, sei von einer gewissen Skepsis gegenüber allen Autoritäten geprägt, zeige ein gesundes

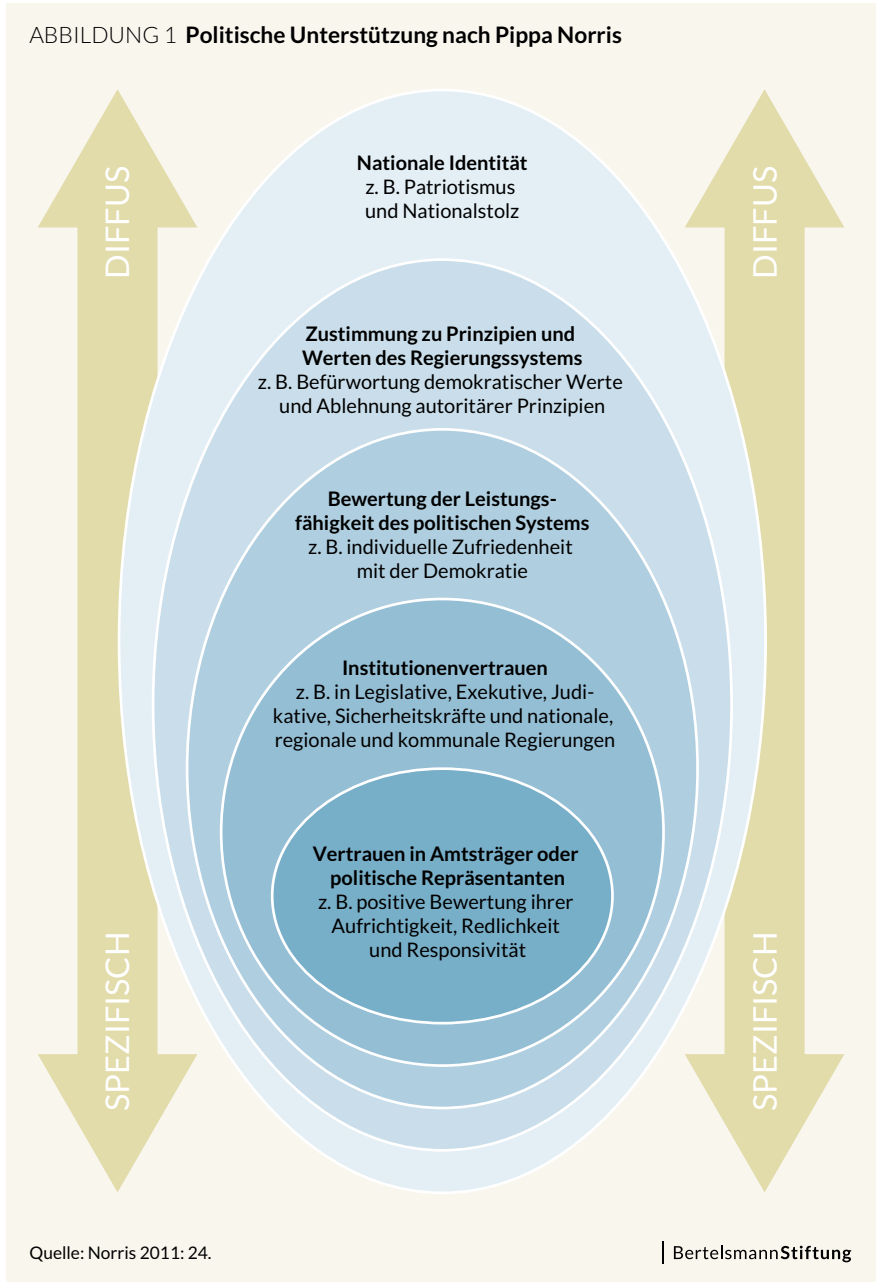
Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen und befürworte die Werte und Normen der Demokratie, äußere sich aber kritisch gegenüber ihren Problemen und Schwachstellen in der Realität. Grundlegend für eine Bewertung der Demokratiestabilität ist die Unterscheidung in eine intrinsische und eine instrumentelle Form der Demokratieunterstützung. Ausbleibende intrinsische Demokratieunterstützung (also die Akzeptanz der Demokratie um ihrer selbst willen) gilt als problematisch. Ausbleibende instrumentelle Demokratieunterstützung (also die Akzeptanz eines realen demokratischen Systems aufgrund seiner Leistungen) stellt wiederum weniger eine Demokratiebedrohung als vielmehr einen Treiber für politische Reformen dar. Mithin ist die Entstehung „kritischer Demokraten“ – anders als die Entstehung demokratiedistanzierter Gesellschaftsteile – aus Sicht einer Demokratie durchaus wünschenswert.

2.3.2 Ebenen politischer Unterstützung

Die unterschiedlichen Bedeutungen und Folgen politischer Unterstützung lassen es notwendig erscheinen, die konkreten politischen Unterstützungsobjekte klar voneinander zu trennen: einerseits, um die Konsequenzen erfolgreicher bzw. ausbleibender Unterstützung auf den verschiedenen Ebenen voneinander unterscheiden zu können; andererseits, um den Typen politischer Kultur auf den Grund gehen und politische Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Dafür bietet sich das Konzept der politischen Unterstützung nach Pippa Norris (1999; 2011) an. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Einsicht, bei politischer Unterstützung handle es sich um ein mehrdimensionales Phänomen. Die Gesellschaft spendet also nicht pauschal der Politik ihre Unterstützung, sondern immer nur ganz konkreten Ausschnitten: Ich muss nicht die Demokratie als Herrschaftsform verdammen, nur weil ich mit meinen gewählten Repräsentanten in dieser Legislaturperiode nicht einverstanden bin. Umgekehrt: Nur weil ich in der Demokratie eine schlechte Staatsform sehe, muss das nicht heißen, ich halte die politische Elite prinzipiell für unfähig oder korrupt. Getrennt werden muss auch zwischen den Institutionen: Wer mit dem Verfassungsgericht oder der Polizei zufrieden ist, muss es noch lange nicht mit dem Parlament oder der Regierung sein (und umgekehrt).

Aus diesem Grund unterscheiden wir in Anlehnung an Pippa Norris (1999; 2011) fünf verschiedene Formen der politischen Unterstützung (Abbildung 1). Sie lassen sich auf einem Kontinuum zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung abtragen. Je spezifischer die Unterstützungsart, umso mehr hängt sie von den konkreten Leistungen der Politik ab; je diffuser sie ist, umso mehr ist sie von grundlegenden Werten und der individuellen Sozialisation der Menschen abhängig.

1. Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft wird meist gemessen über das Gefühl subjektiver Verbundenheit mit der Nation, über den Nationalstolz oder die nationale Identität. Sie erfasst den generalisierten Willen, mit anderen innerhalb dieser Gemeinschaft zu kooperieren und politische Beziehungen aufrechtzuerhalten. Ihre fortwährende Erneuerung bezieht sie aus einem gemeinsam geteilten Gefühl der Heimatverbundenheit, aus kulturellen Mythen, Symbolen, kollektiven Erinnerungen an geschichtliche Ereignisse, wirtschaftlichen Ressourcen sowie Bürgerrechten und -pflichten (Norris 2011: 25). Trotz der europäischen Integration und der anhaltenden Globalisierung gilt das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger eines Staates darum nach



wie vor als zentrale Voraussetzung nicht nur für Demokratie, sondern auch für jeden Nationalstaat (Linz und Stepan 1996). Die Bertelsmann Stiftung, auf deren Daten diese Auswertung beruht, hat dafür folgende Frage gestellt:

„Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen zum Beispiel mit seiner Nachbarschaft oder seinem Land. Bitte sagen Sie mir, wie stark fühlen Sie sich verbunden mit:“

<input type="radio"/> Europa	<input type="radio"/> Ihrem Bundesland	<input type="radio"/> Ihrem Wohnort
<input type="radio"/> Deutschland	<input type="radio"/> Ihrer Region	<input type="radio"/> Ihrer Nachbarschaft

Die Antwortmöglichkeiten rangieren von (5) „sehr verbunden“ über (4) „ziemlich verbunden“ und (3) „teils/teils“ bis hin zu (2) „nicht sehr verbunden“ und (1) „überhaupt nicht verbunden“. Ausgeschlossen von der Auswertung bleiben Verweigerungen und „Weiß nicht“-Angaben. Dabei haben wir uns, um dem gesellschaftlichen Zusammenhalt auf den Grund zu gehen, auf die Verbundenheit mit Deutschland konzentriert. Die anderen fünf supra- und subnationalen Objekte sind von der Auswertung folglich ausgeklammert. Je höher die Verbundenheit mit Deutschland ausfällt, umso stabiler gilt – ceteris paribus – der Nationalstaat. Sie schwankt über den Zeitverlauf relativ wenig und stellt eine gewisse Stabilitätsreserve für die Demokratie dar. Unklar ist indes, wie die Verbundenheit mit Deutschland in den einzelnen Landesteilen ausfällt.

2. Die Unterstützung der Regimeprinzipien gibt die Übereinstimmung mit grundlegenden Werten, Normen, aber auch grundlegenden Institutionen konstitutioneller Demokratie wieder – etwa Freiheit, Gleichheit, Partizipation, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Über diese zentralen Merkmale von Demokratie herrscht kulturübergreifend ein relativ großer Konsens (Diamond 2009; Ferrín und Kriesi 2016). Nicht zuletzt darum ist die Legitimität der Demokratie ein guter Indikator für die Unterstützung der einzelnen Regimeprinzipien. Sie gilt als wichtigste Voraussetzung für die langfristige Stabilität von Demokratie in einem Land. Die Forschung hat hierfür eine Reihe von Variablen entwickelt und empirisch untersucht, darunter etwa die Übereinstimmung mit der Demokratieidee, die Unterstützung von Demokratie als beste Regierungsform, als Präferenz von Demokratie gegenüber einer Diktatur oder als subjektive Wichtigkeit, in einem demokratischen Land zu leben. Entsprechend nutzen wir folgendes Item aus der Umfrage der Bertelsmann Stiftung von 2017:

„Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu? ... Die Demokratie ist die beste Staatsform.“

- | | | | | | |
|---|------------------|---|-------------|---|-----------------|
| 1 | stimmt gar nicht | 3 | teils/teils | 4 | stimmt ziemlich |
| 2 | stimmt wenig | | | 5 | stimmt völlig |

Fehlende bzw. verweigerte Antworten werden von der Auswertung ausgeschlossen. Die Demokratie ruht dabei auf umso stabilerem Fundament, je mehr Menschen der obigen Aussage „völlig“ oder „ziemlich“ zustimmen. Hierin liegt auch der wahre Kern des Kongruenzpostulats der Politische-Kultur-Forschung: Zentral für den Bestand der Demokratie in einem Land ist es, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihren Werten, Verfahren und Institutionen zustimmt. Auch diese Unterstützungsart kann also in Krisenmomenten als Stabilitätsreserve der Demokratie dienen. Umgekehrt gilt die Gefahr für einen Demokratiezusammenbruch dann als sehr hoch, wenn größere Gesellschaftssegmente diesem Regimetyyp ihre Unterstützung aus Prinzip versagen. In den meisten Staaten Europas fällt die Zustimmung groß (70 bis 80 Prozent) aus (Klingemann 2014: 14,6), sodass – zumindest auf normativer Ebene – die liberale konstitutionelle Demokratie in den letzten Jahrzehnten weithin konkurrenzlos geworden ist.

Der Umstand, dass auch die meisten Diktaturen mittlerweile nicht mehr ohne demokratische Begründungsnarrative auskommen, um ihre Herrschaft zu sichern, liefert dafür einen schlagkräftigen Beweis.

3. Die Unterstützung der Regimeperformanz erfasst die Akzeptanz der Funktions- und Wirkungsweise einer konkreten Demokratie in der Praxis (im Gegensatz zum Demokratieideal). Die meisten Surveystudien fragen darum nach der Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land, die einen gewissen Bezug zu den Leistungen und Outputs des politischen Systems besitzt. Jemand kann sich stark mit den Werten der Demokratie identifizieren und zugleich dem politischen System in seinem Land (wenn es eine Demokratie ist) ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Die Leistungsabhängigkeit dieser Unterstützungsform erklärt ihre beträchtliche geographische (in Südeuropa fällt sie tendenziell niedriger aus als im Norden) und zeitliche Varianz. Verfestigen sich jedoch bestimmte Bewertungen auf dieser Ebene langfristig, kann das die prinzipiellen Einstellungen zur Demokratie beeinträchtigen (Spill-over-Effekt): Anhaltend gute Bewertungen der Performanz können das generelle Vertrauen in die Demokratie – gerade in frühen Konsolidierungsphasen – fördern, wie auch langfristig negative Einstellungen grundsätzliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit demokratischer Herrschaft nähren können. Die Umfrage der Bertelsmann Stiftung erfasst die Unterstützung der Regimeperformanz über folgendes Item:

„Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu? ... Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden.“

- | | | | | | |
|---|------------------|---|-------------|---|-----------------|
| 1 | stimmt gar nicht | 3 | teils/teils | 4 | stimmt ziemlich |
| 2 | stimmt wenig | | | 5 | stimmt völlig |

Auch hier werden wieder fehlende bzw. verweigerte Antworten von der Auswertung ausgeschlossen. Welche systemischen Konsequenzen haben bzw. hätten niedrige Unterstützungswerte auf dieser Ebene? Sie dürften auf lange Sicht nicht nur an der generellen Legitimität von Demokratie kratzen, sondern führen zu einem Wandel bzw. Zusammenbruch des Demokratietyps in einem Land (Fuchs 2007).

4. „Institutions are where the regime meets the authorities“ (Hibbing und Theiss-Morse 1995: 16). Diese Scharnierfunktion politischer Institutionen erklärt die Bedeutung ihrer über das Vertrauen gemessenen Unterstützung für das politisch-kulturelle Einstellungsgefüge. Vertrauen erfasst, ob die Menschen davon überzeugt sind, dass die Machthabenden die ihnen übertragene Macht nicht missbrauchen werden, selbst wenn diese nicht ständig öffentlich kontrolliert würden. Die Gesellschaft ist dabei zwar durchaus in der Lage, zwischen Amt und Amtsträger zu unterscheiden. Gleichwohl leidet das Vertrauen in einzelne (bzw. mehrere) Institutionen unter anhaltender politischer Inkompetenz, Korruption oder als mangelhaft wahrgenommener Leistungsfähigkeit der Politiker und Beamten (Spill-over-Effekt). Dabei ist nicht nur das Vertrauen gegenüber jeder einzelnen Institutionen aufschlussreich, bietet

es doch Einsichten darüber, wo es aus Sicht der Gesellschaft im politischen System genau „hakt“, sondern auch das aggregierte, das heißt generelle Vertrauen in politische Institutionen. Wir messen es über folgendes Item:

„Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.“

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="radio"/> politische Parteien | <input type="radio"/> Landtag | <input type="radio"/> Europäisches Parlament |
| <input type="radio"/> Gerichte | <input type="radio"/> Bundesregierung | <input type="radio"/> öffentlich-rechtlicher Rundfunk |
| <input type="radio"/> Polizei | <input type="radio"/> Bundestag | <input type="radio"/> soziale Medien |
| <input type="radio"/> Landesregierung | <input type="radio"/> Europäische Kommission | |

Aus demokratietheoretischer Sicht gilt weder blindes Vertrauen noch tief sitzendes Misstrauen als förderlich. Das eine Extrem verleitet – vereinfacht gesagt – Amtsinhaber zum Missbrauch ihrer Macht, das andere hemmt die politische Willensbildung. Vielmehr muss ein moderates Maß an Vertrauen vorherrschen, das einerseits die Regierenden an ihre Responsivitätsfunktion erinnert, andererseits Entscheidungen zulässt, die kurzfristig keine Wirkung zeitigen: „Die Aufgabe, autoritative Entscheidungen zu produzieren und durchzusetzen, kann das System nur dann effektiv erfüllen, wenn die politischen Akteure und Institutionen nicht dauernd einer zutiefst misstrauischen Öffentlichkeit gegenüberstehen“ (Gabriel 1999: 203). Gesundes Misstrauen verwirklicht also das für konstitutionelle Demokratien zentrale Kontrollprinzip. Die Betonung liegt auf „gesund“. Anhängern des Sozialkapitalansatzes zufolge steigert Vertrauen sogar die Bereitschaft unter den Menschen, den Gesetzen zu folgen, sich für politische Streitfragen zu interessieren und am politischen Geschehen teilzuhaben (Putnam 1994), sodass es zusammengefasst am besten erscheint, wenn sich das Vertrauen hauptsächlich in den Kategorien „groß“, „teils/teils“ und „gering“ bewegt, weniger bei „sehr groß“ oder bei „überhaupt kein Vertrauen“. Der Befund, dass die „parteienstaatlichen“ Institutionen (Parlament, Regierung, Parteien) eher geringeres und zudem stärker schwankendes Vertrauen erzielen als die „rechtsstaatlichen“ (Gerichte, Polizei, Verwaltung), gilt als gesichert (Zmerli 2012). Verantwortlich dafür werden eine größere tagespolitische Präsenz in den Medien, die stärkere Personalisierung durch die Amtsinhaber und die Konfliktrichtigkeit der Aufgaben gemacht.

- Die Unterstützung der politischen Akteure bildet die Bewertungen der politischen Elite als Ganzes sowie die Leistungsfähigkeit konkreter politischer Führungskräfte ab. Da sich die systemischen Konsequenzen im Falle langfristig ausbleibender Unterstützung hier aber nur auf die Abwahl der Amtsinhaber beschränken (Fuchs 2007), ja beschränken sollen, haben wir diesen Aspekt nicht miterfasst. Der Wettbewerbsvorteil der Demokratie gegenüber anderen Herrschaftsformen liegt ja gerade in der zuverlässigen Friedlichkeit ihres Herrschaftswechsels: „Es gibt eigentlich nur zwei Staatsformen: solche, in denen es möglich ist, die Regierung ohne Blutvergießen durch eine Abstimmung loszuwerden, und solche, in denen das nicht möglich ist. [...] Gewöhnlich nennt man die erste Form ‚Demokratie‘ und die zweite Form ‚Diktatur‘“ (Popper 2006: 208).

2.3.3 Warum die Regionalisierung politischer Unterstützung untersuchen?

Die Erosion intrinsischer Demokratieunterstützung – mit Blick auf die politische Gemeinschaft wie die Demokratieprinzipien – stellt eine von zwei grundlegenden politisch-kulturellen Bedrohungen für eine Demokratie dar. Die andere: Polarisierung, verstanden als auseinanderdriftende politische Einstellungen in der Gesellschaft (Mannewitz 2015: 74–91). Polarisierung ist deshalb so heikel, weil sie die Demokratie mit einem Dilemma konfrontiert: Sie kann nicht auf diese politischen Orientierungen reagieren, ohne zugleich jene zu vernachlässigen. In Fragen, welche die Tagespolitik oder nur Einzelthemen betreffen, mag das unproblematisch sein, weil regelmäßige Regierungswechsel den sogenannten „losers‘ consent“, also die Akzeptanz von Wahlniederlagen, stärken: Wessen Partei es dieses Mal nicht auf die Regierungsbank geschafft hat, kommt womöglich bei der nächsten Wahl zum Zug.

Driftet jedoch die Unterstützung der Demokratie und ihrer Institutionen langfristig auseinander, ist die Lage ernster, zumal, wenn hier noch eine regionale Komponente hinzutritt. Sie bietet nämlich beträchtliches Identifikations- und Mobilisierungspotenzial. Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, mehr noch die separatistischen Tendenzen in Norditalien, im Baskenland und in Katalonien sowie in vielen weiteren Regionen Europas legen davon Zeugnis ab. Dabei spielt zwar das Beharren auf Selbstbestimmung und Autonomie die Hauptrolle im politischen Narrativ, es ist aber ohne auseinandergehende gesellschaftliche Haltungen gegenüber der nationalstaatlichen Demokratie nicht denkbar. Die regional konzentrierte ausbleibende Unterstützung der politischen Gemeinschaft und der Demokratieprinzipien gefährdet demnach die Integrität der Demokratie. Was geographisch auseinandergehende Unterstützungswerte der Demokratieperformance angeht, hängt viel von den Ursachen ab: Sind (reale oder wahrgenommene) ökonomische Leistungsdefizite dafür verantwortlich (wie etwa in Ostdeutschland in den 1990er Jahren), steht weniger auf dem Spiel, als wenn der demokratische Prozess bzw. die politische Architektur in einigen Landesteilen als ungerecht empfunden werden (wie in Katalonien).

In einzelnen Regionen konzentrierte Antisystemhaltungen sind aus Sicht des politischen Systems folglich nicht weniger problembeladen, als wenn diese stärker, aber gleichmäßig im gesamten Land verbreitet wären. Um derartige Gefährdungen für die Demokratie aufspüren und kartieren zu können, bevor sie virulent werden, müssen wir uns regelmäßig der Regionalisierung politischer Unterstützung zuwenden. Bereits ein gesamtgesellschaftlich bedeutungslos erscheinender Anteil an Demokratiedistanzierten kann folglich für das System zur Gefahr werden, wenn er regional konzentriert ist. Allerdings lag der Schwerpunkt der Politische-Kultur-Forschung in den letzten Jahren eher auf nationalen Untersuchungen, allenfalls noch (in Deutschland) auf einem generellen Ost-West-Vergleich. Vor dem Hintergrund, dass der hierin zum Ausdruck kommende methodologische Nationalismus (Jeffery und Wincott 2010) – also die Vernachlässigung der subnationalen Beobachtungsebene – enorme Beharrungskräfte zeigt, bergen Surveys wie das der Bertelsmann Stiftung sozialwissenschaftliche Schätze.

2.3.4 Typen von Demokratieunterstützern

Die Aufschlüsselung politischer Unterstützung in verschiedene Dimensionen (politische Gemeinschaft, Demokratieprinzipien, Demokratieperformanz, politische Institutionen) bietet nicht nur die Möglichkeit, ein hoch auflösendes Bild der neuralgischen Punkte einer politischen Kultur herauszuarbeiten, sondern auch solche subkutanen Verschiebungen zu einem frühen Zeitpunkt aufzuspüren, die sich erst auf lange Sicht negativ auf die Demokratie auswirken – zumal, wenn regionale Entwicklungen entflochten werden. Dafür ist es nötig, die Bürger unterschiedlichen Typen der Demokratieunterstützung zuzuordnen sowie anschließend die gesellschaftliche Stärke der verschiedenen „Lager“ in den Blick zu nehmen. Hierbei bauen wir auf den Erkenntnissen Klingemanns (2014) sowie Daltons und Shins (2014) auf, die aus den vier bzw. fünf (mit der Akteursebene) Dimensionen politischer Unterstützung jene herausgegriffen haben, die als besonders relevant für eine Einschätzung der Demokratiestabilität gelten: die Unterstützung der Demokratieprinzipien (gemessen über die Zustimmung zur Aussage, Demokratie sei die ideale Staatsform) und die Unterstützung der konkreten Demokratie im Land (gemessen über die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland).

TABELLE 1 Typen von Demokratieunterstützung

		DEMOKRATIE ALS BESTE STAATSFORM	
		demokratisch	demokratiskeptisch
DEMOKRATIE-LEISTUNG	zufrieden	zufriedene Demokraten	zufriedene Demokratiskeptiker
	unzufrieden	unzufriedene Demokraten	unzufriedene Demokratiskeptiker

Quelle: Eigene Darstellung nach Dalton und Shin 2014: 109.

| BertelsmannStiftung

In Bezug auf die Idealvorstellung grenzten Dalton und Shin in ihrer Studie Demokratiebefürworter von Autokratiefürwortern ab. Um eine feingliedrige Unterscheidung für den deutschen Fall gewährleisten zu können, unterscheiden wir einerseits zwischen Demokratiebefürwortern (Menschen, die in Demokratie die beste Staatsform sehen) und Demokratiskeptikern (Menschen, die in Demokratie nicht die beste Staatsform sehen). Andererseits stellen wir jenen, die mit der realen Demokratie in Deutschland zufrieden sind (Demokratiezufriedene), jene gegenüber, die es nicht sind (Demokratieunzufriedene). Die Umfrage der Bertelsmann Stiftung ermöglichte es den Teilnehmern mit der „Teils/teils“-Kategorie, sich bei beiden Aspekten weder eindeutig zustimmend noch ablehnend zu äußern. Da sich dahinter jedoch höchst unterschiedliche Motive verbergen (argumentatives Gleichgewicht, Meinungslosigkeit, Unsicherheit, Unaufmerksamkeit, mangelnde Motivation), sparen wir eine Auswertung dieser Antworten bei der Typologisierung der Bevölkerung aus, wenngleich sie häufig ausgewählt wurden.

2.3.5 Datengrundlage und frühere Ergebnisse für Deutschland

Unsere Analyse basiert auf den Daten der 2017 von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen und durch das Markt- und Sozialforschungsinstitut infas durchgeführten Erhebung zum „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Befragung von insgesamt 5.041 deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren (nach Bereinigung fehlender Regionaldaten $n = 4.968$). Durch die verstärkte Berücksichtigung von Einwohnerproportionalität wurden 80 subnationale Regionen mit hinreichender Stichprobengröße gebildet, um Repräsentativität für die Regionen sowie die Vergleichbarkeit zwischen diesen zu gewährleisten. Für die Aggregation der Individualdaten auf Bundeslandebene wurden die Daten entsprechend der Bevölkerungsanteile der Regionen an den Ländern gewichtet.

Ein großer Wert des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung besteht in dessen feiner regionaler Aufgliederung. Vielen thematisch verwandten Studien bleibt diese hohe Auflösung versagt, da sie lediglich auf gesamtstaatliche Daten zurückgreifen konnten. Sie können aber dazu dienen, die gesamtdeutschen Ergebnisse dieser Studie durch den Vergleich mit anderen Staaten zu kontrastieren. Auch lassen sich die Ergebnisse dieser Untersuchung in den zeitlichen Entwicklungsverlauf der Demokratieunterstützung der Deutschen einordnen. Gleichwohl ist Vorsicht geboten, da unterschiedliche Erhebungsmethoden (z. B. Fragestellung oder Antwortkategorien) die Vergleichbarkeit verschiedener Studien beeinflussen:

So zeigen die Ergebnisse des Eurobarometers (Europäische Kommission 2018), dass die Verbundenheit der Deutschen zu ihrer Nation dem Mittelwert aller EU-Staaten sehr ähnlich ist. Das EU-Mittel blieb dabei zwischen dem Beginn der Eurobarometeruntersuchungen im Jahre 1999 (90 Prozent „[sehr] hohe Verbundenheit“) und 2018 (93 Prozent „[sehr] hohe Verbundenheit“) relativ konstant. Für Deutschland verzeichnet die Zeitreihe sogar einen recht deutlichen Anstieg. Lag der Anteil positiver Einstellungen zum eigenen Land 1999 noch unter dem EU-Schnitt (86 Prozent), so wird er inzwischen als höher angegeben (2018: 97 Prozent). Die Unterschiede zu den Ergebnissen dieser Untersuchung ergeben sich aus den möglichen Antworten beider Datensätze: Das Eurobarometer kennt keine Mittelkategorie („teils/teils“), die Befragten müssen sich zwischen „(eher) ablehnend“ und „(eher) zustimmend“ entscheiden. Die 15 Prozent Unentschiedenen im Datensatz der Bertelsmann Stiftung 2017 hätten sich folglich im Eurobarometer wohl eher den gut 80 Prozent der Befragten angeschlossen, die ein positives Verbundenheitsgefühl mit Deutschland angaben (siehe Kapitel 2.4.1).

Gerade in Bezug auf die Einstellungen zur Demokratie als bester Staatsform und die Bewertung der Demokratieperformanz ist Deutschland in der Vergangenheit als überdurchschnittlich gut beschrieben worden. So berichtet Klingemann (2014: 125–27 und 146–47) sowohl für 1999 als auch für 2008 im Vergleich zu 42 anderen europäischen Staaten gute Werte: Im Mittel gab es 1999 71,5 Prozent Demokraten, in Deutschland waren es 87,6 Prozent. Auch 2008 lag der Mittelwert von 68,5 Prozent demokratisch eingestellter Bürger unter den 83,1 Prozent in Deutschland – auch wenn beide Zustimmungsniveaus damit leicht zurückgingen. Klingemann unterscheidet zudem zwischen älteren (westlichen) Demokratien

und neuen (postsozialistischen, östlichen) Demokratien. Deutschland (selbst in der Westgruppe) schneidet auch nach dieser Aufteilung weiterhin gut ab: In den westeuropäischen Ländern gab es 1999 im Mittel 81,3 Prozent Demokraten, im Osten nur 63 Prozent. Für 2008 beträgt das Verhältnis rund 79 zu 60 Prozent. Für die Bewertung der realen demokratischen Leistungsfähigkeit zeigt sich ein ähnliches Bild: 1999 schätzten im Schnitt 52,5 Prozent der Befragten ihre reale Demokratie negativ ein (Westeuropa: 35,2 Prozent; Osteuropa: 67,6 Prozent), in Deutschland lediglich 25 Prozent. Im Jahre 2008 sinkt das Mittel aller Staaten auf unter 51 Prozent negativer Bewertungen (Westeuropa: 41,1 Prozent; Osteuropa: 59,2 Prozent). Innerhalb der deutschen Bevölkerung steigt dieser Anteil zwar auf knapp 35 Prozent, bleibt aber weit unterhalb des Schnitts (Klingemann 2014: 125–27 und 146–47). Klingemanns Datengrundlage verzichtet auf eine Mittelkategorie. Der in dieser Studie ermittelte gesamtdeutsche Anteil von 76 Prozent Befürwortern der Demokratie als Staatsform für 2017 (sowie 18 Prozent Unentschlossener) muss daher als sehr stabil erscheinen. Zusätzlich sind 2017 lediglich 14 Prozent mit den Leistungen der deutschen Demokratie unzufrieden. Selbst wenn alle Unentschiedenen (29 Prozent) ohne die Mittelkategorie zu einer negativen Bewertung tendiert hätten, stiege deren Anteil im Vergleich zu 2008 nur leicht an. Unterschiede der Einstellungen in Abhängigkeit von einer kürzeren oder längeren Demokratieerfahrung wurden dagegen auch im deutschen Bundesländervergleich deutlich (siehe Kapitel 2.4.2 und 2.4.3).

Dass als politisch wahrgenommene Institutionen (v. a. aber Parteien) in etablierten Demokratien häufig weniger Vertrauen genießen als vermeintlich neutrale (Gerichte, Polizei), ist vielfach gezeigt worden und kann auch durch diese Studie bestätigt werden. Zmerli (2016: 186–87) hat darüber hinaus herausgestellt, dass das Institutionenvertrauen in Deutschland mittelfristig recht stabil ist. Zwischen 2002 und 2010 schwanken die Mittelwerte über die von ihr gewählten Institutionen (Parlament, Justiz, Polizei, Politiker und Parteien) für Westdeutschland auf einer Skala von 0 (überhaupt kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen) nur wenig um den Wert 5 und ähneln damit sehr stark dem Profil für ganz Westeuropa. Ostdeutschland liegt ein wenig niedriger um etwa 4,5, die Gruppe osteuropäischer Staaten bei 4. Spitzenreiter sind die skandinavischen Länder mit konstanten Vertrauenswerten um 6.

2.4 Demokratieunterstützung in den Bundesländern

2.4.1 Große Unterstützung der politischen Gemeinschaft in allen Bundesländern

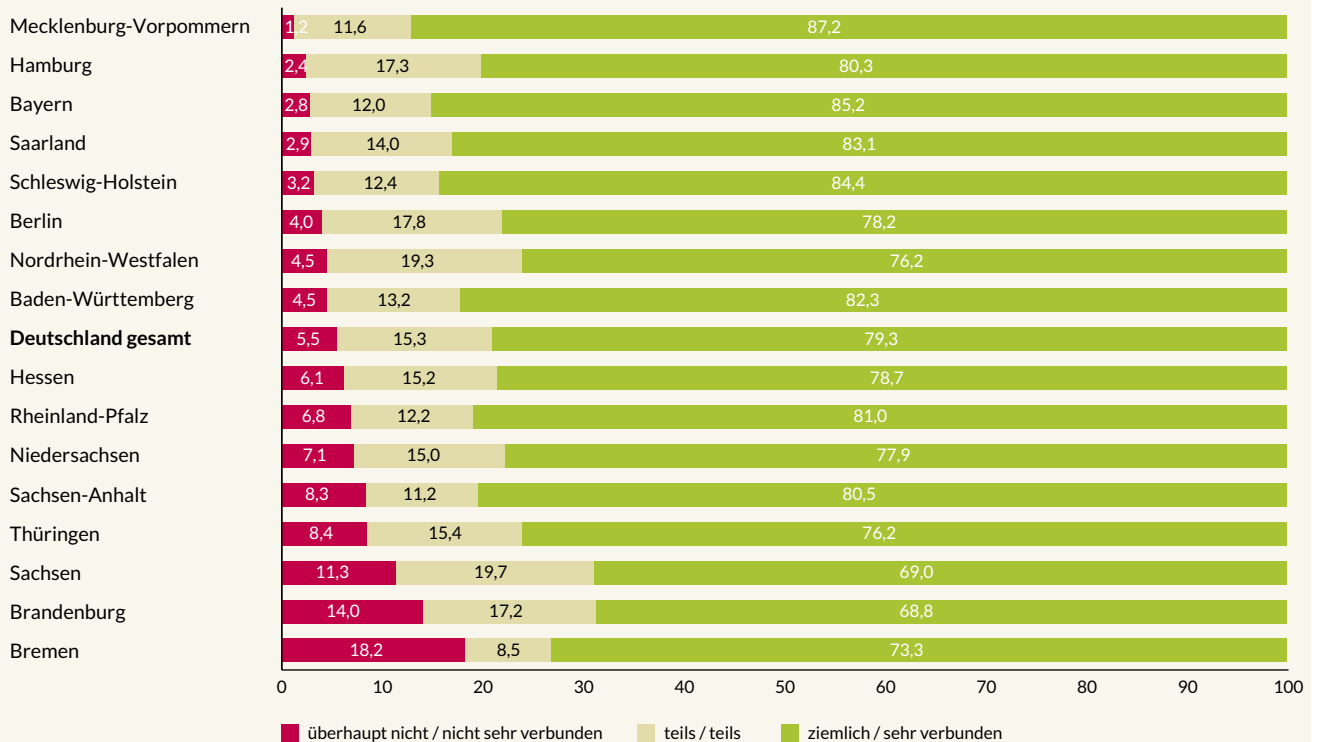
Eine deutliche Bevölkerungsmehrheit in allen Bundesländern (und auch im gesamtdeutschen Mittel) fühlt sich mit Deutschland ziemlich oder sehr verbunden (Abbildung 2). Spitzenreiter ist hierbei Mecklenburg-Vorpommern mit 87 Prozent positiven Einstellungen unter den Befragten. Schlusslichter sind dagegen Sachsen und Brandenburg mit jeweils etwa 69 Prozent der Befragten, die ein Verbundenheitsgefühl mit Deutschland ausdrückten. Betrachten wir die Bevölkerungsanteile mit geringer bzw. keiner Verbundenheit gegenüber Deutschland, so rangieren diese Werte zwischen ein Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und 18 Prozent (Bremen). Insgesamt ist die Streuung damit zwischen den Bundesländern überschaubar – die Haltung zur politischen Gemeinschaft polarisiert keineswegs. Gleichwohl fällt auf, dass die Gruppe der übrigen ostdeutschen Länder auf den hinteren Plätzen konzentriert ist: Brandenburg nimmt den 15., Sachsen den 14., Thüringen den 13., Sachsen-Anhalt den 12. Rang ein. Brandenburg, Sachsen und Thüringen, nicht jedoch Sachsen-Anhalt, weisen zusätzlich relativ viele Unentschlossene auf. Entsprechend hat Bremen also zwar den größten Bevölkerungsanteil mit geringer bzw. fehlender Identifikation mit Deutschland, aber nicht den kleinsten Bevölkerungsanteil mit ziemlich bzw. sehr hohen Verbundenheitsgefühlen. Dieser findet sich mit unter 70 Prozent in Brandenburg und Sachsen.

Da die „Teils/teils“-Antworten eine Interpretation der Daten zum Zwecke der Demokratiestabilitätsanalyse erschweren, greifen wir das Verhältnis von positiven zu negativen Einstellungen zur politischen Gemeinschaft auf, um so Hinweise auf eine Polarisierung innerhalb der Bevölkerung zu gewinnen (vgl. Tabelle 1, Anhang): Bei einer Maßzahl von 1 wären positive und negative Einstellungen gleich verteilt, gleich große Gruppen stark differierender Meinung stünden einander gegenüber. Für das Verbundenheitsgefühl der Bürger mit Deutschland ist die relationale Maßzahl entsprechend in Bremen am niedrigsten. Dennoch überwiegt auch hier klar die Verbundenheit mit Deutschland. Auf jeden Befragten, der angab, keine oder eine geringe Verbundenheit mit Deutschland zu empfinden, kommen vier Personen, die sich Deutschland ziemlich oder sehr verbunden fühlen. Beim Spitzenreiter Mecklenburg-Vorpommern fühlen sich im Verhältnis erheblich mehr Personen ziemlich oder sehr mit Deutschland verbunden (Verhältnis 1 : 70). In der Zusammenschau weisen die Deutschen eine hohe Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft auf. Zwischen den Bundesländern gibt es in Bezug auf die Verbundenheit und Nichtverbundenheit moderate Unterschiede. Lediglich 18 Prozentpunkte liegen zwischen dem größten und geringsten Anteil (sehr) großer Verbundenheit mit Deutschland. Während gerade in einigen ostdeutschen Bundesländern die Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft besonders niedrig ist, bilden sie zumindest keine uniforme Gruppe: Schließlich nimmt mit Mecklenburg-Vorpommern ein weiteres neues Bundesland die Tabellenspitze ein. Und Sachsen-Anhalt bewegt sich mit seinem Zustimmungswert von 80 Prozent im vorderen Drittel. Hinweise auf eine starke Polarisierung finden sich

gesamtgesellschaftlich wie regional nicht. Ob diese Geschlossenheit zwischen Ost- und Westdeutschen jemand Ende der 1980er Jahre vorausgesehen hätte? Dass die Verbundenheit mit Deutschland nirgendwo ernsthaft zur Disposition steht, heißt freilich nicht, andere – konkurrierende wie ergänzende, individuelle wie kollektive – Identitäten hätten keinen Platz in der deutschen Gesellschaft, die sich ausdifferenziert hat.

ABBILDUNG 2 Einstellungen zur politischen Gemeinschaft: Verbundenheit mit dem Land

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Einstellung zur Demokratie als bester Staatsform nach den Antworten auf die Frage: „Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen zum Beispiel mit seiner Nachbarschaft oder seinem Land. Bitte sagen Sie mir, wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Deutschland?“

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

2.4.2 Leichtes Ost-West-Gefälle bei der Unterstützung der Demokratie um ihrer selbst willen

Auch die Wertschätzung der Demokratie um ihrer selbst willen überwiegt in allen Bundesländern deutlich gegenüber der Ablehnung. Im Bundesschnitt stimmen drei von vier Befragten der Aussage zu, die Demokratie sei die beste Staatsform (siehe Abbildung 3). Es gibt also eine profunde Stabilitätsreserve für die Demokratie als solche. Der Anteil der Unentschlossenen ist mit 18 Prozent nur minimal höher als bei den Einstellungen zur politischen Gemeinschaft. Vergleichbar sind auch die rund sechs Prozent der Befragten, welche die Ansicht, die Demokratie sei die beste Staatsform, kaum oder gar nicht teilen. Der Anteil jener demokratieskeptischen

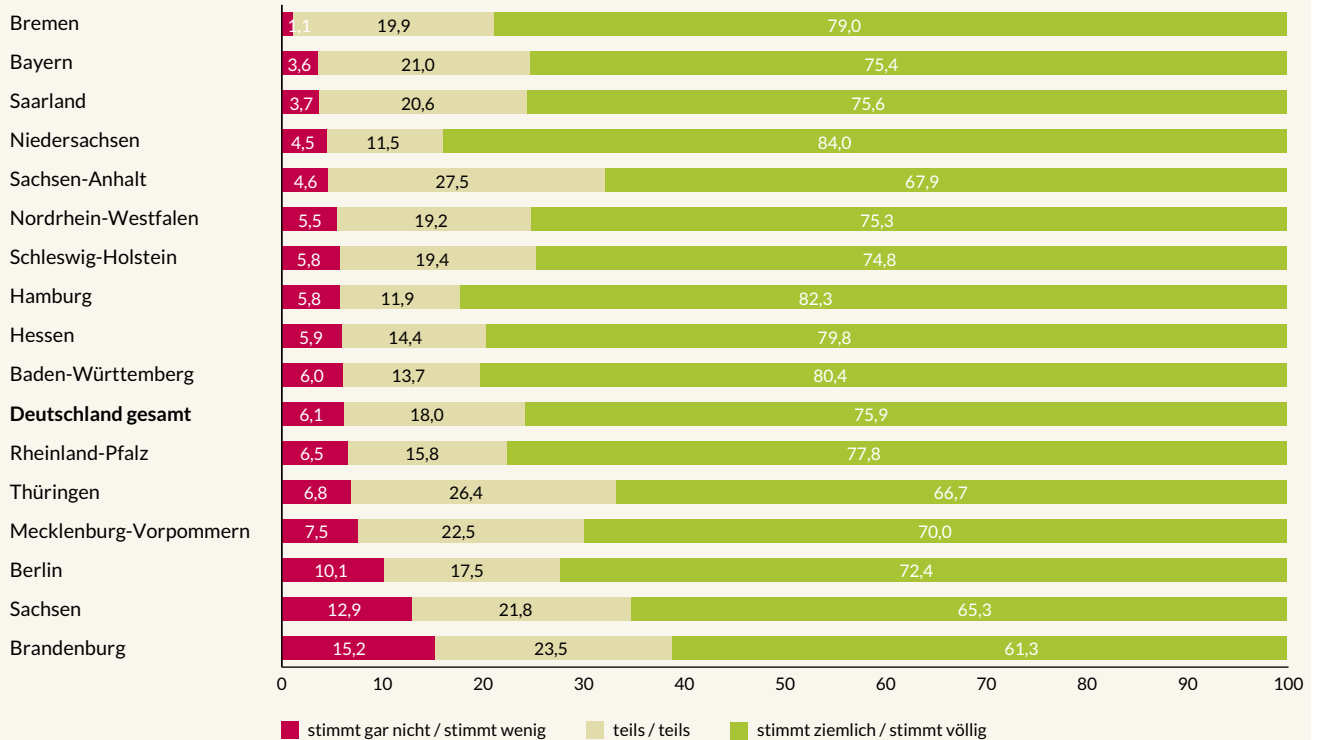
Menschen an der Gesamtbevölkerung ist jedoch regional sehr ungleich verteilt. Während im Stadtstaat Bremen gerade einmal ein Prozent der Befragten Demokratieskepsis äußerte, betrug der Anteil in Brandenburg 15 Prozent. Zusätzlich zu Brandenburg weisen mit Sachsen (13 Prozent) und Berlin (zehn Prozent) zweistellige Anteile demokratieskeptischer Bürger auf. Auch Mecklenburg-Vorpommern (sieben Prozent) und Thüringen (sechs Prozent) liegen über dem Bundesmittel der Demokratieskepsis. Abermals fällt die Häufung ostdeutscher Bundesländer am unteren Ende des Rankings ins Auge und dies umso mehr, wenn man die Anteile der Demokratiebefürworter betrachtet: Die ostdeutschen Länder weisen diesbezüglich die geringsten Werte auf, von Brandenburg mit einem Anteil von 61 Prozent Demokratiebefürwortern bis Mecklenburg-Vorpommern mit 70 Prozent.

Während die Mittelwerte der beiden Demokratiedimensionen Gemeinschaft und Ideal der Demokratie vergleichbar sind, nimmt die Zustimmung zumindest bei den „Schlusslichtern“ deutlich ab. Damit liegen größere Unterschiede zwischen dem erst- und letztplatzierten Bundesland als noch bei der Unterstützung der politischen Gemeinschaft: Der niedrigste Anteil prodemokratischer Einstellungen in einem Bundesland (Brandenburg) liegt mehr als 23 Prozentpunkte unter dem größten (Niedersachsen). Ziehen wir 80 Prozent Zustimmung zur Staatsform Demokratie als „Wunschmaß“ heran, so erreichen ihn lediglich vier Bundesländer Niedersachsen (84 Prozent), Hamburg (82 Prozent), Baden-Württemberg und Hessen (jeweils 80 Prozent). Bremen unterschreitet diesen Wert mit 79 Prozent jedoch nur knapp.

Den Befund beträchtlicher Streuung stützt der Blick auf die Verhältnisse pro- und antidemokratischer Einstellungen (vgl. Tabelle 2, Anhang): Kommen in Brandenburg auf eine Person, die mit Demokratie nicht allzu viel anfangen kann, vier weitere Befragte, die dieser Staatsform große oder gar sehr große Zustimmung gegenüber aufbringen, so sind es im Saarland und in Bayern nicht weniger als 20 und in Bremen gar 70. Fast drei Jahrzehnte nach der Demokratisierung der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands kommt den Ostdeutschen das rückhaltlose Bekenntnis zur Demokratie immer noch schwerer über die Lippen als ihren westdeutschen Nachbarn, was nicht heißt, die offene Demokratieablehnung sei hier stärker verankert. Es heißt nur: Der Anteil an Menschen, die sich vorbehaltlos hinter die Demokratie stellen, ist hier geringer, der Anteil an Menschen, die lavieren, größer als im gesamten Westen. Der Befund verweist auf die Notwendigkeit, nach Phasen der Euphorie über eine rasche und gelungene institutionelle Demokratisierungsphase die Langmut gegenüber der Demokratisierung in den Köpfen nicht zu verlieren. Es heißt, um eine Diktatur zu überwinden, brauche es wenigstens noch einmal dieselbe Zeit, wie die Diktatur währte. Diese Herausforderung wird darum nicht über Nacht, sondern im Wandel der Generationen bezwungen. Nichtsdestotrotz: In keinem der deutschen Länder dominiert der Bevölkerungsanteil der Demokratieskeptiker gegenüber den Prodemokraten. Vielmehr befinden Letztere sich in der großen – relativen – Mehrheit. Das ist eine erfreuliche Erkenntnis angesichts der allortigen diagnostizierten Krise der Demokratie und – in Ostdeutschland – einer vierzigjährigen Autokratievergangenheit.

ABBILDUNG 3 Einstellung zu den Regimeprinzipien: Demokratie als beste Staatsform

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Die Demokratie ist die beste Staatsform.“

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

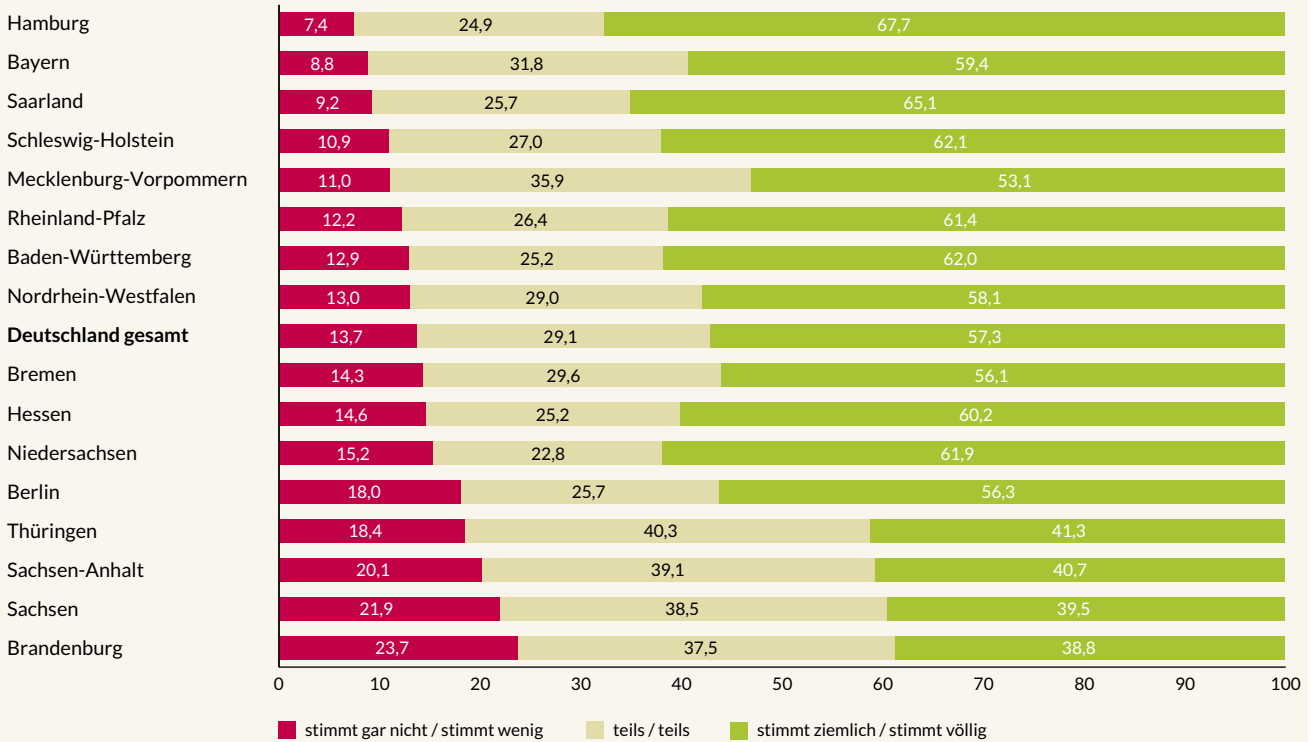
| BertelsmannStiftung

2.4.3 Ost-West-Kluft bei der Beurteilung der Regimeperformanz

Der nächste Schritt von diffuser zu konkreter Demokratieunterstützung nimmt nicht die Idee demokratischer Herrschaft in den Blick, sondern stellt auf die Bewertung der konkreten Leistungen ihrer Praxis in Deutschland ab. Im Vergleich zu den beiden abstrakteren Dimensionen politischer Unterstützung (politische Gemeinschaft und Demokratie als beste Staatsform) sinkt die Zufriedenheit hier auf 57 Prozent und steigt die Unzufriedenheit auf 14 Prozent (siehe Abbildung 4): Der Anteil von Menschen, die das Ideal der Demokratie befürworten, übersteigt also den Anteil derer, die von der Leistungsfähigkeit des deutschen Demokratietyps überzeugt sind. Auch der Anteil uneindeutiger bzw. unsicherer Antworten steigt auf 29 Prozent. Was die regionalen Muster angeht, so finden sich die wenigsten negativen Einstellungen zur demokratischen Performanz (sieben Prozent) genauso wie die meisten positiven (68 Prozent) in Hamburg. Die größte Unzufriedenheit herrscht in den ostdeutschen Ländern Brandenburg (24 Prozent), Sachsen (22 Prozent), Sachsen-Anhalt (20 Prozent) und Thüringen (18 Prozent). Gemeinsam sind den genannten neuen Bundesländern zudem die besonders niedrigen Anteile zufriedener Bürger, die sich zwischen 39 Prozent (Brandenburg) und 41 Prozent (Thüringen) bewegen.

ABBILDUNG 4 Einstellungen zu den Regimeprinzipien: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nach den Antworten auf die Frage: „Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden.“

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Mecklenburg-Vorpommern sticht unter den ostdeutschen Ländern wiederum hervor, ist das ostdeutsche Bundesland mit der geringsten Unzufriedenheit (elf Prozent) und zugleich der höchsten Zufriedenheit (53 Prozent). Relativ zu den anderen ostdeutschen Bundesländern hebt sich der Norden also ein weiteres Mal positiv ab. Im Vergleich zu den westdeutschen Ländern wird jedoch ersichtlich, dass die eigentliche Kluft zwischen Ost und West verläuft. Die neuen Bundesländer teilen sich die im Ländervergleich niedrigsten Zufriedenheitswerte sowie die mit Abstand größten Anteile ambivalenter Einstellungen zur Demokratie in Deutschland. Die Spannweite der Anteile positiver Demokratiebewertungen ist im Vergleich zur diffuseren Unterstützung größer und beträgt über 29 Prozentpunkte: Die Extrema werden von Brandenburg (39 Prozent) und Hamburg (68 Prozent) besetzt. Für die Anteile unzufriedener Bürger beträgt der Abstand zwischen dem geringsten und höchsten Wert nunmehr gut 17 Prozentpunkte. Die regionale Schwankung fällt damit ähnlich aus wie bei der generellen Unterstützung von Demokratie. Auf einen demokratieunzufriedenen Bürger kommen in Brandenburg 1,6 zufriedene Mitbürger, in Hamburg sind es neun. Die Ost-West-Spaltung verweist einerseits auf andere, stärker gleichheits-, solidaritäts- und sicherheitsorientierte Maßstäbe, an denen die Ostdeutschen die Demokratie messen; andererseits auf die tatsächlich wie gefühlt niedrigeren Leistungen des politischen Systems im Osten (z. B. Lohn- und Rentenniveaus).

2.4.4 Überall gesundes Misstrauen in die demokratischen Institutionen

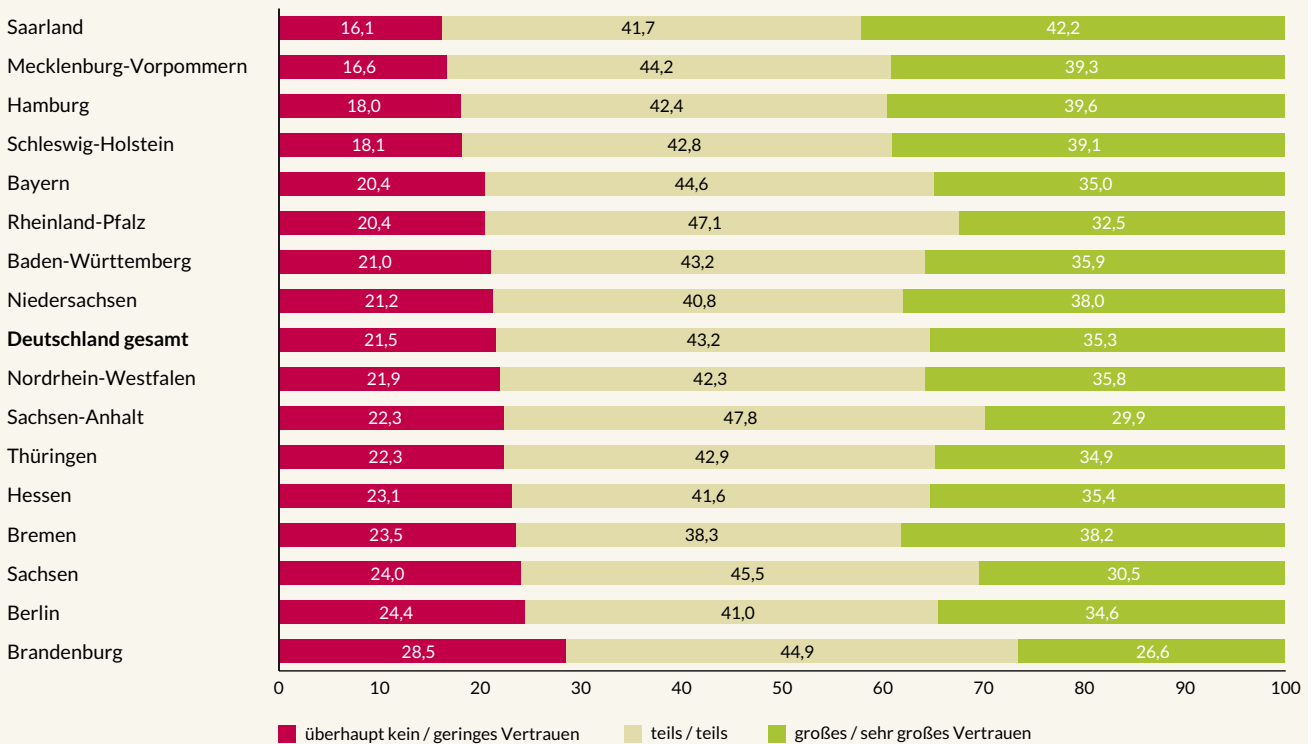
Je konkreter, lebensweltlich fassbarer und unmittelbarer die Ebene der Demokratie, umso mehr nimmt die Unterstützung ab. Dieser Trend setzt sich auch auf der institutionellen Ebene fort. Abbildung 5 zeigt das mittlere Institutionenvertrauen innerhalb der Bundesländer an (zur Variablenauswahl siehe Kapitel 2.3.2): Bundesweit hat gut ein Drittel der Bürger eine positive Einstellung zum deutschen demokratischen Institutionengefüge. Dem steht ein Fünftel mit nur einem (sehr) geringen Institutionenvertrauen gegenüber. Die Unentschlossenen bzw. Abwägenden stellen die Mehrheit (43 Prozent). In allen Bundesländern außer dem Saarland ist die Gruppe der Ambivalenten am größten. Dort halten sich positive und ambivalente Einstellungen die Waage (42 zu 42 Prozent). Im Saarland gibt es damit auch bundesweit den größten Vertrauensanteil. Gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg gehört es zu der Gruppe von Bundesländern mit den geringsten Prozentsätzen an Personen, die wenig oder kein Vertrauen in die deutschen Institutionen setzen (jeweils unter 20 Prozent). Das Saarland (16 Prozent) führt diese Gruppe knapp vor Mecklenburg-Vorpommern (17 Prozent) an. Schlusslicht ist abermals Brandenburg mit dem größten Misstrauen (29 Prozent) und geringsten Vertrauen (27 Prozent) in deutsche Institutionen. Damit ist es auch das einzige Bundesland, in dem das mittlere Misstrauen das Vertrauen (knapp) übersteigt. Auf dem 15. und 14. Platz liegen Berlin und Sachsen vor Bremen. Allerdings weisen die genannten westdeutschen Bundesländer auch einen höheren Anteil (sehr) großen Institutionenvertrauens auf als Sachsen. Das Misstrauen in den verbliebenen neuen Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt liegt zwar ebenfalls unwesentlich über dem Bundesschnitt, das Feld ist in diesem Bereich aber sehr gedrängt, auch einige alte Bundesländer „reißen“ den Schnitt. So deutliche Gruppenunterschiede wie in der Bewertung des demokratischen Leistungsprofils liegen auf der institutionellen Dimension zwischen ost- und westdeutschen Ländern nicht vor. Dies schlägt sich auch in der Spannweite der Zustimmungsverteilung nieder. Die Unterschiede zwischen den niedrigsten und höchsten Misstrauenswerten gehen im Vergleich zur Bewertung des demokratischen Leistungsprofils leicht zurück (etwa zwölf Prozent), jene zwischen den Enden der Vertrauensverteilung sogar noch stärker (rund 16 Prozent). Die (eher) positiven und (eher) negativen Beurteilungen halten sich – *cum grano salis* – in allen Bundesländern die Waage: In Brandenburg ist das Verhältnis mit 1 : 0,9 am schlechtesten, im Saarland mit 1 : 2,6 am besten).

Die Höhe des Vertrauens bzw. Misstrauens schwankt allerdings stark zwischen den verschiedenen Institutionen (siehe ausführlich Tabellen 4 bis 12, Anhang). Im Allgemeinen als „unpolitisch“ geltende Institutionen wie Gerichte (im Mittel: 15 Prozent Misstrauen zu 49 Prozent Vertrauen) und Polizei (acht Prozent Misstrauen zu 70 Prozent Vertrauen) erzielen gemeinhin großes Vertrauen. Als „politisch“ wahrgenommene Institutionen (Landtag: 21 zu 28 Prozent; Landesregierung: 22 zu 30 Prozent; Bundestag: 24 zu 29 Prozent; Bundesregierung: 25 zu 30 Prozent) wiederum schneiden notorisch schlechter ab. Ein ähnlicher Anteil der Bürger misstraut dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Bundesschnitt: 22 Prozent) als intermediärer Institution, allerdings gibt es diesem gegenüber etwas höhere Vertrauenswerte (37 Prozent). Am negativsten wurden politische Parteien bewertet (36 Prozent „[sehr] geringes“ zu neun Prozent „[sehr] großem Vertrauen“). Unsere auf dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ basierenden

Ergebnisse bestätigen in diesem Punkt weitgehend bestehende Studien zum Institutionenvertrauen, die seit Jahren eine Vertrauenskluft zwischen eher rechts- und eher parteienstaatlichen Institutionen diagnostizieren (Zmerli 2012).

ABBILDUNG 5 Institutionenvertrauen (Mittelwert über alle Institutionen)

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Institutionen nach den Antworten auf die Frage: „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: politische Parteien, Gerichte, Polizei, Landesregierung, Landtag, Bundesregierung, Bundestag, öffentlich-rechtlicher Rundfunk.“

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Zu den bemerkenswerten Befunden beim Institutionenvertrauen gehören neben der geringen regionalen Streuung über alle Facetten hinweg die Variation der „Teils / teils“-Kategorie sowie das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen: Die Parteienverdrossenheit ist mit den Händen zu greifen, wenn allerorten gegenüber den Parteien das Misstrauen überwiegt. Bei den Gerichten, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der Polizei, den Landesregierungen (Ausnahme Thüringen) sowie den Landtagen (Ausnahmen: Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt) dominiert wiederum das Vertrauen. Zugleich: Die „Teils / teils“-Kategorie, die auf Abwägung, allerdings auch auf politisches Desinteresse bzw. Unkenntnis hinweisen könnte, ist auch bei den Parteien und den beiden Länderinstitutionen die am häufigsten besetzte Kategorie (mit einigen wenigen Ausnahmen bei den anderen Institutionen): ein Anzeichen für ihre subjektiv empfundene geringe Bedeutsamkeit in der Bevölkerung?

2.4.5 Zwischenfazit

Zusammenfassend ist es um die Demokratieunterstützung in Deutschland alles andere als schlecht bestellt. Grundsätzlich besteht eine große Assoziation mit der politischen Gemeinschaft und der Demokratie als bestmöglicher Staatsform. Gleichzeitig nimmt die Unterstützung der Demokratie umso mehr ab, desto fassbarer und damit lebensweltlicher diese für die Menschen wird. Weiterhin bestehen bisweilen beträchtliche innerdeutsche Unterschiede. Gerade die ostdeutschen Bundesländer gehören über alle Dimensionen hinweg zu den eher kritischen Bürgern – mit unterschiedlich starker Abweichung zu den alten Bundesländern und auch erheblicher intraregionaler Varianz: Der Osten ist kein homogenes politisch-kulturelles Gebilde (mehr). Gerade Brandenburg und Sachsen sind allerdings konstant am unteren Ende des Bundesländervergleiches zu finden. Hier sollten besondere Aufmerksamkeit aufgewandt und Anstrengungen unternommen werden, das Vertrauen in und die Unterstützung von Demokratie in Deutschland zu verbessern. Aus demokratiewissenschaftlicher Sicht sind vor allem jene Bevölkerungsanteile von Belang, die einer bestimmten Demokratiedimension ihre Unterstützung versagen. Diese sind gegenüber der politischen Gemeinschaft in Bremen am größten, gegenüber der Demokratie als Idee in Brandenburg, Sachsen und Berlin, gegenüber der deutschen Demokratieform in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin, gegenüber dem Institutionengefüge in Brandenburg, Berlin, Sachsen und Bremen. Zugleich fand die Weimarer Republik nicht nur deswegen ein Ende, weil sie zwischen ihren links- und rechts-extremistischen Feinden zerrieben wurde, sondern auch, weil ihr ein Großteil der restlichen Bevölkerung die Unterstützung versagte. Darum wäre es in Zukunft wichtig, bei der Datenerhebung in diesem Themenspektrum etwaige Mittelkategorien (hier: „teils/teils“) aufzuschlüsseln – beispielsweise in „sowohl als auch“, „weiß nicht“ und eine zusätzliche, Gleichgültigkeit signalisierende Antwort.

2.5 Zufrieden – unzufrieden – demokratisch – skeptisch? Typen und regionale Verteilung politischer Kulturen

Die vorstehenden Ausführungen zeichnen ein detailliertes Bild des regionalen „Zustands“ der Demokratieunterstützung. Diese Aggregation von der Individual- auf die Länderebene setzte notwendigerweise eine Reduktion der Datenkomplexität des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ voraus. Rückschlüsse auf die Verortung einzelner Individuen zwischen den verschiedenen Dimensionen demokratischer Unterstützung sind so nicht mehr möglich. Aufbauend auf Klingemanns (2014) Vorgehen zur Typisierung politischer Kultur bieten wir nachstehend einen Kompromiss an, der weiterhin die regionale Vergleichbarkeit der Daten zulässt, zumindest aber einen Teil der Individualinformation beinhaltet: Er unterscheidet verschiedene politisch-kulturelle Bürgertypen, welche die Einstellungen zur Demokratie als Staatsform und zur konkreten Demokratie im eigenen Land verknüpfen. So lässt unsere Untersuchung den Schluss zu, dass mehr als die Hälfte der Deutschen „zufriedene Demokraten“ sind (siehe Tabelle 2). Sie befürworten grundsätzlich die Demokratie und bewerten zusätzlich die Funktionsweise der deutschen Demokratie positiv. Im Grunde ist es so: Je höher dieser Anteil in einer Gesellschaft ist, umso sicherer sitzt die Demokratie im Sattel. Dass diese Gruppe sich zugleich zu einem Hemmschuh für Reformen und institutionelle Weiterentwicklungen der Demokratie entwickeln kann, weil die Entscheidungsträger keine Notwendigkeit sehen, am Prozedere oder an den Strukturen etwas zu ändern, mag der eine oder andere als problematisch ansehen. Allerdings: Wenn Demokratie wie keine andere Herrschaftsform auf die Als-rechts-Anerkennung durch das Volk angewiesen ist, fällt es schwer, in ihrer Erstarrung etwas prinzipiell Schlechtes zu erkennen, solange diese von der Bevölkerung goutiert wird. Der Umkehrschluss, dass nämlich ein geringer Bevölkerungsanteil an zufriedenen Demokraten eine Destabilisierung der Demokratie bedeutet, trifft demgegenüber nicht zu.

Nur drei Prozent der Bevölkerung gehören zu den unzufriedenen Demokratieskeptikern, die sowohl bezweifeln, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, als auch mit den deutschen Verhältnissen unzufrieden sind. Es handelt sich um ein gesellschaftliches Reservoir für politische Radikalismen, die in Gestalt populistischer, zum Teil auch extremistischer Argumentationslinien die Demokratie öffentlich unter Beschuss nehmen: Unter den Linke-Sympathisanten beträgt der Anteil vier Prozent, unter AfD-Nahen sogar zwölf Prozent, bei allen anderen Parteien liegen die Anteile meist bei unter ein Prozent (Ausnahme CDU/CSU: weniger als zwei Prozent).

Neben diesen „idealen Polen“ können jedoch auch Demokraten aus den unterschiedlichsten Gründen mit der deutschen Demokratieleistung unzufrieden sein (sechs Prozent). Pippa Norris (2011: 119–215) macht hierfür die Kombination aus gewachsenen öffentlichen Erwartungshaltungen infolge verbesserter Bildung und des postmaterialistischen Wertewandels, das Umsichgreifen von

Negativschlagzeilen (z.B. Korruption, persönliches Fehlverhalten, Polarisierung, Negative Campaigning) und schlechter Regierungsperformanz (mit Blick auf die prozedurale Demokratie- und Governancequalität, die generelle und individuelle Wirtschaftslage sowie die Unterstützung der Opposition) verantwortlich. Diese Bürger bilden die aus demokratiewissenschaftlicher Sicht überaus aufschlussreiche Gruppe der kritischen Demokraten. Sie können gewissermaßen als Motor demokratischer Veränderung gelten, akzeptieren sie doch samt und sonders die Demokratie als Herrschaftsform, ohne ihre Probleme in der Realität zu übersehen. Theoretisch möglich, empirisch aber irrelevant sind die zufriedenen Demokratieskeptiker, Menschen also, die der Demokratie prinzipiell ablehnend gegenüberstehen, aber mit ihrer Ausprägung in der bundesdeutschen Realität durchaus einverstanden sind. Hier kommt eine gewisse Inkonsistenz zum Ausdruck. Ihr Anteil ist mit unter ein Prozent erwartungsgemäß gering.

Die Daten weisen auf eine gewisse Verknüpfung zwischen Einstellungen auf den beiden Abstraktionsebenen „Demokratie ideal“ und „Demokratie konkret“ hin: So sind die meisten Demokratieskeptiker auch mit dem Funktionieren im eigenen Land unzufrieden, der größte Anteil der Demokraten dagegen zufrieden. Erwartungsgemäß ist sich auch der größte Teil der Systemambivalenten in Bezug auf das deutsche Leistungsprofil uneins, während ähnlich viele dieser Bürger zufrieden wie unzufrieden sind (siehe Tabelle 2). Die Motive des letztgenannten Bürgertyps liegen jedoch im Dunkeln: Desinteresse, Abwägung, Uninformiertheit? In unseren weiteren Ausführungen verzichten wir daher auf deren Angabe. Das führt dazu, dass die Summe aus zufriedenen und unzufriedenen Demokraten (in der gesamten Bundesrepublik wie in den Ländern) geringer ausfällt als der Anteil an Menschen, welche die Demokratie für die beste Staatsform halten.

TABELLE 2 Typen von Demokratieunterstützung in Deutschland

In Prozent

		ZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND		
		unzufrieden	unentschieden	zufrieden
BEWERTUNG DEMOKRATIE ALLGEMEIN	demokratieskeptisch	3,0	2,2	0,9
	systemambivalent	4,3	9,7	4,1
	demokratisch	6,0	17,2	52,7

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

2.5.1 Zufriedene Demokraten

Die zufriedenen Bürger, „ideale“ Bürger im Sinne der frühen Politische-Kultur-Forschung, machen einen Großteil der bürgerschaftlichen politischen Kultur auch in den deutschen Bundesländern aus. Die Bandbreite ist jedoch beachtlich: Spitzenreiter in Deutschland sind Hamburg (62 Prozent) und Rheinland-Pfalz (60 Prozent). Der Anteil einverständener Demokraten ist dort also doppelt so hoch wie in Sachsen, das den geringsten Prozentsatz dieses Typs aufweist (31 Prozent). Auch die anderen ostdeutschen Bundesländer liegen auf den hinteren Plätzen:

Brandenburg erreicht 31 Prozent, Thüringen 36 Prozent, Sachsen-Anhalt 39 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern 48 Prozent. Das schlechteste Ergebnis eines westdeutschen Bundeslandes wurde in Bremen mit einem Wert von 52 Prozent erzielt (Abbildung 6). Diese Spannweite von 31 Prozentpunkten zwischen vorderen und hinteren Plätzen ist damit deutlich höher als noch bei der separaten Analyse der verschiedenen Dimensionen politischer Unterstützung. Kurzum: Die Demokratie in ihrer jetzigen Form ruht im Osten Deutschlands auf deutlich poröserem Fundament als im Westen.

2.5.2 Unzufriedene Demokraten

Der Anteil unzufriedener (Klingemann) bzw. kritischer (Norris) Demokraten liegt in allen Bundesländern deutlich unterhalb der Werte der zufriedenen Demokraten. Die Rangordnung dieser Verteilung weicht von einigen bisherigen Erwartungen ab: Spitzenreiter ist Bremen mit 13 Prozent kritischen Demokraten, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit zwölf Prozent (Abbildung 6). Dahinter kommen Niedersachsen (zehn Prozent), Sachsen (neun Prozent) und Thüringen (acht Prozent). Drei ostdeutsche Flächenländer weisen also vergleichsweise hohe Anteile kritischer Demokraten auf. Das deutet angesichts der hier erst langsam nachholenden „stillen Revolution“ (Inglehart 1977) auf eine als unzureichend wahrgenommene Leistungsfähigkeit der Demokratie: Ein beträchtlicher Bevölkerungsanteil ist sichtlich unzufrieden mit der Realität – sei es wegen der regionalen Strukturschwäche und angespannten sozioökonomischen Lage (Bremen), sei es wegen anspruchsvoller, sozialistisch beeinflusster Anforderungsprofile an die Politik, sei es wegen der als zu langsam empfundenen wirtschaftlichen Angleichung an den Westen (Ostdeutschland). Dagegen finden sich die wenigsten kritischen Demokraten im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern. Hier antworteten lediglich zwei Prozent der Befragten entsprechend dieses Typs politischer Kultur. Nicht viel anders sieht es in Bayern und Hamburg (je drei Prozent) aus. Die Spannweite von elf Prozentpunkten ist damit, im Vergleich zu den auseinanderklaffenden Werten bei den zufriedenen Demokraten, überschaubar. Zugleich dürfte die Unzufriedenheit unterschätzt werden, vermengt sich doch in der – mit Blick auf die Größenverhältnisse überaus wirkmächtigen – „Teils / teils“-Kategorie bei vielen Befragten Unmut gegenüber einigen Bereichen mit Zufriedenheit gegenüber anderen.

2.5.3 Zufriedene Demokratieskeptiker

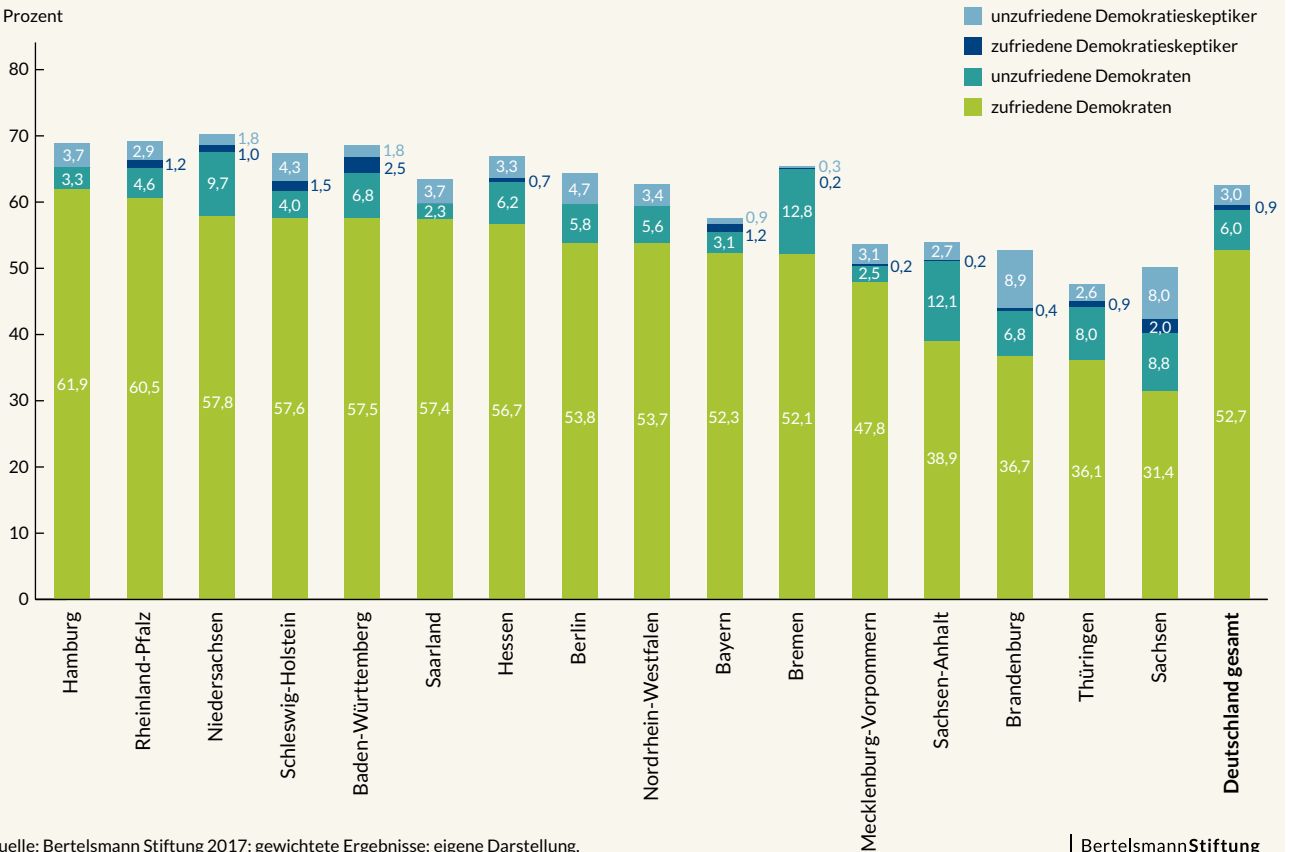
Die Ablehnung der Demokratie setzt nicht notwendigerweise die negative Bewertung der Leistungen des skeptisch betrachteten Systemtyps voraus. Zumindest in Deutschland ist die Wahrscheinlichkeit für diese politisch-kulturelle Ausprägung aber sehr gering: Lediglich in zwei Bundesländern – Baden-Württemberg und Sachsen – erreicht der Anteil dieser Bürger zwei Prozent. In Hamburg, Berlin, dem Saarland sowie Nordrhein-Westfalen ließen sich gar keine der Befragten in diese Kategorie einordnen (Abbildung 6). Ob der geringen empirischen Relevanz, der theoretischen Inkonsistenz und der geringen regionalen Variation erscheint eine genauere Betrachtung dieser Gruppe kaum lohnenswert.

2.5.4 Unzufriedene Demokratieskeptiker

Aufschlussreicher – und für die Demokratie problematischer – ist der Typ des unzufriedenen Demokratieskeptikers. Ähnlich wie beim kritischen Demokraten sollte die instrumentelle Motivation zur Veränderung des demokratischen Systems bei Bürgern dieser Kategorie besonders hoch sein. Während kritische Demokraten jedoch auf eine Modifikation des Systemtyps Demokratie hinwirken (aktiv oder passiv), liegt für unzufriedene Demokratieskeptiker der Schluss nahe, das Problem sei die Demokratie selbst. Zur instrumentellen Demokratieablehnung gesellt sich also noch die intrinsische. Für Politik, politische Bildung und demokratisch-bürgerschaftliches Engagement gerät dieser Kulturtyp zur immensen Herausforderung. Die größten Anteile unzufriedener Demokratieskeptiker gibt es in Brandenburg (neun Prozent) und Sachsen (acht Prozent). Für diese neuen Bundesländer sind die Anteile dieses Politische-Kultur-Typs vergleichbar mit jenen der kritischen Demokraten (Abbildung 6). Der Anteil der zufriedenen Demokraten ist zudem relativ gering. Hier ist erhöhte Achtsamkeit politisch Verantwortlicher gefragt. Die wenigsten unzufriedenen Demokratieskeptiker gibt es dagegen in Bremen (weniger als ein Prozent). Auch in Bayern liegt ihr Anteil unter ein Prozent. Abermals liegen die meisten ostdeutschen Bundesländer im Bereich größerer Unzufriedenheit, während die Anteile in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesschnitt (drei Prozent) liegen..

ABBILDUNG 6 Typen politischer Kultur in den Bundesländern

In Prozent



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

2.6 Konsequenzen und Schlussfolgerungen

Zustimmung zur politischen Gemeinschaft ist in Deutschland und seinen Regionen Konsens. Die Integrität des politischen Systems steht somit – trotz einzelner, politisch bedeutungsloser separatistischer Stimmen aus Bayern, trotz der Wiedervereinigung nach über vier Jahrzehnten Teilung – außer Frage. Die Demokratie als Idee wird überdies von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung als recht und billig angesehen. Sie unterstützt sie um ihrer selbst willen.

Dabei gibt es bei allen positiven Befunden auch Grautöne – etwa die anhaltende (wenngleich insgesamt überschaubare) Diskrepanz zwischen West- und Ostdeutschland. Vor dem Hintergrund, dass die ostdeutsche Bevölkerung im Schnitt deutlich älter ist als die westdeutsche und damit das Fortdauern mentaler DDR-Hinterlassenschaften zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht überraschen braucht, handelt es sich um ein erfreuliches Ergebnis. Mit Blick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland ist der Graben zwischen Ost und West – zum Teil wegen aus der DDR stammenden Beurteilungsmaßstäbe, zum Teil wegen der tatsächlich hinterherhinkenden Angleichung der Lebensverhältnisse – spürbar tiefer. Brandenburg, Sachsen und Thüringen stellen sich als Schlusslichter dar. Die politischen Bemühungen zum „Abbau teilungsbedingter Sonderlasten“ wie auch der Generationenwandel sind wichtige Faktoren, die zur Stabilisierung der Demokratie beitragen werden.

Was das Vertrauen in die Institutionen angeht, so sind die regionalen Unterschiede moderat und zum Teil auf regionale politische Spezifika zurückzuführen (etwa die Zusammensetzung der Landesregierung). Gleichwohl provoziert diese überaus konkrete Ebene der Demokratie – vor allem in Gestalt der parteipolitischen Institutionen – bisweilen massiven Widerspruch. Die Unterstützung zur Demokratie nimmt damit – je konkreter und individuell anschlussfähiger die Ebene, auf der sie betrachtet wird – in der Bevölkerung ab. Das ist einerseits misslich, weil jene politischen Aspekte, mit denen die Bürger im Alltag die wohl größten und spürbarsten Berührungspunkte haben, am schlechtesten gelitten sind, während die eher abstrakten Werte Zuspruch hervorrufen. Andererseits heißt das, dass die Demokratie auf sicherem Sockel ruht. Verliefe das Gefälle andersherum (niedrige diffuse, hohe konkrete Unterstützung), lagerte die Demokratie wohl auf Treibsand. Zudem ist die Beseitigung der Missstände bei den konkreten Institutionen leichter zu bewerkstelligen als bei immanenten „Systemfehlern“. Somit fiel es hier verhältnismäßig leicht, Verbesserungen zu erzielen.

Zufriedene Demokraten stellen in allen Bundesländern die relative, in allen westlichen Bundesländern gar die absolute Bevölkerungsmehrheit. Unter den östlichen Ländern sind es Brandenburg sowie Sachsen und Thüringen, die das Schlusslicht tragen. Zugleich sind in Brandenburg und Sachsen unzufriedenen Demokraten stärker vertreten als im Westen. Die Summe der Bevölkerungsanteile zufriedener und unzufriedener Demokraten, mithin jene, die der Demokratie als Systemtyp durchaus wohlgesonnen sind, ist in allen ostdeutschen Bundesländern niedriger als in den westdeutschen.

Die kuriose Gruppe der zufriedenen Demokratieskeptiker spielt nirgendwo eine relevante Rolle. Und die unzufriedenen Demokratieskeptiker sind jene, um die sich Politik, Didaktik und Zivilgesellschaft besonders bemühen sollten. Der Gesamtanteil beider Gruppen ist in Sachsen und Brandenburg am höchsten (siehe auch Abbildung 6). Sie sind es, die eine verstärkte politische und didaktische Aufmerksamkeit verdienen, weil sie – ob mit der aktuellen Politik zufrieden oder nicht – mit der Demokratie grundsätzlich hadern. Zum Ausdruck kommen hier (aber nicht nur) problematische politische Wertevorstellungen (Mannewitz 2015; dimap 2017; Best et al. 2017), die langfristig positiv zu prägen Aufgabe jedoch nicht nur der politischen, sondern auch der (vor-)schulischen Bildung ist. Dass unter den drei problematischen Ländern nur Brandenburg beim jüngsten Ranking politischer Bildung gut abgeschnitten hat, mag einen Teil der Erklärung liefern – es verweist allerdings auch auf Handlungsbedarfe (Gökbudak und Hedtke 2018).

Insgesamt darf das Vertrauen in eine „Demokratisierung der Gesellschaft“ durch Generationenwandel also nicht zu politischer Untätigkeit verleiten. Dies widerspräche überdies der demokratischen Prämisse, wonach der einzelne Mensch im Mittelpunkt zu stehen habe. Demokratie muss sich erklären, für sich werben und Konflikte aushalten. Wenn eine Gesellschaft Freiheit, Vielfalt und Komplexität – ihrerseits Merkmale nicht nur jeder funktionierenden Demokratie, sondern auch moderner Gesellschaften – nicht nur aushalten, sondern damit konstruktiv umzugehen wissen soll, müssen Politik, Bildung und politische Bildung sie darauf vorbereiten.

Literatur

Almond, Gabriel, und Sidney Verba (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations.* Princeton, NJ: Princeton University Press.

Benz, Arthur, und Nicolai Dose (Hrsg.) (2010). *Governance. Regieren in komplexen Systemen.* Wiesbaden.

Bertelsmann Stiftung (2017). *Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt.* Gütersloh.

Best, Heinrich, Steffen Niehoff, Axel Salheiser und Lars Vogel (2017). *Thüringens ambivalente Mitte. Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017.* Jena.

Crozier, Michel, Samuel P. Huntington und Joji Watanuki (1975). *The Crisis of Democracy.* New York, NY: New York University Press.

Dalton, Russell J., und Christian Welzel (Hrsg.) (2014). *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens.* New York, NY: Cambridge University Press.

Dalton, Russell J., und Doh Chull Shin (2014). „Reassessing ‚The Civic Culture‘ Model“. *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens.* Hrsg. Russell J. Dalton und Christian Welzel. New York, NY: New York University Press. 91–115.

Diamond, Larry (2009). *The Spirit of Democracy: The Struggle to Built Free Societies Throughout the World.* New York, NY: St. Martin's Press.

dimap (2017). *Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht.* Bonn und Berlin.

Europäische Kommission (2018). „Eurobarometer Interactive“. <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart/themeKy/26/groupKy/158/savFile/180> (Download 27.6.2018).

Ferrín, Mónica, und Hanspeter Kriesi (2016). *How Europeans View and Evaluate Democracy.* Oxford: Oxford University Press.

Fraenkel, Ernst (1991): *Deutschland und die westlichen Demokratien.* Frankfurt am Main.

Fuchs, Dieter (2007). „The Political Culture Paradigm“. *Oxford Handbook of Political Behavior.* Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann. Oxford und New York, NY: Oxford University Press. 161–184.

Gabriel, Oscar W. (1999). „Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland“. *Soziale Integration.* Hrsg. Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski. Opladen. 199–235.

Gökbudak, Mahir, und Reinhold Hedtke (2018). *Ranking politische Bildung 2017.* Bielefeld.

Hibbing, John R., und Elizabeth Theiss-Morse (1995). *Congress as Public Enemy. Public Attitudes toward American Political Institutions.* Cambridge und New York, NY: Cambridge University Press.

Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics.* Princeton, NJ: Princeton University Press.

Jeffery, Charlie, und Daniel Wincott (2010). „The Challenge of Territorial Politics: Beyond Methodological Nationalism“. *New Directions in Political Science.* Hrsg. Colin Hay. Houndsmill: Macmillan Education. 167–188.

Klingemann, Hans-Dieter (1999). „Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis“. *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance.* Hrsg. Pippa Norris. Oxford: Oxford University Press. 31–56.

Klingemann, Hans-Dieter (2014). „Dissatisfied Democrats. Democratic Maturation in Old and New Democracies“. *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens.* Hrsg. Russell J. Dalton und Christian Welzel. New York, NY: Cambridge University Press. 116–157.

Linz, Juan J., und Alfred Stepan (1996). *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe.* Baltimore, MD: JHU Press.

Mannewitz, Tom (2015). *Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung.* Baden-Baden.

Norris, Pippa (1999). „Introduction: The Growth of Critical Citizens?“ *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance.* Hrsg. dies. Oxford: Oxford University Press. 1–27.

Norris, Pippa (2011). *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited.* Cambridge, MA: Cambridge University Press.

Pickel, Gert, und Susanne Pickel (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung.* Wiesbaden.

Popper, Karl R. (2006). *Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik.* München.

Putnam, Robert D. (1994). *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy.* Princeton, NJ: Princeton University Press.

Putnam, Robert D., Susan J. Pharr und Russell J. Dalton (2000). „Introduction: What’s Troubling the Trilateral Democracies?“ *Disaffected Democracies. What’s Troubling the Trilateral Countries?* Hrsg. Susan J. Pharr und Robert D. Putnam. Princeton, NJ: Princeton University Press. 3–30.

Zmerli, Sonja (2012). „Soziales und politisches Vertrauen“. *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008.* Hrsg. Silke I. Keil und Jan W. van Deth. Baden-Baden. 139–172.

Zmerli, Sonja (2016). „Vertrauen in Institutionen. Die Bedeutung politischer Unterstützung angesichts krisenhafter Entwicklungen“. *Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.* Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 175–206.

ANHANG

TABELLE 1 Verbundenheit mit Deutschland

In Prozent

	ÜBERHAUPT NICHT / NICHT SEHR VERBUNDEN	TEILS / TEILS	ZIEMLICH / SEHR VERBUNDEN	RATIO
Brandenburg	14,0	17,2	68,8	4,9
Berlin	4,0	17,8	78,2	19,4
Baden-Württemberg	4,5	13,2	82,3	18,3
Bayern	2,8	12,0	85,2	30,2
Bremen	18,2	8,5	73,3	4,0
Hessen	6,1	15,2	78,7	12,9
Hamburg	2,4	17,3	80,3	33,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	11,6	87,2	70,3
Niedersachsen	7,1	15,0	77,9	10,9
Nordrhein-Westfalen	4,5	19,3	76,2	17,1
Rheinland-Pfalz	6,8	12,2	81,0	11,9
Schleswig-Holstein	3,2	12,4	84,4	26,2
Saarland	2,9	14,0	83,1	28,4
Sachsen	11,3	19,7	69,0	6,1
Sachsen-Anhalt	8,3	11,2	80,5	9,7
Thüringen	8,4	15,4	76,2	9,1
Deutschland gesamt	5,5	15,3	79,3	14,5

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen, zum Beispiel mit seiner Nachbarschaft oder seinem Land. Bitte sagen Sie mir, wie stark fühlen Sie sich verbunden mit: ... Deutschland.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt nicht / nicht sehr verbunden“ zu „ziemlich / sehr verbunden“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 2 Demokratie als beste Staatsform

In Prozent

	STIMMT GAR NICHT / WENIG	TEILS / TEILS	STIMMT ZIEMLICH / VÖLLIG	RATIO
Brandenburg	15,2	23,5	61,3	4,0
Berlin	10,1	17,5	72,4	7,1
Baden-Württemberg	6,0	13,7	80,4	13,4
Bayern	3,6	21,0	75,4	21,1
Bremen	1,1	19,9	79,0	71,8
Hessen	5,9	14,4	79,8	13,6
Hamburg	5,8	11,9	82,3	14,1
Mecklenburg-Vorpommern	7,5	22,5	70,0	9,4
Niedersachsen	4,5	11,5	84,0	18,7
Nordrhein-Westfalen	5,5	19,2	75,3	13,7
Rheinland-Pfalz	6,5	15,8	77,8	12,0
Schleswig-Holstein	5,8	19,4	74,8	12,9
Saarland	3,7	20,6	75,6	20,3
Sachsen	12,9	21,8	65,3	5,1
Sachsen-Anhalt	4,6	27,5	67,9	14,8
Thüringen	6,8	26,4	66,7	9,8
Deutschland gesamt	6,1	18,0	75,9	12,4

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu? ... Die Demokratie ist die beste Staatsform.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „stimmt völlig / stimmt ziemlich“ zu „stimmt wenig / stimmt gar nicht“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 3 Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

In Prozent

	STIMMT GAR NICHT / WENIG	TEILS / TEILS	STIMMT ZIEMLICH / VÖLLIG	RATIO
Brandenburg	23,7	37,5	38,8	1,6
Berlin	18,0	25,7	56,3	3,1
Baden-Württemberg	12,9	25,2	62,0	4,8
Bayern	8,8	31,8	59,4	6,7
Bremen	14,3	29,6	56,1	3,9
Hessen	14,6	25,2	60,2	4,1
Hamburg	7,4	24,9	67,7	9,2
Mecklenburg-Vorpommern	11,0	35,9	53,1	4,8
Niedersachsen	15,2	22,8	61,9	4,1
Nordrhein-Westfalen	13,0	29,0	58,1	4,5
Rheinland-Pfalz	12,2	26,4	61,4	5,0
Schleswig-Holstein	10,9	27,0	62,1	5,7
Saarland	9,2	25,7	65,1	7,1
Sachsen	21,9	38,5	39,5	1,8
Sachsen-Anhalt	20,1	39,1	40,7	2,0
Thüringen	18,4	40,3	41,3	2,2
Deutschland gesamt	13,7	29,1	57,3	4,2

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Wie stark stimmen Sie folgen-den Aussagen zu? ... Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „stimmt völlig / stimmt ziemlich“ zu „stimmt wenig / stimmt gar nicht“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 4 Mittelwert des generellen Institutionenvertrauens

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	28,5	44,9	26,6	0,9
Berlin	24,4	41,0	34,6	1,4
Baden-Württemberg	21,0	43,2	35,9	1,7
Bayern	20,4	44,6	35,0	1,7
Bremen	23,5	38,3	38,2	1,6
Hessen	23,1	41,6	35,4	1,5
Hamburg	18,0	42,4	39,6	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	16,6	44,2	39,3	2,4
Niedersachsen	21,2	40,8	38,0	1,8
Nordrhein-Westfalen	21,9	42,3	35,8	1,6
Rheinland-Pfalz	20,4	47,1	32,5	1,6
Schleswig-Holstein	18,1	42,8	39,1	2,2
Saarland	16,1	41,7	42,2	2,6
Sachsen	24,0	45,5	30,5	1,3
Sachsen-Anhalt	22,3	47,8	29,9	1,3
Thüringen	22,3	42,9	34,9	1,6
Deutschland gesamt	21,5	43,2	35,3	1,6

Anmerkung: Die Tabelle zeigt das arithmetische Mittel der Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen“ für folgende Institutionen: politische Parteien, Gerichte, Polizei, Landesregierung, Landtag, Bundesregierung, Bundestag, öffentlich-rechtlicher Rundfunk.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 5 Vertrauen in die politischen Parteien

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	45,3	47,3	7,4	0,2
Berlin	38,0	47,6	14,4	0,4
Baden-Württemberg	34,3	57,5	8,3	0,2
Bayern	35,8	55,2	9,0	0,3
Bremen	32,5	55,0	12,5	0,4
Hessen	38,1	51,8	10,1	0,3
Hamburg	34,6	56,1	9,3	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	33,0	58,8	8,2	0,3
Niedersachsen	33,3	56,5	10,2	0,3
Nordrhein-Westfalen	38,5	53,0	8,5	0,2
Rheinland-Pfalz	31,7	59,3	8,9	0,3
Schleswig-Holstein	30,2	64,5	5,2	0,2
Saarland	29,0	59,7	11,3	0,4
Sachsen	40,7	55,1	4,1	0,1
Sachsen-Anhalt	36,3	56,3	7,4	0,2
Thüringen	41,4	53,1	5,5	0,1
Deutschland gesamt	36,3	55,0	8,7	0,2

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: politische Parteien.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 6 Vertrauen in die Gerichte

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	19,9	43,2	37,0	1,9
Berlin	20,4	31,8	47,9	2,3
Baden-Württemberg	16,3	35,2	48,5	3,0
Bayern	16,1	34,9	49,0	3,0
Bremen	5,0	35,0	60,0	12,0
Hessen	9,5	40,8	49,7	5,2
Hamburg	16,3	29,8	53,8	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	13,7	36,8	49,5	3,6
Niedersachsen	10,9	37,6	51,5	4,7
Nordrhein-Westfalen	14,4	36,4	49,2	3,4
Rheinland-Pfalz	13,9	39,3	46,7	3,4
Schleswig-Holstein	16,3	30,2	53,5	3,3
Saarland	15,0	35,0	50,0	3,3
Sachsen	15,5	39,5	45,0	2,9
Sachsen-Anhalt	18,8	33,1	48,1	2,6
Thüringen	16,4	28,9	54,7	3,3
Deutschland gesamt	14,9	36,1	49,1	3,3

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: ... Gerichte.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 7 Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	26,8	41,8	31,4	1,2
Berlin	21,5	43,0	35,5	1,7
Baden-Württemberg	21,2	43,6	35,2	1,7
Bayern	19,8	42,6	37,6	1,9
Bremen	35,0	17,5	47,5	1,4
Hessen	26,4	34,5	39,1	1,5
Hamburg	21,7	34,0	44,3	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	15,3	41,8	42,9	2,8
Niedersachsen	19,4	40,7	39,9	2,1
Nordrhein-Westfalen	24,5	37,6	37,8	1,5
Rheinland-Pfalz	22,3	45,0	32,6	1,5
Schleswig-Holstein	17,3	38,2	44,5	2,6
Saarland	14,8	39,3	45,9	3,1
Sachsen	25,2	45,9	28,9	1,1
Sachsen-Anhalt	19,3	47,4	33,3	1,7
Thüringen	15,8	45,1	39,1	2,5
Deutschland gesamt	22,0	40,7	37,3	1,7

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: ... öffentlich-rechtlicher Rundfunk.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 8 Vertrauen in die Polizei

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	12,3	29,9	57,8	4,7
Berlin	12,1	26,5	61,4	5,1
Baden-Württemberg	12,6	18,4	69,1	5,5
Bayern	7,2	20,9	71,9	10,0
Bremen	12,2	17,1	70,7	5,8
Hessen	9,4	26,6	64,0	6,8
Hamburg	8,3	25,9	65,7	7,9
Mecklenburg-Vorpommern	1,0	28,0	71,0	71,0
Niedersachsen	7,8	17,5	74,7	9,6
Nordrhein-Westfalen	5,2	23,0	71,8	13,8
Rheinland-Pfalz	3,7	22,9	73,5	20,0
Schleswig-Holstein	6,5	12,4	81,2	12,5
Saarland	3,1	15,4	81,5	26,5
Sachsen	8,9	29,1	61,9	7,0
Sachsen-Anhalt	9,5	23,4	67,2	7,1
Thüringen	9,0	23,3	67,7	7,5
Deutschland gesamt	8,0	22,1	69,9	8,8

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: ... Polizei.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 9 Vertrauen in die Landesregierung

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	28,0	52,0	20,0	0,7
Berlin	25,2	51,4	23,4	0,9
Baden-Württemberg	16,9	46,8	36,4	2,2
Bayern	20,4	49,0	30,6	1,5
Bremen	22,5	47,5	30,0	1,3
Hessen	29,0	40,3	30,7	1,1
Hamburg	14,3	50,5	35,2	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	13,1	48,5	38,4	2,9
Niedersachsen	22,2	44,4	33,3	1,5
Nordrhein-Westfalen	21,6	48,8	29,6	1,4
Rheinland-Pfalz	23,8	50,8	25,4	1,1
Schleswig-Holstein	19,8	48,8	31,4	1,6
Saarland	14,8	41,0	44,3	3,0
Sachsen	22,5	52,0	25,4	1,1
Sachsen-Anhalt	21,8	60,9	17,3	0,8
Thüringen	24,2	49,2	26,5	1,1
Deutschland gesamt	21,5	48,3	30,2	1,4

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: ... Landesregierung.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 10 Vertrauen in die Landtage

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	28,0	50,7	21,3	0,8
Berlin	28,4	43,3	28,4	1,0
Baden-Württemberg	18,8	50,1	31,1	1,6
Bayern	17,4	55,7	26,9	1,5
Bremen	33,3	44,4	22,2	0,7
Hessen	24,7	47,4	27,9	1,1
Hamburg	14,7	56,8	28,4	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	18,2	49,5	32,3	1,8
Niedersachsen	23,1	43,5	33,4	1,4
Nordrhein-Westfalen	21,9	51,5	26,6	1,2
Rheinland-Pfalz	20,8	55,8	23,3	1,1
Schleswig-Holstein	12,4	58,8	28,8	2,3
Saarland	12,5	53,1	34,4	2,8
Sachsen	19,1	52,3	28,5	1,5
Sachsen-Anhalt	23,7	59,5	16,8	0,7
Thüringen	23,5	47,0	29,5	1,3
Deutschland gesamt	20,9	51,2	27,9	1,3

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: ... Landtag.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 11 Vertrauen in die Bundesregierung

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	36,4	45,7	17,9	0,5
Berlin	26,7	41,4	31,9	1,2
Baden-Württemberg	23,3	46,5	30,1	1,3
Bayern	23,8	47,7	28,5	1,2
Bremen	22,5	45,0	32,5	1,4
Hessen	25,4	43,7	30,9	1,2
Hamburg	15,1	45,3	39,6	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	18,2	39,4	42,4	2,3
Niedersachsen	27,3	43,0	29,7	1,1
Nordrhein-Westfalen	25,0	41,3	33,7	1,3
Rheinland-Pfalz	24,1	49,4	26,5	1,1
Schleswig-Holstein	23,1	45,7	31,2	1,4
Saarland	21,0	40,3	38,7	1,8
Sachsen	29,6	47,4	23,1	0,8
Sachsen-Anhalt	24,4	50,4	25,2	1,0
Thüringen	23,7	51,1	25,2	1,1
Deutschland gesamt	24,9	44,9	30,2	1,2

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: ... Bundesregierung.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 12 Vertrauen in den Bundestag

In Prozent

	ÜBERHAUPT KEIN / GERINGES VERTRAUEN	TEILS / TEILS	GROSSES / SEHR GROSSES VERTRAUEN	RATIO
Brandenburg	31,5	48,3	20,1	0,6
Berlin	23,0	42,7	34,3	1,5
Baden-Württemberg	24,2	47,4	28,4	1,2
Bayern	22,7	50,6	26,7	1,2
Bremen	25,0	45,0	30,0	1,2
Hessen	21,9	47,4	30,7	1,4
Hamburg	18,7	41,1	40,2	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	20,2	50,5	29,3	1,5
Niedersachsen	25,6	43,5	30,9	1,2
Nordrhein-Westfalen	24,1	46,6	29,3	1,2
Rheinland-Pfalz	22,8	53,9	23,2	1,0
Schleswig-Holstein	19,2	43,7	37,1	1,9
Saarland	18,3	50,0	31,7	1,7
Sachsen	30,4	42,2	27,4	0,9
Sachsen-Anhalt	24,6	51,5	23,9	1,0
Thüringen	24,1	45,1	30,8	1,3
Deutschland gesamt	23,9	47,1	29,0	1,2

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Prozentwerte der Antworten auf die Frage „Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: ... Bundestag.“ Die letzte Spalte gibt das Zahlenverhältnis von „überhaupt kein / geringes Vertrauen“ zu „großes / sehr großes Vertrauen“ wieder.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

3 Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise?

Rainer Faus, Simon Storks

3.1 Einleitung

Ob nach Schließung der Wahllokale am Sonntag um 18 Uhr oder nach Veröffentlichung der neusten Sonntagsfrage: Wer die politische Berichterstattung verfolgt, kommt nicht umhin, Journalisten und Politikexperten regelmäßig über verlorenes Vertrauen der Wähler in politische Parteien sprechen zu hören. Nur eine Phrase, eine einfache Erklärung für vielleicht nicht immer ganz so absehbare Wahlergebnisse? Ein gesellschaftlich fast schon zum guten Ton gehörendes Parteien- und Politikerbashing? Oder ist das Verhältnis zwischen Wählern und Parteien tatsächlich so zerrüttet, dass wir von einer Vertrauenskrise sprechen können?

Diese Fragen tangieren nicht nur die Parteien, sondern betreffen auch das Funktionieren der gesamten Gesellschaft. Denn versteht man den gesellschaftlichen Zusammenhalt als „Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen“, dann ist politisches Vertrauen – und damit auch Vertrauen in Parteien – einer von neun „Bausteinen“ für diesen Zusammenhalt (Bertelsmann Stiftung 2017: 25). Daher ist die Frage nach dem Parteivertrauen von nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher Relevanz.

Fehlendes Vertrauen in Parteien ist nichts Neues. Die Diagnose selbst ist ein alter Hut: Verglichen mit dem Vertrauen in andere demokratische Institutionen bilden Parteien und Politiker schon immer das Schlusslicht (Gabriel 2013: 319). Zudem sank bereits in den 1980er Jahren das politische Vertrauen in Deutschland und ist seitdem auf einem niedrigen Niveau (Zmerli 2016: 186). Das gestörte Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien war von da an ein Thema, welches nicht nur die wissenschaftliche Debatte beschäftigte, sondern auch im öffentlichen Diskurs präsent war. Unter Schlagwörtern wie Legitimationskrise oder Parteienverdrossenheit wurden unzählige Beiträge verfasst und Studien publiziert (Niedermayer 2013: 45 f.; Gabriel 2013: 319 f.). Vertreter liberaler Theorieansätze diskutierten eine Zeit lang die Ansicht, das niedrige Vertrauen in Parteien könne als eine Art gesunden Misstrauens aufgeklärter Bürger interpretiert werden (Zmerli 2016: 177). Also alles im Lot und kein Grund zur Besorgnis?

In einer Parteiendemokratie wie Deutschland erfüllen Parteien zentrale Funktionen: Neben Regierungsbildung und Rekrutierung politischen (Spitzen-)Personals tragen sie vor allem zur Legitimation politischer Entscheidungen und zum demokratischen Willensbildungsprozess bei, indem sie die Interessen der Wähler bündeln und artikulieren. Sie ermöglichen politische Partizipation und übernehmen so eine Scharnierfunktion zwischen Bürgern und Staat (Jun 2013: 119–21; Gabriel 2013: 320). Folgt man den politikwissenschaftlichen Theorien demokratischer Elitenherrschaft, ist ein gewisses Maß an Vertrauen eine notwendige Voraussetzung, damit Parteien diese Aufgaben effektiv und demokratisch legitimiert wahrnehmen können (Zmerli 2016: 177).

Das Vertrauen ist zwar in den letzten Jahren nicht weiter dramatisch gesunken. Aber wie in diversen westlichen Ländern zu beobachten ist, scheint ein ausgeprägtes Misstrauen dauerhaft nicht folgenlos zu bleiben (a. a. O.: 178). Nicht mehr nur in sozialwissenschaftlichen Umfrageergebnissen äußert sich, dass das Vertrauen in Parteien auf einem Tiefpunkt angekommen ist. Die Wahlerfolge von rechtspopulistischen, zum Teil gar antidemokratischen Parteien in ganz Europa, begleitet von Volksverräterrufen, Verschwörungstheorien bis hin zu vermuteten Wahlfälschungen, zeugen von einem offenkundigen Bruch zwischen Teilen der Wählerschaft und den traditionellen Parteien. Selbst in europäischen Staaten, die wirtschaftlich derzeit gut dastehen, gewinnen rechtspopulistische und auch rechtsextreme Parteien an Zulauf. Diese definieren sich oft explizit als Anti-Establishment-Parteien und nutzen gestörtes politisches Vertrauen gezielt für ihre politische Agenda. Angesichts paralleler Entwicklungen, wie tendenziell sinkender Wahlbeteiligung, schwindender und überalternder Mitgliederstrukturen sowie einem Rückgang der Parteiidentifikation, kann mit gewisser Berechtigung von einem „nahezu kontinuierlichen Abstieg“ (Biehl 2013: 68) der Parteien gesprochen werden. Auch Gabriel (2013: 320) schlussfolgert, dass: „es seit einer Reihe von Jahren deutliche empirische Hinweise auf Funktionsmängel des existierenden Parteiensystems [gibt]“. Wenn die Rede von einer Vertrauenskrise ist, kann dies daher nicht (mehr) einfach als unbegründete Dramatisierung abgetan werden.

Grund genug für uns, dem nachzugehen: Wer vertraut Parteien und wer nicht? Und wie lässt sich das erklären? Um eine Antwort zu geben, sind zwei Schritte erforderlich. Zunächst nähern wir uns der Problemstellung aus einer theoretischen Perspektive: Was ist Vertrauen? Welche Rolle spielt das Vertrauen in politische Parteien für die Demokratie? Wie entsteht es? Und wie geht es verloren? In einem zweiten Schritt schauen wir uns dann konkret anhand statistischer Auswertungen an, wie es um das Vertrauen in politische Parteien derzeit tatsächlich steht. Welche Menschen haben das Vertrauen in politische Parteien verloren oder nie welches entwickelt? Und wie lässt sich das erklären? Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnisse in einen größeren Kontext eingeordnet: Was bedeutet der Vertrauensverlust eigentlich für Parteien? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie?

3.2 Das Wichtigste in Kürze

Politische Parteien übernehmen wichtige Aufgaben in unserer Demokratie, indem sie eine Mittlerposition zwischen Bürgern auf der einen und dem politischen System auf der anderen Seite einnehmen. Sie artikulieren und aggregieren die Interessen und Belange der Bürger und tragen diese in den Prozess der demokratischen Willensbildung. Gleichzeitig schaffen sie Responsivität, indem sie dafür sorgen, dass politische Entscheidungen sich auch an den Präferenzen der Bürger orientieren (Gabriel 2013: 328).

So wie das politische System insgesamt auf die politische Unterstützung der Bürger angewiesen ist, sind es auch die Parteien (Easton 1975: 48; Zmerli 2016: 177–179). Damit sie ihre Aufgaben effektiv und demokratisch legitimiert erfüllen können, bedarf es eines intakten Verhältnisses zu den Bürgern. Das seit Jahren geringe Vertrauen in Parteien zeugt davon, dass dieses Verhältnis jedoch nicht in einem tadellosen Zustand ist. Insgesamt haben derzeit 37 Prozent kein Vertrauen. Vertrauen in Parteien meint dabei die Überzeugung der Bürger, dass die Parteien im Sinne des Gemeinwesens handeln und nicht bewusst oder absichtlich die Vertrauenden schädigen (Gabriel 2013: 324 f.; Hartmann 2017: 8 f.).

Unsere Auswertungen zeigen, dass in allen Bevölkerungskreisen das Misstrauen weit ausgeprägter ist als das Vertrauen in Parteien. Doch insbesondere unter Bürgern mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status konzentriert sich das fehlende Vertrauen. Etwa 42 Prozent der Bürger mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro und jeweils knapp über 40 Prozent der Bürger mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau fehlt das Vertrauen. In Anbetracht der Folgen, die ein defektes Vertrauensverhältnis hat, ist dieser Befund Anlass zur Besorgnis. Denn Bürger, die Parteien nicht (mehr) vertrauen, neigen häufiger zur politischen Apathie. Und wenn es gerade die sozioökonomisch schwächer Gestellten sind, die sich letztlich von der Politik abwenden, dann werden ihre Interessen und Belange für politische Akteure unsichtbar. Und wenn ihre Bedürfnisse in der Politik kein Gehör finden, leidet wiederum ihr politisches Vertrauen darunter, sodass eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt zu werden droht. Doch ein Rückzug aus dem Politischen erfolgt keinesfalls zwangsläufig, wenn Bürger Parteien nicht (mehr) vertrauen: Nicht weniger besorgniserregend als der potenzielle Rückzug sind Entwicklungen, dass rechtspopulistische und zum Teil antidemokratische Parteien das belastete Vertrauensverhältnis zwischen Teilen der Bürger und den Parteien in den letzten Jahren in Deutschland und ganz Europa für ihre eigene politische Agenda erfolgreich zu nutzen wissen. Sie gerieren sich als Antiparteien und spalten bewusst die Gesellschaft: Wir, das Volk hier unten, gegen die abgehobenen Eliten da oben. Die Demokratie steht durch das Misstrauen gegenüber Parteien nicht zur Disposition. Aber sie droht Schaden zu nehmen.

Zwar konzentriert sich das Misstrauen gerade in sozioökonomisch schwächeren Gruppen, aber unsere multivariaten Analysen zeigen klar, dass der sozioökonomische Status selbst nicht unmittelbar für das Vertrauensdefizit verantwortlich ist. Ebenso erweisen sich in unseren Modellen soziodemographische Merkmale, wie Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnort, nicht als substanziell für das Parteivertrauen. Entscheidend für das Vertrauensverhältnis ist, ob die Bürger, unabhängig

von ihrer wirtschaftlichen Lage, das Gefühl haben, dass die Parteien ihren Job erledigen. Diese Erklärungsfaktoren zeigen in unseren Modellen die stärksten Effekte. Bis auf eine kleine Minderheit befürworten die Bürger die Demokratie als beste Staatsform. Aber diejenigen, die unzufrieden mit den Leistungen der Demokratie sind, wie sie in Deutschland besteht, haben häufiger kein Vertrauen in Parteien: 70 Prozent derjenigen, die wenig zufrieden mit der bestehenden Demokratie sind, und fast 80 Prozent derjenigen, die gar nicht zufrieden sind. So neigen auch etwa 45 bzw. fast 64 Prozent der Bürger, die den Eindruck haben, dass es in Deutschland eher bzw. sehr schlecht um die Gerechtigkeit steht, zu Misstrauen gegenüber Parteien. Selbiges gilt für Bürger, die das Gefühl haben, dass der soziale Zusammenhalt in ihrem Umfeld bedroht ist, oder die sich mit ihren Alltagsorgen und Problemen politisch vergessen und alleingelassen fühlen. Unter den Bürgern, die den Zusammenhalt als eher bzw. sehr schlecht empfinden, misstrauen über 60 Prozent den Parteien. Daraus wird auch ersichtlich, wo Parteien ansetzen müssen, um das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen.

3.3 Vertrauen in Parteien aus theoretischer Perspektive

Vertrauen ist eine politische Währung. Auch wenn diese Aussage keine präzise Definition darstellt, betont sie die zentrale Bedeutung von Vertrauen im politischen Kontext recht anschaulich: Ohne Vertrauen ist Handeln von politischen Akteuren in einer Demokratie nicht effizient und legitimiert möglich. Denn Vertrauen bildet die Grundlage für staatliches Handeln, das sich nicht auf Gewalt und Zwang stützt, sondern auf Akzeptanz. Wissenschaftlich präzise kann politisches Vertrauen definiert werden als „Überzeugung, dass der Akteur oder die Institution, der man sein Vertrauen schenkt, wissentlich oder willentlich nichts tun wird, das den Vertrauenden schädigt“ (Gabriel 2013: 324 f.). Oder positiver formuliert: „Politisches Vertrauen ist die treuhänderische Übergabe von Macht an gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten zur politischen Gestaltung des Gemeinwesens und unter Berücksichtigung möglichst vieler Interessen“ (Hartmann 2017: 8 f.). Demnach ist Vertrauen eine Einstellung, die sich auf zukünftige Handlungen der Akteure und Institutionen richtet. Es ist eine bewertende (evaluative) politische Orientierung (Niedermayer 2013: 47).

3.3.1 Die Bedeutung von Parteien für die Demokratie

Demokratische Systeme sind auf die politische Unterstützung ihrer Bürger angewiesen. Sie bildet das Fundament für die Legitimation staatlicher Herrschaft und die Anerkennung der verfassungsrechtlichen Strukturen (Zmerli 2016: 178). Demokratien sind also gesellschaftlich und politisch nur dann stabil, wenn die Bürger das System auch mittragen.

Dabei wird politische Unterstützung als Konzept begriffen, welches mehrere Ebenen umfasst: Es reicht von diffuser Systemunterstützung in Form von Identifikation mit dem Nationalstaat über Zustimmung zu demokratischen Werten und Zufriedenheit mit dem demokratischen System bis hin zu spezifischer Systemunterstützung in Form von politischem Vertrauen in demokratische Institutionen und politische Repräsentanten (a. a. O.: 178 f.). Politisches Vertrauen, wozu auch Vertrauen in Parteien zählt, stellt daher ein „Kernelement politischer Unterstützung“ (a. a. O.: 177) dar. Ohne ein gewisses Maß an politischem Vertrauen sind politische Systeme langfristig nicht überlebensfähig (Easton 1975: 448). Das Konzept der politischen Unterstützung wird im vorhergehenden Artikel von Mannewitz und Vollmann (2018) detailliert vorgestellt.

Parteien haben in Demokratien zwei wesentliche Aufgaben als eine Art Scharnier zwischen Bürgern und Staat: Erstens, wie das deutsche Grundgesetz (vgl. Artikel 21) regelt, sind sie „[...] daran beteiligt, die Interessen und Wertvorstellungen der Bevölkerung zu artikulieren, zu bündeln und sie in den politischen Prozess einzubringen“ (Gabriel 2013: 328). So stellen sie die Verbindung von Bürgern zum Staat her. Zweitens zählt zu ihren Aufgaben, „[...] das Handeln der Regierenden [...] an die Präferenzen der Bevölkerung zu binden“ (ebd.). Damit stellen sie responsiv die Verbindung vom Staat zurück zu den Bürgern her. Um diese Vermittlerposition erfüllen zu können, müssen sie ein intaktes Verhältnis zu den Bürgern haben.

3.3.2 Kritik am sozialwissenschaftlichen Konzept des Vertrauens in Parteien

Vertrauen in Parteien ist als sozialwissenschaftliches Konzept nicht unumstritten (Biehl 2013: 69). Als Kritik wird häufig angeführt, dass bei vielen Bürgern widersprüchliche Einstellungen zu beobachten sind: Während sie Parteien im Allgemeinen nicht vertrauen, identifizieren sie sich zugleich mit einer konkreten Partei oder favorisieren diese zumindest. Angesichts dieser Ambivalenz ließe sich argumentieren, dass logischerweise fast niemand Parteien allgemein vertraut, da bei der Beurteilung auch immer einzelne Parteien mit einbezogen werden, denen man nicht wohlwollend gegenübersteht. Wenn Bürger also immer nur einzelnen Parteien vertrauen, nicht aber Parteien an sich, sind diese vielleicht schlicht und ergreifend „kein relevantes Einstellungsobjekt“ (Gabriel 2013: 343). Und dann wäre das niedrige Niveau des Vertrauens in Parteien nichts Bemerkenswertes und die Untersuchung dessen wenig relevant.

Allerdings können dagegen Forschungsergebnisse eingewendet werden, die belegen, dass Bürger tendenziell auch anders politisch handeln und partizipieren, wenn sie Vertrauen in Parteien im Allgemeinen haben. Misstrauensbekundungen gegenüber Parteien sind daher keinesfalls nur pauschale, folgenlose Unmutsäußerungen (Biehl 2013: 71 f.). Darüber hinaus gibt es noch einen zweiten wichtigen Einwand, warum trotz der Kritik Vertrauen als Indikator für das Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien taugt: Vertrauen variiert im Zeitverlauf und zwischen verschiedenen Institutionen genauso wie im Ländervergleich. Biehl schlussfolgert daher: „Alle diese Unterschiede deuten darauf hin, dass das Institutionenvertrauen sehr wohl ein sensitiver und reaktionsfähiger Indikator für das Verhältnis des Bürgers zu den öffentlichen Einrichtungen – und damit auch zu den Parteien – ist und Änderungen in den Vertrauensbekundungen tatsächliche Veränderungen abbilden [...]“ (a. a. O.: 72). Zudem hat das Institutionenvertrauen als Indikator den Vorteil, dass über einen langen Zeitraum und für verschiedene Länder Messungen vorliegen und somit Vergleiche möglich sind (a. a. O.: 86).

3.3.3 Zwei konkurrierende Hypothesen: Wer vertraut Parteien nicht?

Viele Studien zum politischen Vertrauen fokussieren in ihren Auswertungen auf das Vorhandensein von Vertrauen in politische Parteien. Wir gehen in der vorliegenden Analyse den umgekehrten Weg und untersuchen vor allem das fehlende Vertrauen. Studien zeigen, dass vorhandenes Vertrauen in politische Parteien in allen Bevölkerungsgruppen gering ist, aber fehlendes Vertrauen deutlich variiert, insofern Vertrauen mit einer neutralen Antwortmöglichkeit zwischen „Vertrauen“ und „kein Vertrauen“ erhoben wird (Biehl 2013: 86). Dabei ist die zentrale Frage, in welchen Bevölkerungskreisen sich fehlendes Vertrauen konzentriert. Biehl arbeitet zwei Hypothesen dazu heraus, die sich konkurrierend gegenüberstehen und die wir als Ausgangsbasis für unsere Analysen nehmen wollen: Zum einen die Modernisierungshypothese, zum anderen die Krisenhypothese (a. a. O.: 72–74).

Die Modernisierungshypothese entspricht dabei den Annahmen der Vertreter liberaler Theorieansätze, wonach das niedrige Niveau des Vertrauens in Parteien eher unbedenklich ist: „Selbstbewusste Staatsbürger prüfen das Handeln der Ent-

scheidungsträger sowie die Strukturen und Anreize der öffentlichen Einrichtungen und artikulieren ihre Zweifel, Sorgen und Kritik gegenüber den herrschenden Institutionen“ (Biehl 2013: 73). Mit anderen Worten: Es handelt sich beim fehlenden Vertrauen um eine Art gesunden Misstrauens. Sollte die Hypothese zutreffen, dann müssten vor allem höher gebildete und politisch interessierte Bürger Parteien weniger vertrauen. Denn Bildungsexpansion, Individualisierung und Emanzipation haben der Hypothese zufolge aufgeklärte moderne Staatsbürger hervorgebracht, welche Autoritäten und damit auch politischen Institutionen skeptisch gegenüberstehen und kein „blindes Vertrauen“ zu diesen haben. Aus demokratietheoretischer Sicht wäre in diesem Fall das niedrige Vertrauensniveau unproblematisch. Im Ergebnis würde es gar zu einer Stabilisierung der Demokratie beitragen.

Die konkurrierende Krisenhypothese fußt auf gegenteiligen Annahmen. Das niedrige Vertrauen in Parteien wird nicht als gesundes Misstrauen gesehen, sondern als „Ausdruck sozialer Desintegrationsprozesse“ (a. a. O.: 37). Die Bürger wenden sich von Parteien und Politik ab, weil sie mit der Demokratie, mit ihrem sozialen Status, ihrer wirtschaftlichen Situation und Perspektive unzufrieden sind. Für die Gültigkeit dieser Hypothese spricht, wenn gerade ressourcenschwache und politisch desinteressierte Bürger Parteien nicht vertrauen. Entsprechend der Krisenhypothese ist „[...] der Vertrauensverlust ein Ausdruck von Repräsentationsdefiziten und Funktionsverlusten der Parteien und [stellt] deshalb eine Belastung für das demokratische System dar“ (a. a. O.: 74). Dieser Befund ist aus demokratietheoretischer Sicht problematisch, weil sich Bürger ohne Vertrauen nicht mehr aktiv an der Demokratie beteiligen und sich durch Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen.

3.3.4 Mögliche Erklärungen: Woher kommt das Misstrauen?

In den Annahmen, die der Krisenhypothese zugrunde liegen, klingt es bereits an: Um zu verstehen, warum Bürger Parteien nicht oder nicht mehr vertrauen, muss zunächst betrachtet werden, wie Vertrauen im politischen Kontext überhaupt entstehen kann. Dafür lassen sich im Wesentlichen zwei Möglichkeiten ausmachen, die sich wechselseitig bedingen und ergänzen (Biehl 2013: 74 f.):

Erstens kann politisches Vertrauen basierend auf Zugehörigkeit entstehen. Das heißt, die Bürger teilen mit Parteien gemeinsame Werte, Normen, Überzeugungen und Identitäten. Auf Basis dieser Gemeinsamkeiten können Bürger dann schlussfolgern, ob Parteien grundsätzlich mit Vertrauen begegnet werden kann (Gabriel 2013: 325 und 339). Die dahinterstehende Argumentation ist: Je größer die Ähnlichkeit zwischen Bürgern und Parteien, desto wahrscheinlicher ist es für diese Bürger anzunehmen, dass die Parteien auch in ihrem Sinne handeln werden. In diesem Fall spricht man von „kulturalistischen Erklärungen“.

Zweitens kann politisches Vertrauen auf Erfahrungen basieren, welche Bürger mit politischen Institutionen und Akteuren in der Vergangenheit und Gegenwart gemacht haben. Sie bewerten also die Leistungen von Parteien. In Abhängigkeit davon, wie diese Bewertung ausfällt, leiten Bürger daraus ab, ob sie Parteien bezüglich zukünftiger Handlungen Vertrauen schenken können. Dabei kann es sich sowohl um materielle als auch um symbolische Leistungen handeln

(a. a. O.: 325). Die dahinterstehende Argumentation lautet also: Wenn Parteien in der Vergangenheit zufriedenstellende Leistungen erbracht haben, ist es für Bürger wahrscheinlich anzunehmen, dass sie dies auch zukünftig tun werden. Man spricht von „performanzbasierten Erklärungen“.

Aus diesen zwei aufgezeigten Wegen zur Vertrauensbildung ergeben sich auch die möglichen Erklärungsfaktoren für Misstrauen gegenüber Parteien: Entweder teilen Bürger mit Parteien keine oder zu wenige Gemeinsamkeiten oder ihre Erwartungen an Parteien wurden und werden enttäuscht.

3.4 Empirische Auswertungen zum fehlenden Vertrauen in Parteien

Nachdem wir im vorhergehenden Kapitel theoretisch erläutert haben, was Vertrauen in politische Parteien eigentlich meint und warum es für die Demokratie wichtig ist, und mögliche Hypothesen und Erklärungsfaktoren herausgestellt haben, werden wir uns in den folgenden Kapiteln ansehen, wie es faktisch und konkret um das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Parteien steht.

Bevor wir im Folgenden untersuchen, welche Erklärungsfaktoren das Misstrauen gegenüber Parteien erklären können, bedarf es eines kurzen Hinweises auf die Problematik von Kausalitäten und Korrelationen: Kausalitäten, das heißt Ursache-Wirkungs-Beziehungen, setzen mindestens voraus, dass die Ursache der Wirkung zeitlich vorausgeht. Da wir nur über einen Messzeitpunkt verfügen, lässt sich Kausalität mit den verwendeten Daten nicht nachweisen. Streng genommen können wir lediglich überprüfen, ob fehlendes Vertrauen mit gewissen Ausprägungen der Erklärungsfaktoren häufiger einhergeht als mit anderen (Korrelation). Das wir im Folgenden daraus dennoch auf Ursache-Wirkungs-Mechanismen schließen, fußt auf den theoretischen Annahmen, die wir anfangs zum Entstehen von politischem Vertrauen getroffen haben. Dass die Erklärungsfaktoren und das fehlende Vertrauen sich auch wechselseitig bedingen, können wir nicht zweifelsfrei ausschließen.

3.4.1 Datengrundlage

Für die Auswertungen verwenden wir die Daten der Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ der Bertelsmann Stiftung (2017). Dabei handelt es sich um eine bundesweite repräsentative Befragung, deren Grundgesamtheit die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik im Alter ab 16 Jahren bildet.

Die Verwendung dieses Datensatzes bietet sich für unsere Auswertungen an, da er zum einen über eine ausreichend große Fallzahl verfügt und zum anderen die Variablen umfasst, die zur Überprüfung der genannten Erklärungsansätze benötigt werden.

Der Datensatz umfasst 5.041 Fälle, von denen nach Bereinigung um Regionaldaten 4.969 Fälle übrigbleiben, die eindeutig Bundesland und Region zugeordnet werden können. Die Daten sind zur Gewährleistung von Repräsentativität gewichtet. Wir berücksichtigen für unsere Analysen nur bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Personen, das heißt Bürger im Alter ab 18 Jahren. Dadurch reduziert sich die Fallzahl unseres Samples auf 4.733.

Für die Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ der Bertelsmann Stiftung wurde das Institutionenvertrauen über folgende Frage erhoben:

„Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen:“

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="radio"/> politische Parteien | <input type="radio"/> Landtag | <input type="radio"/> Europäisches Parlament |
| <input type="radio"/> Gerichte | <input type="radio"/> Bundesregierung | <input type="radio"/> öffentlich-rechtlicher Rundfunk |
| <input type="radio"/> Polizei | <input type="radio"/> Bundestag | <input type="radio"/> soziale Medien |
| <input type="radio"/> Landesregierung | <input type="radio"/> Europäische Kommission | |

Dazu wurde eine fünfstufige Skala verwendet: „(1) überhaupt kein Vertrauen, (2) geringes Vertrauen, (3) teils/teils, (4) großes Vertrauen, (5) sehr großes Vertrauen“. Für eine einfachere Auswertung wird diese Skala zu einer dreistufigen zusammengefasst, wobei „überhaupt kein Vertrauen“ und „geringes Vertrauen“ sowie „großes Vertrauen“ und „sehr großes Vertrauen“ jeweils zu einer Ausprägung zusammengezogen werden. Der Einfachheit halber interpretieren wir „großes/sehr großes Vertrauen“ als Vertrauen, „überhaupt keines/geringes Vertrauen“ als fehlendes Vertrauen oder auch Misstrauen. Die Ausprägung „teils/teils“ deuten wir als unentschieden. Die Angaben „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ werden aufgrund fehlender Informationen aus den Analysen ausgeschlossen. Im Fokus unserer Auswertungen steht letztlich das Misstrauen. Zur Operationalisierung aller anderen Variablen verweisen wir auf die Übersicht im Anhang.

Zwar weist Hartmann (2017: 7–9) richtigerweise darauf hin, dass das Gegenteil von Vertrauen nicht in jedem Fall Misstrauen sein muss, sondern auch Gleichgültigkeit sein kann. Während sowohl Vertrauen als auch Misstrauen „Haltungen des Engagements“ sind, ist dies bei Gleichgültigkeit nicht der Fall. Auch auf die Gefahr hin, dass damit analytische Präzision verloren gehen könnte, halten wir es für einen pragmatischen Weg, fehlendes Vertrauen und Misstrauen in den folgenden Analysen gleichzusetzen. Es ist plausibel anzunehmen, dass Befragte bei Gleichgültigkeit eher „weiß nicht“ oder „teils/teils“ antworten würden.

3.4.2 Vertrauen in Parteien und andere politische Institutionen im Vergleich

Bevor wir uns mit dem Misstrauen gegenüber Parteien im Detail beschäftigen, ist es zunächst hilfreich, das Vertrauen und Misstrauen gegenüber verschiedenen demokratischen Institutionen zu vergleichen. So erhalten wir einen Referenzrahmen, der es erleichtert, die Ergebnisse einzuordnen und zu bewerten. Daran wird deutlich, warum gerade das Misstrauen gegenüber Parteien auffällig ist. Es zeigt sich eine deutliche Varianz in der Ausprägung des Misstrauens über die verschiedenen Institutionen hinweg (vgl. Abbildung 1).

Bei der Frage nach dem Institutionenvertrauen von Bürgern wird in der Regel zwischen regulativen Institutionen, wie Polizei und Gerichten, und repräsentativen Institutionen, wie Regierungen, Parlamenten und Parteien, unterschieden (Zmerli 2016: 181). Dabei fällt unmittelbar ins Auge, dass nur der Polizei und den Gerichten als regulativen Ordnungs- und Rechtsorganen von einer Mehrheit der Bürger großes oder sehr großes Vertrauen entgegengebracht wird. 70 Prozent der

Bürger geben an, der Polizei zu vertrauen. Nur acht Prozent haben geringes oder überhaupt kein Vertrauen. Damit führt die Polizei im Vertrauensranking die Liste mit Abstand an. Aber auch in die Gerichte hat fast jeder zweite Bürger großes bis sehr großes Vertrauen.

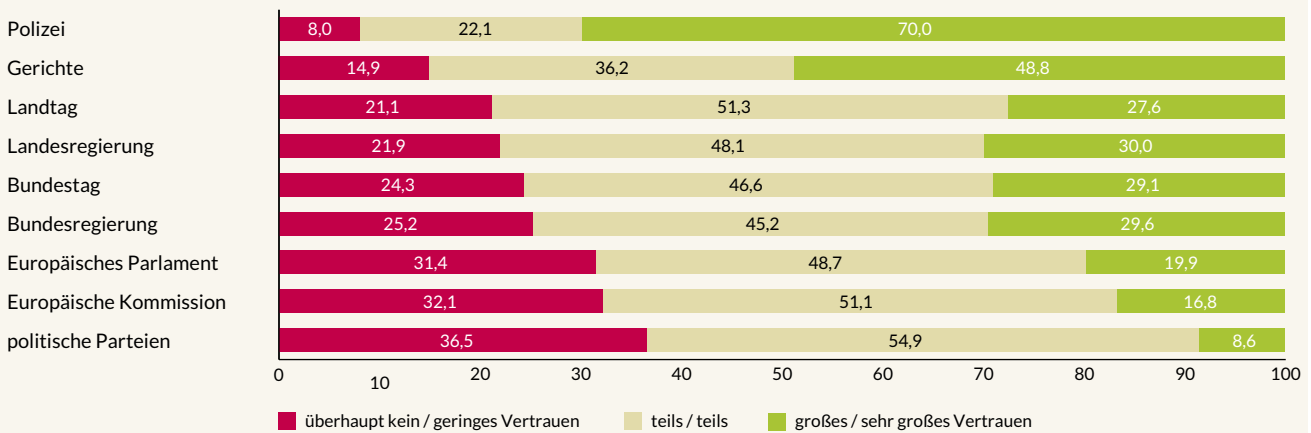
Dass das Vertrauen in regulative Institutionen größer ist als in die repräsentativen, könnte darauf zurückgeführt werden, dass diese unparteiisch und nicht in tagespolitisches Geschehen involviert sind, wodurch sie als neutrale, zuverlässige Akteure wahrgenommen werden. Dennoch ist dieser Umstand in gewisser Hinsicht paradox: „Jenen Institutionen, deren Besetzung die Bürger selbst wählen können, vertrauen diese wenig; hohes Vertrauen genießen dagegen die Institutionen, deren personelle Aufstellung dem demokratischen Willen der Bürger entzogen bleibt“ (Merkel und Krause 2015: 85).

Das Vertrauen in Landesregierungen und Landtage ist auf einem vergleichbaren Niveau wie das Vertrauen in Bundesregierung und Bundestag. Jeweils knapp ein Drittel der Bürger gibt an, Vertrauen in diese Institutionen zu haben, während etwa jeder Vierte bis Fünfte geringes oder überhaupt kein Vertrauen hat. Der Großteil der Bürger ist unentschieden. Ins Europäische Parlament und die Europäische Kommission haben mehr Bürger geringes oder überhaupt kein Vertrauen als großes bis sehr großes.

Das ausgeprägte Misstrauen gegen politische Parteien ist bemerkenswert. Parteien nehmen im Vertrauensranking klar den letzten Platz ein. Nicht einmal jeder zehnte Bürger gibt an, Vertrauen in sie zu haben, während etwas mehr als ein Drittel geringes oder überhaupt kein Vertrauen hat.

ABBILDUNG 1 Institutionenvertrauen im Vergleich

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sagen sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: politische Parteien, Gerichte, Polizei, Landesregierung, Landtag, Bundesregierung, Bundestag, Europäische Kommission, Europäisches Parlament.“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

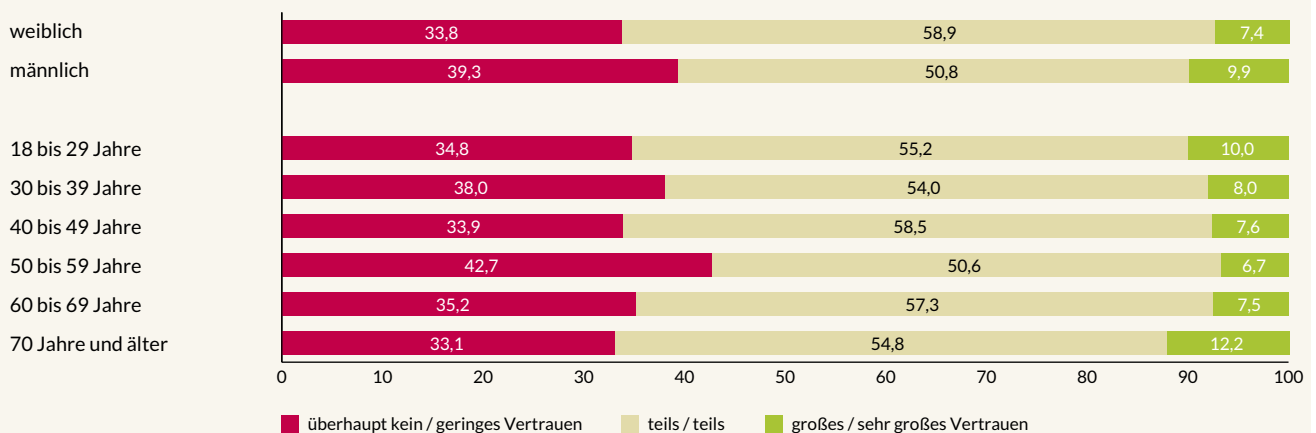
3.4.3 Welche Bürger vertrauen Parteien nicht?

Betrachtet man Misstrauen gegenüber Parteien nach Geschlecht, zeigt sich, dass Frauen seltener Misstrauen haben als Männer, aber auch seltener Vertrauen (vgl. Abbildung 2). Die Mehrheit der Frauen gibt keine Tendenz an und ist unentschieden. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sollten an dieser Stelle nicht überinterpretiert werden. Zum einen ist die Differenz zwischen Männern und Frauen bei Vertrauen wie Misstrauen mit etwa drei bis fünf Prozentpunkten recht gering. Zum anderen ist es plausibel anzunehmen, dass sich hier ein in der Sozial- und Meinungsforschung altbekanntes Muster zeigen könnte: Männer und Frauen neigen bei gleichen Eigenschaften zu unterschiedlichen Antworten. Beispielsweise zeigt sich bei der Frage nach dem eigenen politischen Interesse regelmäßig: Während Männer zur Überschätzung neigen, tendieren Frauen eher zur Unterschätzung. Daher sind die stärkeren Ausprägungen an den Rändern der Skala bei Männern nicht unbedingt verwunderlich und nicht zwangsläufig auch auf einen objektiven Unterschied im Vertrauensniveau zurückzuführen.

In den verschiedenen Altersgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich des Misstrauens, es lässt sich aber keine klare Systematik erkennen. Sowohl die jüngsten und ältesten Bürger (unter 30 Jahren sowie 70 Jahre und älter) als auch diejenigen zwischen 40 und 50 Jahren haben am seltensten Misstrauen. Bürger im Alter von 30 bis 39 Jahren und 50 bis 59 Jahren misstrauen Parteien am häufigsten. Die Altersgruppen der 60- bis 69-Jährigen liegt etwa im Mittelfeld. Aufgrund dieser Daten lässt sich nicht behaupten, dass mit zunehmendem Alter der Anteil der den Parteien Misstrauenden tendenziell zu- oder abnimmt. Um festzustellen, ob es sich um einen Alters- oder Kohorteneffekt handelt, wäre weitere Forschung mit Längsschnittdaten notwendig. Festgehalten werden kann, dass in allen Altersgruppen ein deutlich größerer Anteil der Bürger Parteien nicht vertraut und jeweils nur eine Minderheit großes bis sehr großes Vertrauen hat.

ABBILDUNG 2 Parteivertrauen nach Geschlecht und Alter

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach Geschlecht und Altersgruppe. Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

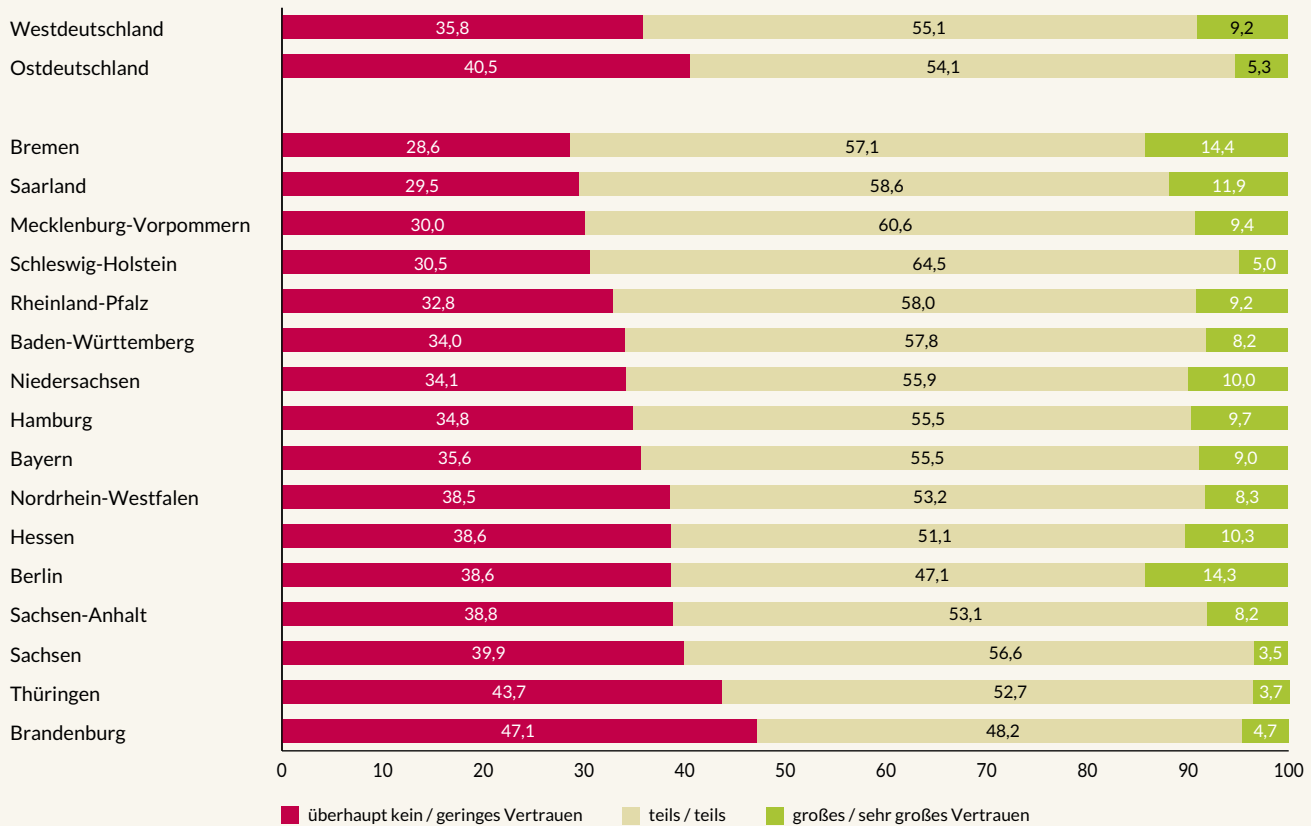
| BertelsmannStiftung

Interessant ist die geographische Verteilung (vgl. Abbildung 3). Ein Blick auf Ost- und Westdeutschland zeigt, dass sowohl der Anteil der Vertrauenden als auch der Anteil der Misstrauenden sich um vier bzw. fünf Prozentpunkte unterscheidet. Ostdeutsche misstrauen Parteien häufiger als Westdeutsche. Dieser Befund bestätigt bisherige Untersuchungen, die zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sind (Zmerli 2016: 183). Über mögliche Ursachen kann an dieser Stelle nur spekuliert werden: Möglicherweise sind ökonomische Unterschiede (Lohnniveau, Arbeitslosenquote und Ähnliches) ursächlich. Genauso denkbar ist aber, dass die Differenz durch unterschiedliche kulturelle und politische Erfahrungen und Unterschiede in der politischen Kultur nach jahrzehntelanger deutscher Teilung bedingt wird. Die späteren multivariaten Auswertungen geben darüber mehr Aufschluss.

Vergleicht man das Misstrauen gegenüber Parteien auf Ebene der Bundesländer, sind die Unterschiede noch deutlicher. Der Anteil der Bürger mit Misstrauen schwankt von 29 Prozent in Bremen bis zu über 47 Prozent in Brandenburg. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern landen alle ostdeutschen Bundeslän-

ABBILDUNG 3 Parteivertrauen nach Ost-/Westdeutschland und Bundesland

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach wohnhaft in Ost-/Westdeutschland und Bundesland. Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

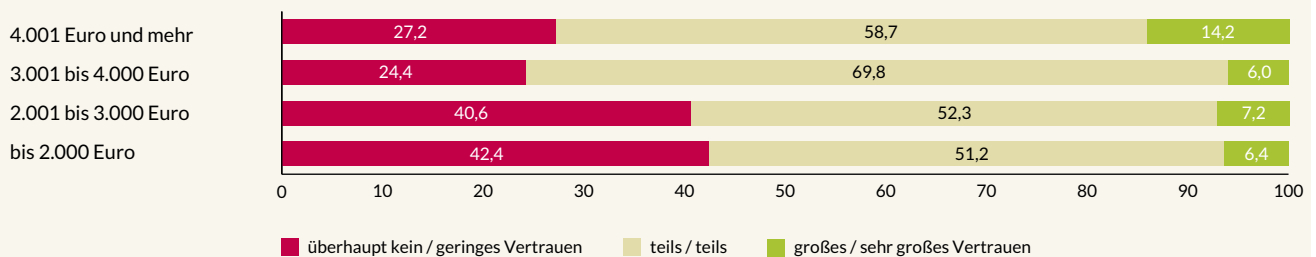
der auf den hinteren Plätzen. Gleichzeitig liegen die norddeutschen Bundesländer mit Ausnahme von Hamburg im oberen Drittel des Rankings. Berlin scheint unter den Bundesländern eine Ausnahme darzustellen: Betrachtet nach dem Anteil von Bürgern mit Misstrauen, rangiert es auf den untersten Plätzen. Zugleich ist in wenigen anderen Bundesländern der Anteil an Bürgern mit großem und sehr großem Vertrauen so hoch.

Egal ob man Wahlergebnisse betrachtet oder sich politische Einstellungen anschaut, meist sind klare Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Gegenden zu erkennen. Die Vermutung liegt nahe, dass sich auch das Ausmaß des fehlenden Vertrauens anhand der Siedlungsstruktur unterscheidet. Unsere Auswertungen liefern dafür aber keine Hinweise. Der Anteil der Bürger mit Misstrauen unterscheidet sich nicht substantziell zwischen ländlichen und städtischen Kreisen.

Um zu untersuchen, in welchen Bevölkerungsteilen das Misstrauen gegenüber Parteien besonders ausgeprägt ist, sind neben Alter, Geschlecht und geographischer Verteilung auch sozioökonomische Faktoren in Form von Einkommen und Bildung von Interesse. Hier zeigen sich deutliche Zusammenhänge: Je niedriger das Haushaltsnettoeinkommen, desto mehr Bürger misstrauen Parteien (vgl. Abbildung 4). So beträgt bei Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 3.000 Euro der Anteil an Personen mit Misstrauen weniger als ein Drittel. Bei Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 3.000 Euro sind es hingegen schon mehr als 40 Prozent. Betrachtet man nicht nur das Misstrauen, fällt ins Auge, dass sich der Anteil der Bürger mit Vertrauen zwischen den Einkommenskategorien nicht groß unterscheidet – mit einer Ausnahme: Der Anteil der Bürger mit großem bis sehr großem Vertrauen ist nur bei einem Haushaltsnettoeinkommen von über 4.000 Euro überdurchschnittlich hoch. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung des Bildungsniveaus – was zum Teil auch auf den Zusammenhang von Bildung und Einkommen zurückgeführt werden kann (vgl. Abbildung 5): Während unter den höher gebildeten Bürgern, die mindestens über Fachhochschulreife verfügen, etwas weniger als 30 Prozent kein Vertrauen haben, sind es bei denen mit mittlerem (Realschulabschluss) und niedrigerem Bildungsniveau (maximal Hauptschulabschluss) knapp über 40 Prozent.

ABBILDUNG 4 Parteivertrauen nach Haushaltsnettoeinkommen

In Prozent



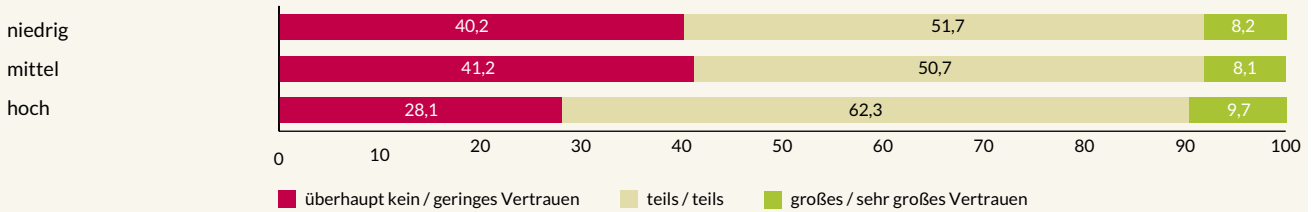
Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach Haushaltsnettoeinkommen. Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 5 Parteivertrauen nach Bildungsniveau

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach Bildungsniveau. Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

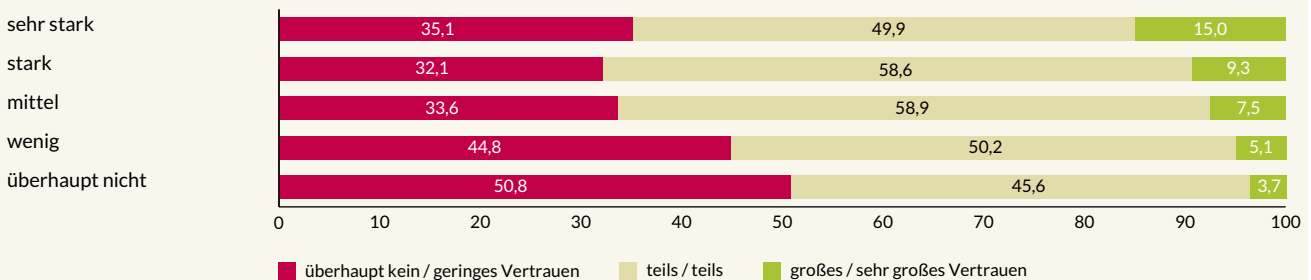
Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Um zu prüfen, wer Parteien nicht vertraut, sind nicht nur soziodemographische Faktoren zu betrachten, sondern auch politisches Verhalten in Gestalt von politischem Interesse und politischer Beteiligung. Dabei zeigt sich unabhängig davon, ob man den Anteil der Bürger mit Vertrauen oder den derjenigen mit Misstrauen betrachtet, ein eindeutiges Bild (vgl. Abbildung 6): Politisch interessierte Bürger haben häufiger Vertrauen in Parteien, unter politisch Desinteressierten prägt öfter Misstrauen das Verhältnis zu Parteien. Bei den wenig politisch Interessierten haben etwa 45 Prozent kein Vertrauen. Unter den überhaupt nicht politisch Interessierten ist es knapp mehr als die Hälfte. Ein Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und Vertrauen in Parteien ist ebenfalls nicht zu übersehen, ohne etwas darüber sagen zu können, was Ursache und was Wirkung ist (vgl. Abbildung 7): Unter Bürgern, die eher oder sehr unwahrscheinlich wählen gehen, hat deutlich über die Hälfte kein Vertrauen in Parteien. Mit zunehmender Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen, sinkt der Anteil der Misstrauenden. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass über 80 Prozent der Befragten angeben, sehr wahrscheinlich wählen zu gehen, und nur eine Minderheit, dass sie eher nicht wählen gehen wird.

ABBILDUNG 6 Parteivertrauen nach politischem Interesse

In Prozent



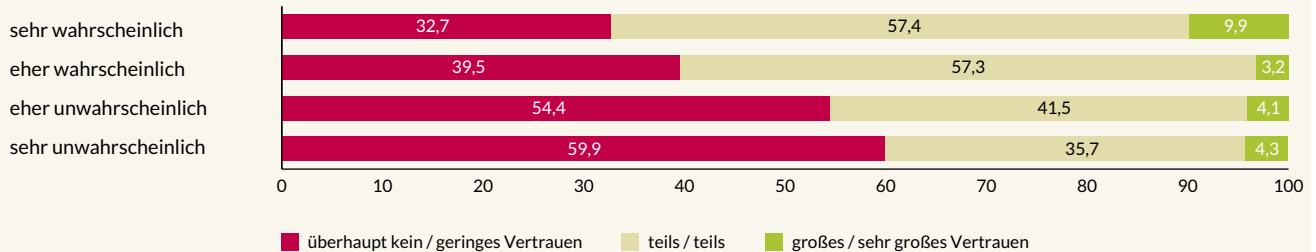
Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 7 Parteivertrauen nach Wahlwahrscheinlichkeit

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Wenn die nächsten Wahlen anstehen, für die Sie wahlberechtigt sind, wie wahrscheinlich ist es, dass sie tatsächlich zur Wahl gehen?“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

An dieser Stelle können wir ein vorsichtiges erstes Resümee ziehen: Die bisherigen Analysen haben uns einen Eindruck davon vermittelt, in welchen Bevölkerungskreisen das Vertrauensdefizit am größten ist. Die Ergebnisse bestätigen eher die Krisen- als die Modernisierungshypothese. Kein Vertrauen haben vermehrt Bürger, die über geringere Bildung und geringes Einkommen verfügen, sich wenig für Politik interessieren und sich wahrscheinlich nicht an Wahlen beteiligen. Das heißt nicht, dass es im Umkehrschluss unter ökonomisch besser Gestellten, höher Gebildeten und politisch Interessierten kein Vertrauensdefizit gibt. Denn auch in diesen Bevölkerungskreisen überwiegt das Misstrauen deutlich gegenüber dem Vertrauen. Im Großen und Ganzen lässt sich daraus ableiten, dass seltener von kritischem Misstrauen aufgeklärter Staatsbürger gesprochen werden kann – auch wenn es das gibt –, sondern vermehrt von einem belasteten Verhältnis zwischen großen Teilen der Bevölkerung und Parteien.

3.4.4 Warum vertrauen diese Bürger Parteien nicht?

Wir haben zwei mögliche Wege zur Entstehung politischen Vertrauens aus theoretischer Sicht diskutiert: kulturalistische und performanzbasierte Erklärungen. Im Folgenden betrachten wir diese zunächst nacheinander, um ihren Zusammenhang mit Misstrauen gegenüber Parteien zu prüfen.

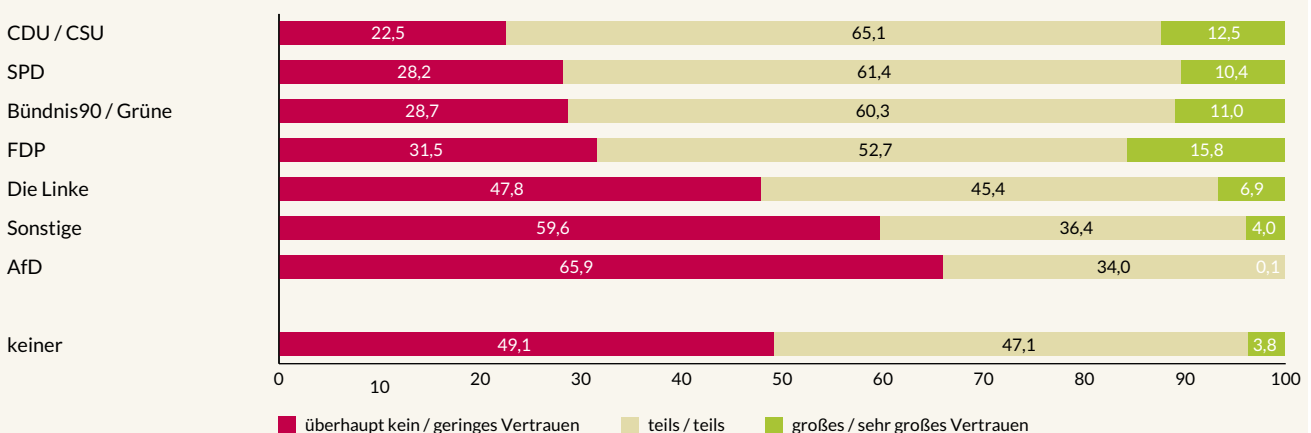
3.4.4.1 Kulturalistische Erklärungen für Misstrauen gegenüber Parteien

Der verwendete Datensatz enthält zwei Variablen, die sich eignen, kulturalistische Erklärungen zu prüfen: die Parteiidentifikation und die Befürwortung der Demokratie um ihrer selbst willen. Die Parteiidentifikation ist ein Konzept aus der Politikwissenschaft, das die „langfristige affektive Bindung an eine Partei“ (Niedermayer 2013: 49) bezeichnet. Das heißt, dass Bürger sich einer Partei über einen längeren Zeitraum aufgrund von Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten stärker verbunden fühlen. Parteiidentifikation kann als eine Art psychologischer Mitgliedschaft in einer Partei interpretiert werden.

Unsere Auswertungen zeigen, dass die Parteiidentifikation im Allgemeinen nicht entscheidend ist. Es kommt darauf an, mit welcher Partei Bürger sich identifizieren. Wer mit CDU/CSU, SPD, den Grünen oder der FDP sympathisiert, misstraut Parteien seltener als der Durchschnitt der Bevölkerung (vgl. Abbildung 8). CDU/CSU- und FDP-Anhänger haben sogar überdurchschnittlich häufig starkes bis sehr starkes Vertrauen. Betrachtet man die Bürger mit Parteiidentifikation mit der Linkspartei, der AfD und sonstigen Parteien, zeigt sich dieser Zusammenhang nicht mehr. Fast die Hälfte der Linksparteianhänger haben kein Vertrauen. Von den AfD-Anhängern misstrauen zwei Drittel Parteien. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass der Anteil unter AfD-Anhängern noch deutlich größer ist als bei Bürgern ohne Parteiidentifikation. Von diesen misstraut etwa jeder Zweite Parteien. Der Effekt, dass sich eine Parteiidentifikation generell positiv auf das Vertrauen in Parteien insgesamt auswirkt, zeigt sich demzufolge nicht (mehr). Hier zeigt sich die Ambivalenz in den Einstellungen der Bürger, auf die bereits eingegangen wurde (vgl. Kapitel 3.3.2), und die häufig zur Kritik am Konzept des Vertrauens in Parteien allgemein herangezogen wird: Bürger können Parteien allgemein misstrauen und sich zugleich mit einer Partei identifizieren. Wie steht es um den Zusammenhang zwischen dem Parteivertrauen und der Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform (vgl. Abbildung 9)? Wenig überraschend zeigt sich hier ein nahezu linearer Zusammenhang. Je überzeugter Bürger von der Demokratie als Wert an sich sind, desto seltener misstrauen sie Parteien als Teil des demokratischen Systems. Bürger, welche die Demokratie ablehnen und der Aussage, die Demokratie sei die beste Staatsform, wenig oder gar nicht zustimmen, misstrauen Parteien mit deutlicher Mehrheit. Dabei handelt es sich jedoch nur um knapp zwei Prozent der Bürger. Aber auch die höchste Zustimmung zur Demokratie geht nicht selten einher mit Misstrauen gegenüber Parteien, was dafür spricht, dass auch die Modernisierungshypothese nicht gänzlich unberechtigt ist.

ABBILDUNG 8 Parteivertrauen nach Parteiidentifikation

In Prozent



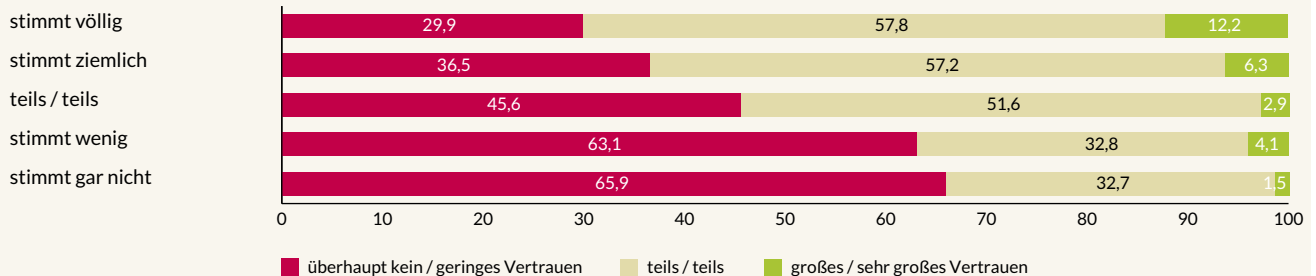
Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Welcher politischen Partei stehen Sie näher als allen anderen Parteien?“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 9 Parteivertrauen nach Befürwortung der Demokratie

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach Zustimmung zu der Aussage: „Die Demokratie ist die beste Staatsform.“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

3.4.4.2 Performanzbasierte Erklärungen für Misstrauen gegenüber Parteien

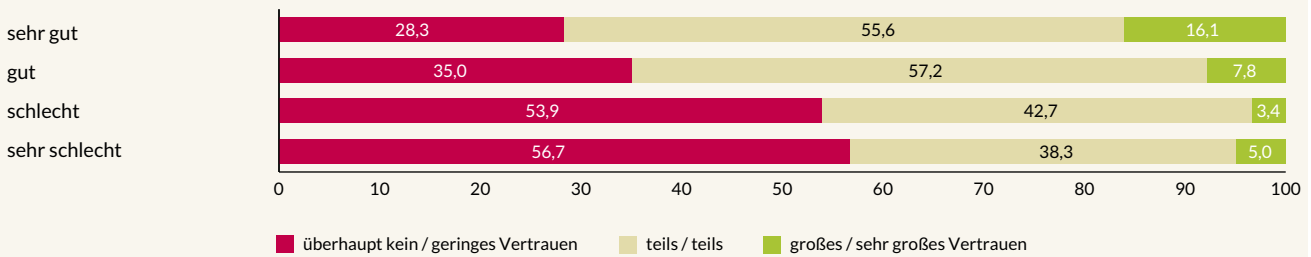
Wie steht es um die performanzbasierten Erklärungen? Die Umfragedaten der Bertelsmann Stiftung bieten dazu eine Vielzahl von Variablen. Bei vielen der Erklärungsfaktoren ließe sich einwenden, dass sie sich nicht auf Aufgaben von Parteien, sondern von Regierungen beziehen. Dem muss entgegnet werden, dass Parteien auch in der Opposition auf allen Ebenen, von der Kommunal- über die Landes- bis hin zur Bundespolitik, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Es ist die Aufgabe von Parteien – ob aktuell Regierungspartei oder nicht – die Belange der Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen und diese so an die Interessen der Wähler zu binden. Daher stellen die folgenden Erklärungsfaktoren in gewisser Hinsicht (indirekte) Bewertungen der Leistungen der Parteien dar.

Wir schauen uns zunächst Erklärungen an, welche die Wahrnehmung der Bürger hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Lage und der sozialen Gerechtigkeit betreffen. Es ist plausibel anzunehmen, dass Bürger, die ihre wirtschaftliche Situation als tendenziell schlecht empfinden, dafür bis zu einem gewissen Grad auch Politik und Parteien in der Verantwortung sehen – man denke an arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Entscheidungen. Die Auswertungen deuten auf die Gültigkeit dieser Annahme hin (vgl. Abbildung 10): Je besser die Bürger ihre eigene wirtschaftliche Situation bewerten, desto geringer ist der Anteil derjenigen, die Parteien misstrauen. Unter Bürgern, die ihre Situation als schlecht oder sehr schlecht bewerten, fehlt mehr als der Hälfte das Vertrauen. Allerdings schätzen weniger als zwei Prozent der Befragten ihre Lage auch als sehr schlecht ein. Während sich die subjektive wirtschaftliche Lage auf die individuelle Situation der Bürger bezieht, ist das Gerechtigkeitsempfinden eine allgemeinere Bewertung, die gemeinsam mit weiteren Faktoren konstitutiv für den sozialen Zusammenhalt ist (Bertelsmann Stiftung 2017: 24 f.). Der Datensatz enthält mehrere Variablen, die wir in einem Index zum Gerechtigkeitsempfinden zusammengefasst haben. Die Beschriftung der Ausprägungen erfolgte nach der Indexbildung, war nicht Teil der Erhebung und stellt eine nachträgliche Interpretation dar (vgl. für Details zur Operationalisierung Tabelle 2, Anhang). Insgesamt zeigt das Gerechtigkeits-

empfinden einen deutlichen Zusammenhang mit fehlendem Vertrauen in Parteien (vgl. Abbildung 11). Bürger, die den Eindruck haben, dass es in Deutschland gerecht zugeht, äußern selten Misstrauen gegenüber Parteien und sehr häufig sogar explizites Vertrauen. Allerdings empfinden nur weniger als 15 Prozent der Bürger die Gerechtigkeit als eher oder sehr gut. Unter Bürgern, die den Eindruck haben, dass es in Deutschland um die Gerechtigkeit eher oder sehr schlecht steht, ist der Anteil der Misstrauenden hingegen überdurchschnittlich hoch.

ABBILDUNG 10 Parteivertrauen nach subjektiver wirtschaftlicher Lage

In Prozent



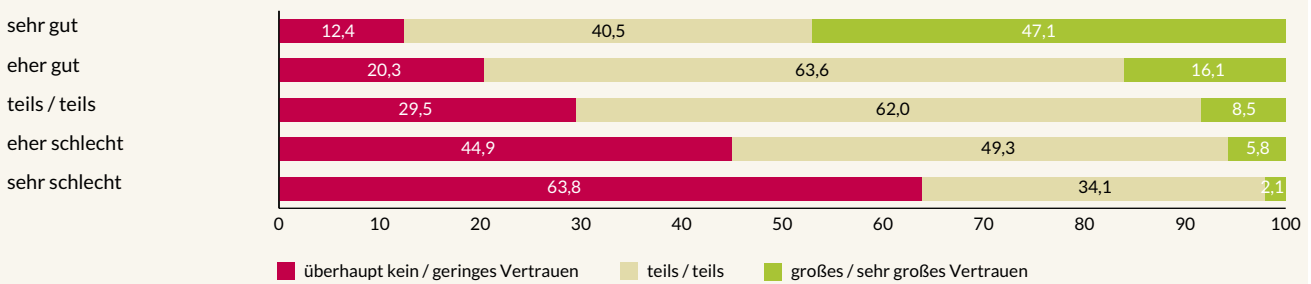
Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Wie beurteilen Sie Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage?“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 11 Parteivertrauen nach Gerechtigkeitsempfinden

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach einem Index zum Gerechtigkeitsempfinden, gebildet aus den Zustimmungen zu den Aussagen: (1) „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.“, (2) „Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.“, (3) „Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im großen und Ganzen gerecht verteilt“, (4) „Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.“. Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

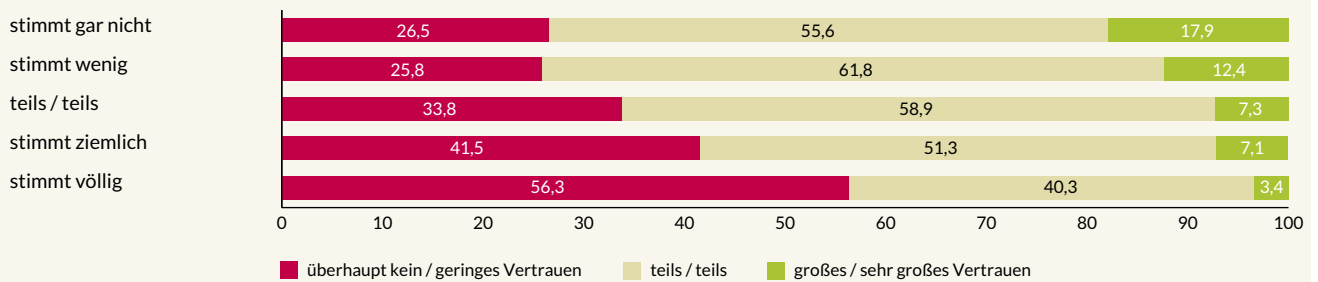
BertelsmannStiftung

Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Misstrauen der Bürgern und ihrer Wahrnehmung von aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen? Im Datensatz wurden die Bürger gefragt, wie sehr sie sich durch politische Ereignisse der letzten Jahre verunsichert fühlen. Auch dies kann in gewisser Hinsicht eine indirekte Bewertung der Leistungen der Parteien darstellen. Die Auswertung

lässt erkennen, dass nur ziemlich oder völlig verunsicherte Bürger, die aber weniger als ein Drittel der Befragten ausmachen, Parteien überdurchschnittlich häufig misstrauen (vgl. Abbildung 12). Die Mehrheit der Bürger zeigt sich nicht verunsichert, aber auch unter ihnen vertraut etwa jeder Vierte den Parteien nicht. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich zwischen dem Misstrauen gegenüber Parteien und der Einschätzung zur Globalisierung (vgl. Abbildung 13). Für den Datensatz wurde erhoben, ob Bürger diese als Bedrohung oder Chance wahrnehmen. Über die Hälfte derjenigen, die Globalisierung (eher) als Bedrohung sehen, spricht auch Parteien ihr Misstrauen aus. Kritisch berücksichtigt werden muss aber auch hier, dass nur knapp 15 Prozent der Befragten Globalisierung (eher) als Bedrohung empfinden. Die deutliche Mehrheit von mehr als zwei Dritteln sieht Globalisierung (eher) als Chance.

ABBILDUNG 12 Parteivertrauen nach politischer Verunsicherung

In Prozent



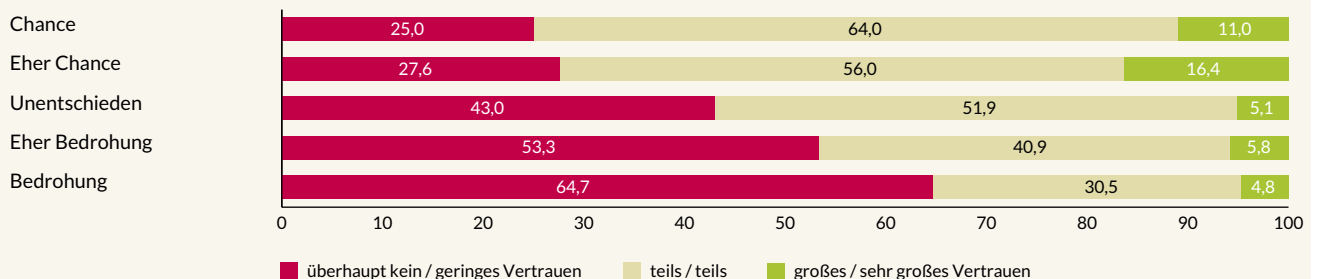
Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach Zustimmung zu der Aussage: „Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man richtig unsicher.“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

ABBILDUNG 13 Parteivertrauen nach Globalisierungsbewertung

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Sehen Sie die Globalisierung für sich persönlich eher als Bedrohung oder als Chance?“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

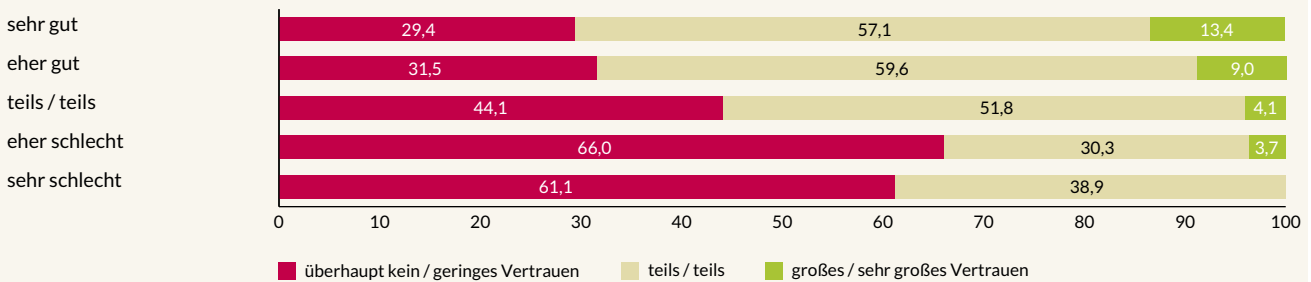
| BertelsmannStiftung

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

Wir wollen uns Erklärungsfaktoren ansehen, die sich auf das unmittelbare Umfeld von Bürgern beziehen. Denn es ist anzunehmen, dass politisches Vertrauen leidet, wenn Missstände im eigenen gesellschaftlichen Umfeld wahrzunehmen sind – egal ob objektiv gegeben oder nur subjektiv empfunden. Die Auswertungen zum empfundenen Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend bestätigen diese Annahme (vgl. Abbildung 14). So ist der Anteil der Bürger mit Misstrauen gegenüber Parteien höher, wenn sie den sozialen Zusammenhalt in ihrer Nachbarschaft schlecht oder eher schlecht empfinden. Je intakter der soziale Zusammenhalt im direkten Umfeld erscheint, desto häufiger sprechen Bürger Parteien ihr Vertrauen aus. Danach gefragt, wie sicher Bürger sich in ihrer Nachbarschaft fühlen, zeigt sich ein weniger ausgeprägter Zusammenhang mit dem Misstrauen gegenüber Parteien (vgl. Abbildung 15). Dieser erklärt sich zum Teil auch dadurch, dass sich über 90 Prozent der Bürger eher oder sehr sicher in ihrer Nachbarschaft fühlen und sich keine umfassende Verunsicherung zeigt.

ABBILDUNG 14 Parteivertrauen nach subjektivem Zusammenhalt in der Wohngegend

In Prozent



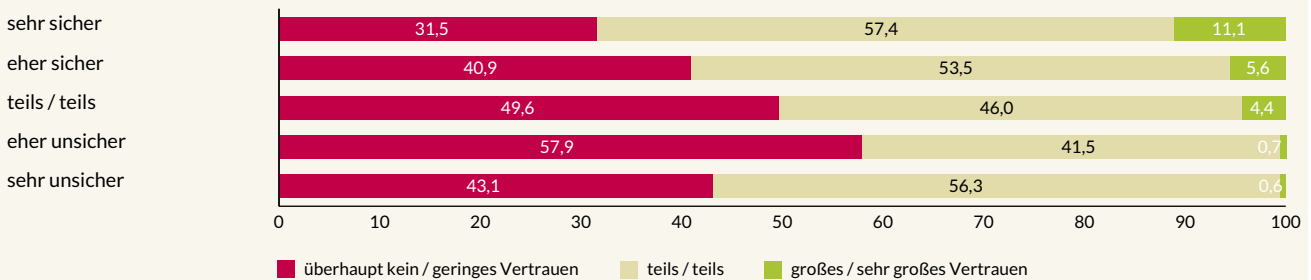
Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Und wenn Sie an die Gegend denken, in der Sie wohnen: Wie gut ist der Zusammenhalt dort?“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

BertelsmannStiftung

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

ABBILDUNG 15 Parteivertrauen nach Sicherheitsempfinden in der Nachbarschaft

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach den Antworten auf die Frage: „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Nachbarschaft?“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

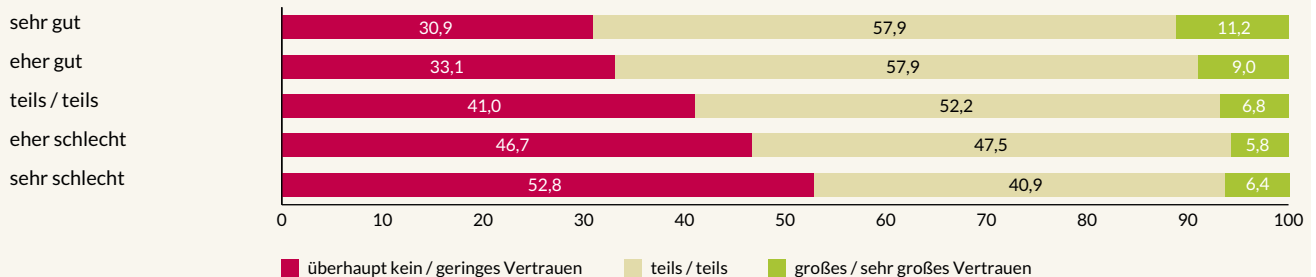
BertelsmannStiftung

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

Anzunehmen ist, dass nicht nur die subjektiven Einschätzungen, sondern auch objektive Kriterien des Umfelds der Bürger für das Parteivertrauen entscheidend sind. Die Bürger wurden unter anderem nach der Anerkennung sozialer Regeln in ihrer Nachbarschaft gefragt, was ebenfalls einen „Baustein“ für den gesellschaftlichen Zusammenhang darstellt (Bertelsmann Stiftung 2017: 24 f.). Aus den verschiedenen Items haben wir einen Index gebildet, der misst, wie intakt die Nachbarschaft der Bürger bzw. wie gut ihre Qualität ist. Zwar ist durch die Selbsteinschätzung der Befragten dieser Index bis zu einem gewissen Grad subjektiv geprägt, aber anders als bei der Frage nach dem sozialen Zusammenhalt wurde hier nach konkreten objektiven Gegebenheiten gefragt. Es zeigt sich, dass Bürger, die in intakten Nachbarschaften wohnen, seltener Misstrauen gegenüber Parteien kundtun (vgl. Abbildung 16). Der Zusammenhang ist schwächer als bei der subjektiven Einschätzung zum sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft (Abbildung 15). Dies kann als ein vager Hinweis darauf interpretiert werden, dass performanzbasiertes Vertrauen nicht zwangsläufig mit objektiven Gegebenheiten korrespondieren muss.

ABBILDUNG 16 Parteivertrauen nach Qualität der Nachbarschaft

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach einem Index zur Qualität der Nachbarschaft, gebildet aus den Antworten zu den Fragen: (1) „Gibt es eigentlich hier in der Nähe – ich meine so im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, in der Sie nachts nicht alleine gehen möchten?“, (2) „Gibt es in Ihrer Nachbarschaft Probleme mit folgenden Dingen: Hundekot auf der Straße, falsch oder behindernd parkende Autos, Farbschmierereien/Graffiti, Schmutz/Müll in den Straßen oder Grünanlagen, Ruhestörung, ‚herumlungernde‘ Betrunkene, Belästigung oder Beschimpfungen?“. Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

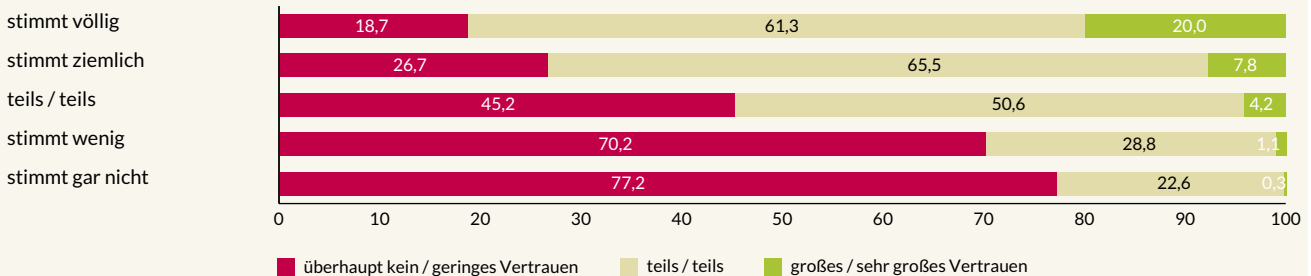
Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Ein weiterer Faktor, der eine performanzbasierte Erklärung darstellt, ist die Zufriedenheit mit der bestehenden Demokratie. Diese ist von der Befürwortung der Demokratie als beste Staatsform zu unterscheiden. Wir betrachten diesen Erklärungsfaktor bewusst zum Schluss, denn aus theoretischen Überlegungen beeinflussen die anderen performanzbasierten Erklärungen die Zufriedenheit bis zu einem gewissen Grad, sodass sie über die Zufriedenheit indirekt Einfluss auf das Parteivertrauen ausüben. Die Demokratiezufriedenheit zeigt einen sehr deutlichen Effekt auf das Misstrauen gegenüber Parteien (vgl. Abbildung 17). Der Anteil der Misstrauenden unter Bürgern, die ziemlich oder völlig zufrieden mit der Demokratie sind, ist deutlich niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt. Die klare Mehrheit derjenigen, die mit der Demokratie in Deutschland wenig bis gar nicht zufrieden sind, misstraut Parteien hingegen. Nahezu spiegelbildlich nimmt der Anteil der Parteien Vertrauenden mit der Demokratiezufriedenheit zu.

ABBILDUNG 17 Parteivertrauen nach Zufriedenheit mit der Demokratie

In Prozent



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Verteilung des Vertrauens in Parteien nach Zustimmung zu der Aussage: „Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden.“ Ausgenommen sind die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

In der bivariaten Auswertung zeigen die kulturalistischen Erklärungsfaktoren in Form von Parteiidentifikation und Demokratiebefürwortung Zusammenhänge mit dem Misstrauen in Parteien. Das Gleiche gilt für die performanzbasierten Erklärungen. Insbesondere Demokratiezufriedenheit zeigt im Vergleich einen starken Zusammenhang mit Parteivertrauen.

3.4.4.3 Multivariate Erklärungsmodelle für Misstrauen gegenüber Parteien

Bislang haben wir uns auf die Darstellung bivariater Zusammenhänge beschränkt. Das heißt, wir haben uns angesehen, wie der Anteil der Bürger ohne Vertrauen in Parteien anhand eines Merkmals oder einer Einstellung variiert. Dies lieferte erste Hinweise für mögliche Erklärungen für Misstrauen, lässt aber zwei Fragen unbeantwortet: Erstens ist noch ungeklärt, ob die Zusammenhänge nicht durch einen dritten Einflussfaktor entstehen. Als fiktives Beispiel wäre denkbar, dass sich der Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Parteien und der Bewertung der Globalisierung als Chance oder Bedrohung möglicherweise durch die subjektive wirtschaftliche Lage erklären ließe. Zweitens wissen wir anhand der bisherigen Analysen noch nicht, ob wir die Erkenntnisse verallgemeinern können. Denn der Datensatz ist eine Stichprobe, die aus der Grundgesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung zufällig gezogen wurde. Wie wahrscheinlich machen wir einen Fehler, wenn wir von Zusammenhängen in der Stichprobe auf Zusammenhänge in der wahlberechtigten Bevölkerung schließen? Um dies zu klären, bedarf es sogenannter „inferenzstatistischer Verfahren“. Um diese beiden offenen Fragen beantworten zu können, schätzen wir logistische Regressionsmodelle, deren Ergebnisse im Folgenden diskutiert werden.

Aufgrund von fehlenden Angaben in den verwendeten Variablen gehen 3.934 Fälle in die Schätzung multivariater Modelle ein. Die Fallzahl ist für die Schätzung multivariater Regressionsmodelle hinreichend groß. Der Fallzahlverlust von circa 18 Prozent bezogen auf das Sample ist jedoch nicht gering. Fast die Hälfte des Fallzahlverlustes wird durch fehlende Angaben bei der Frage nach der Partei-

identifikation verursacht. Insgesamt lässt sich aber keine Systematik hinsichtlich demographischer Verteilungen wie Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland erkennen. Alternativ geschätzte Modelle ohne Berücksichtigung der Parteiidentifikation zeigen keine systematischen Verzerrungen. Für die Regressionsanalyse wurde auf die Gewichtung nach soziodemographischen Variablen verzichtet.

Das Misstrauen gegenüber Parteien dient in allen Modellen als zu erklärende Variable. Insgesamt haben wir vier Modelle geschätzt (vgl. Tabelle 1). Modell 1 erklärt Misstrauen anhand kulturalistischer Erklärungsfaktoren: Inwiefern entsteht Misstrauen auf Basis von fehlenden Ähnlichkeiten und gemeinsamen Werten? Modell 2 erklärt Misstrauen anhand von performanzbasierten Erklärungsfaktoren: Inwiefern fußt Misstrauen auf Erfahrungen und Leistungsbewertungen? Modell 3 stellt eine Kombination aus den ersten beiden Modellen dar, um die gemeinsame Erklärungsleistung zu testen. Ebenso ist Modell 4 eine Kombination, aber reduziert auf die Erklärungsfaktoren, die sich in den vorherigen Modellen als zentral erwiesen haben, um ihre alleinige Erklärungsleistung zu prüfen. In allen Modellen, bis auf Modell 4, wird auf den Einfluss soziodemographischer Variablen (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Region) kontrolliert. Das Haushaltsnettoeinkommen wird in den Modellen nicht berücksichtigt, da ein unverhältnismäßiger Fallzahlverlust damit einhergehen würde. Zu wenige Befragte haben Angaben zu ihrem Haushaltsnettoeinkommen gemacht.

Das zentrale Ergebnis des ersten Modells ist, dass die Parteiidentifikation von Bürgern sich positiv auf das Vertrauen in Parteien auswirkt – wobei eine wechselseitige Wirkung auch aus theoretischen Überlegungen nicht auszuschließen ist. Wer sich mit einer Partei identifizieren kann, hat im Vergleich zu Bürgern ohne Parteiidentifikation seltener Misstrauen. Zwei Ausnahmen springen jedoch ins Auge: AfD-Anhänger und Bürger, die sich mit kleineren Parteien identifizieren, zeigen keinen signifikanten Unterschied zu Bürgern ohne Parteiidentifikation. Hier zeigt sich der Effekt der Parteiidentifikation bemerkenswerterweise nicht. Darüber hinaus kann dem Modell entnommen werden, dass auch die Befürwortung von Demokratie einen Effekt auf das Misstrauen hat: Je ausgeprägter die demokratische Überzeugung, desto unwahrscheinlicher ist es, dass Bürger Parteien misstrauen. Das Modell zeigt, dass sich im Zusammenspiel mit den kulturalistischen Erklärungsfaktoren keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Bürgern anhand der soziodemographischen Variablen zeigen. Das Alter spielt für das Misstrauen keine Rolle, ebenso das Geschlecht oder die Herkunft aus Ost- bzw. Westdeutschland. Lediglich Bürger mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau misstrauen Parteien eher als Bürger mit hohem Bildungsniveau. Kontrolliert man, wie in den weiteren Regressionsmodellen, auf performanzbasierte Erklärungen, zeigt sich dieser Bildungseffekt so jedoch nicht mehr.

Interessant sind die Effekte der performanzbasierten Erklärungsfaktoren im zweiten Modell: Je zufriedener Bürger mit der Demokratie sind, desto seltener misstrauen sie Parteien. Einen ähnlichen Effekt zeigt das Gerechtigkeitsempfinden: Wer das Gefühl hat, dass die Verhältnisse sozial gerecht sind, misstraut Parteien seltener. Keinen Effekt zeigen die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage oder die objektiven sozioökonomischen Strukturdaten der Region in Form der durchschnittlichen Kaufkraft pro Einwohner. Auch die Qualität der unmittelbaren Nachbarschaft hat keinen Einfluss auf das Parteivertrauen. Genauso wenig spielt es eine Rolle, wie sicher sich jemand in der Nachbarschaft

fühlt. Als entscheidend erweist sich dagegen, wie der soziale Zusammenhalt in der Nachbarschaft wahrgenommen wird. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen von Sachweh und Sthamer (2016: 208) zum Gerechtigkeitsempfinden: Objektive soziale Ungleichheit wirkt sich nicht zwangsläufig negativ aus, sondern erst, wenn Ungleichheit auch mit einem Ungerechtigkeitsempfinden einhergeht. Daraus folgen dann, so Sachweh und Sthamer, Protesthandlungen oder soziale Konflikte, aber auch der Rückzug aus dem Politischen. Weiterhin zeigt Modell 2, dass Bürger, die durch politische Ereignisse der letzten Jahre nicht verunsichert wurden oder Globalisierung eher als Chance denn als Bedrohung wahrnehmen, seltener zu Misstrauen neigen. Diese Effekte sind aber schwächer als die der Demokratiezufriedenheit und des Gerechtigkeitsempfindens. Angesichts dessen, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger sich gar nicht durch die Globalisierung bedroht oder durch vergangene Ereignisse verunsichert fühlt, ist dies wenig überraschend.

Modell 3 vereint die performanzbasierten und kulturalistischen Erklärungsfaktoren. Dabei zeigt sich, dass die kulturalistischen Faktoren alleine weniger zur Erklärung des Misstrauens gegenüber Parteien beitragen als die performanzbasierten, aber diese gut ergänzen. Die Befürwortung von Demokratie als beste Staatsform zeigt hier keinen Einfluss auf das Misstrauen gegenüber Parteien. Soziodemographische Variablen zeigen keine bedeutenden Effekte mit der Ausnahme, dass Frauen, auch wenn sie sich in keinem der Faktoren von Männern unterscheiden würden, seltener zu Misstrauen gegenüber Parteien neigen. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die wir bei der bivariaten Auswertung sehen konnten, lassen sich auf die anderen Erklärungsfaktoren zurückführen. Bürger aus Ost- und Westdeutschland, die sich in allen Erklärungsfaktoren ähneln, unterscheiden sich nicht systematisch hinsichtlich ihres Misstrauens gegenüber Parteien.

Modell 4 berücksichtigt keine Kontrollvariablen und nur diejenigen Erklärungsvariablen aus den vorherigen Modellen, die sich als bedeutsam erwiesen haben. Dieses Modell liefert die beste Erklärung mit sparsamer Modellierung für das Misstrauen in Parteien. Auch ohne die soziodemographischen Kontrollvariablen bleiben die Effekte der Erklärungsvariablen stabil und auch die Modellgüte verschlechtert sich dadurch nicht. Die soziodemographischen Variablen sind dementsprechend zur Erklärung des Misstrauens in Parteien vernachlässigbar. Die Quintessenz von Modell 4 lässt sich wie folgt zusammenfassen: Wer sich auf Grundlage gemeinsamer Werte und Ähnlichkeiten mit einer Partei identifiziert, neigt auch seltener dazu, Parteien zu misstrauen. Eine Ausnahme stellen Anhänger der AfD und kleinerer Parteien dar. Entscheidender aber als die Parteiidentifikation ist, ob Bürger das Gefühl haben, dass es in Deutschland politisch und gesellschaftlich funktioniert. Wer zufrieden ist mit den Leistungen des demokratischen Systems und dem sozialen Zusammenhalt im eigenen Umfeld, der hat eher Vertrauen in Parteien. Wer das Gefühl hat, dass es in Deutschland gerecht zugeht, tendiert seltener zu Misstrauen.

TABELLE 1 Binär-logistische Modelle zur Erklärung fehlenden Vertrauens in politische Parteien

MISSTRAUEN GEGENÜBER POLITISCHEN PARTEIEN ODDS-RATIOS	MODELL 1	MODELL 2	MODELL 3	MODELL 4
KONTROLLVARIABLEN				
Alter (in Jahren)	1,00	1,00	1,01*	
Geschlecht (Referenz: Männer)				
Frauen	0,97	0,80**	0,81**	
Region (Referenz: Ostdeutschland)				
Westdeutschland	1,04	1,19	1,34*	
Bildungsniveau (Referenz: hoch)				
niedrig	1,25*	1,08	1,02	
mittel	1,26**	1,19*	1,14	
KULTURALISTISCHE ERKLÄRUNGSFAKTOREN: ZUGEHÖRIGKEITSBASIERT				
Parteiidentifikation (Referenz: keine Parteiidentifikation)				
CDU / CSU	0,31***		0,44***	0,45***
SPD	0,38***		0,44***	0,46***
FDP	0,39***		0,55**	0,58**
Grüne	0,42***		0,47***	0,46***
Die Linke	0,71*		0,61**	0,61**
AfD	1,37		0,68	0,73
Sonstige	1,20		0,88	0,86
Befürwortung von Demokratie	0,74***		0,93	
PERFORMANZBASIERTE ERKLÄRUNGSFAKTOREN: ERFAHRUNGSBASIERT				
Zufriedenheit mit Demokratie		0,56***	0,62***	0,61***
subjektive wirtschaftliche Lage		0,99	1,02	
Gerechtigkeitsempfinden		0,69***	0,69***	0,70***
Globalisierung als Chance		0,91***	0,92***	0,91***
politische Verunsicherung		0,87***	0,87***	0,87***
Zusammenhalt in der Nachbarschaft		0,88**	0,89*	0,88**
Sicherheitsempfinden in der Nachbarschaft		0,99	0,99	
Qualität der Nachbarschaft		0,94	0,93	
Kaufkraft je Einwohner (in Euro) in der Region (HROR)		1,00	1,00	
KONSTANTE UND ALLGEMEINE STATISTISCHE ANGABEN				
Konstante	1,89***	18,89***	24,12***	18,65***
N	3.934	3.934	3.934	3.934
Nagelkerkes R ²	0,13	0,22	0,24	0,24
AIC	4.059,9	4.402,9	4.330,2	3.588,6

Anmerkung: *p<0,05 **p<0,01 ***p<0,001. Dargestellt sind die Ergebnisse logistischer Regressions-schätzungen mittels Odds-Ratio-Koeffizienten. Odds-Ratios sind Chancenverhältnisse. Die richtige Interpretation ist weder trivial noch intuitiv. Vereinfacht kann man sagen: Werte kleiner als 1 deuten auf einen negativen Zusammenhang hin, Werte größer 1 auf einen positiven. Beispiel: Ein Odds-Ratio von 1,25 für niedrige Bildung in Modell 1 bedeutet, dass Befragte mit dieser Eigenschaft eine höhere Chance auf fehlendes Vertrauen haben als Befragte mit hoher Bildung (Referenzgruppe). Ein Odds-Ratio von 0,74 für Befürwortung von Demokratie in Modell 1 bedeutet, dass die Chance auf Misstrauen abnimmt, je höher die Befürwortung von Demokratie ist. Die Sterne zeigen das Signifikanzniveau der Schätzung an. Vereinfacht kann man sagen: Bei Odds-Ratios, die mit Sternchen gekennzeichnet sind, ist es sehr unwahrscheinlich, dass der Zusammenhang zufallsbedingt durch die Stichprobe zustande kommt. Je mehr Sternchen, desto sicherer können wir von der Stichprobe unseres Modells auf die Grundgesamtheit verallgemeinern. Nagelkerkes R² und AIC geben Aufschluss darüber, wie gut das Modell fehlendes Vertrauen erklärt. Im Großen und Ganzen gilt: Je höher die Werte des R² und je geringer der AIC-Wert, desto besser ist das Modell.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017; ungewichtete Ergebnisse; eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

3.5 Konsequenzen und Schlussfolgerungen

Den Ausgangspunkt für unsere Untersuchungen bildete das über einen langen Zeitraum auffällig geringe Vertrauen der Bürger in Parteien. Daraus ergaben sich zwei zentrale Fragen, denen wir in unseren Analysen nachgegangen sind: Welche Bürger haben kein Vertrauen (mehr) in Parteien? Und warum fehlt ihnen das Vertrauen? Gerade vor dem Hintergrund, dass das politische Vertrauen als ein „Baustein“ des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Sinne der „Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders“ (Bertelsmann Stiftung 2017: 25) begriffen werden kann, kommt diesen Fragen nicht nur eine rein wissenschaftliche, sondern auch eine hohe gesellschaftliche Relevanz zu. Ein Vertrauensdefizit hat auf den ersten Blick vor allem für die Parteien selbst Folgen. Aber in diesen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingeordnet, offenbart sich auf den zweiten Blick die tatsächliche Tragweite der Problematik des Misstrauens gegenüber Parteien.

Der Befund ist eindeutig. In allen Bevölkerungskreisen übertrifft das Misstrauen das Vertrauen bei Weitem. Es sind, wie man optimistisch annehmen könnte, mehrheitlich nicht die politisch interessierten Bürger, die Parteien mit einem gesunden Misstrauen als aufgeklärter kontrollierender Souverän gegenüberstehen. Vor allem unter Bürgern, die über niedriges Einkommen und weniger Bildung verfügen, ist das Misstrauen Parteien gegenüber ausgeprägt. Die Tatsache, dass sich das Misstrauen in diesen benachteiligten Bevölkerungskreisen konzentriert, sollte aufhorchen lassen.

Unsere Auswertungen zeigen, dass Misstrauen sich in sozioökonomisch schwächer gestellten Bevölkerungskreisen konzentriert, aber sozioökonomische Merkmale selbst es nicht erklären. Bürgern fehlt das Vertrauen in Parteien nicht einfach, weil ihre eigene wirtschaftliche Lage schlecht ist oder sie diese als schlecht empfinden. Sondern Bürger, die kein Vertrauen in Parteien mehr haben, sind meist unzufrieden mit den Leistungen der Demokratie – was nicht mit einer Ablehnung von Demokratie gleichzusetzen ist. Das Misstrauen resultiert aus negativen Erfahrungen mit der politischen Arbeit von Parteien, aus unerfüllten Erwartungen und Enttäuschungen. Das Vertrauen leidet, wenn Bürger das Gefühl haben, dass gesellschaftliche Verhältnisse nicht gerecht sind oder sie gesellschaftlichen Zusammenhalt vermissen. Bürger, die das Gefühl haben, die Politik kümmere sich nicht um ihre Probleme, verlieren das Vertrauen (Hillje 2018: 5). Diese Einstellungen, Bewertungen und Erfahrungen sind unter sozioökonomisch schwächer gestellten Bürgern weiter verbreitet.

Zwar lässt es sich mit den vorhandenen Daten nicht überprüfen, aber es ist anzunehmen, dass tagespolitische Ereignisse das Vertrauensverhältnis zusätzlich belasten: „Zahllose Skandale erwecken [...] den Eindruck, dass das politische Personal nur noch an sich oder seine Klientel denkt, nicht aber an das Gemeinwohl“ (Hartmann 2017: 10). Die Analysen von Faus, Faus und Gloger (2016: 47) zeigen, dass Unzufriedenheit und damit verbundene Vertrauensverluste unter anderem daraus resultieren, dass Bürger das Gefühl haben, Parteien und Politiker

seien von ihren Alltagsproblemen weit entfernt. Alles in allem kann das niedrige Vertrauen in Parteien daher nicht als bloße Unmutsbekundung weniger Bürger abgetan werden.

Was bedeutet das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Politisches Vertrauen – und damit auch Vertrauen in Parteien – ist schließlich einer von neun „Bausteinen“ für diesen Zusammenhalt (Bertelsmann Stiftung 2017: 25). Studien des von der Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufenen „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ weisen insgesamt, wenn man alle „Bausteine“ einzeln und in Gänze betrachtet, keinesfalls auf eine Erosion des Zusammenhalts hin (Unzicker 2016: 31). Und was bedeuten die Ergebnisse zum niedrigen Vertrauen in die Parteien für Demokratie? Mannewitz und Vollmann (2018: 27) haben, ebenfalls mit den Daten des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“, die Demokratieunterstützung in Deutschland untersucht. Sie gelangen zu dem Schluss, dass die Demokratie in Deutschland „sturmfest“ ist und „[...] weder die politische Gemeinschaft als solche noch die Demokratie als Staatsform zur Disposition [stehen]. Kassandrarufe zeugen darum von Alarmismus.“

Warum ist es dennoch nicht unproblematisch, wenn viele Bürger kein Vertrauen in Parteien haben? Das derzeitige Ausmaß von Misstrauen lässt den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht erodieren und stellt die Demokratie nicht zur Disposition. Der Vertrauensverlust der Bürger geht auch nicht zwangsläufig mit einer Ablehnung der Demokratie einher. Aber fehlendes Vertrauen in Parteien droht den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie dennoch zu beschädigen, denn: „Politische Unterstützung und damit auch politisches Vertrauen sind das Lebenselixier von Demokratien“ (Zmerli 2016: 198). Dies wird deutlich, wenn wir uns die Konsequenzen des niedrigen Vertrauensniveaus für die Gesellschaft vor Augen führen. Mittlerweile ist ein „politischer Riss“ (a. a. O.: 176) zu erkennen, der durch die Gesellschaft geht und sich auf den Zusammenhalt auswirkt.

Zum einen neigen Bürger aufgrund von fehlendem politischen Vertrauen zu politischer Apathie. Sie interessieren sich nicht mehr für Politik, sie fühlen sich durch diese nicht mehr repräsentiert und beachtet und beteiligen sich letztlich auch nicht mehr an Wahlen oder anderen Möglichkeiten politischer Partizipation. In Anbetracht dessen wird klar, warum es aufhorchen lassen sollte und problematisch für die Demokratie ist, dass sich Misstrauen in sozioökonomisch schwächeren Milieus konzentriert. „In short, it does matter who participates“ (Verba et al. 1993: 314). Wie aus der Partizipationsforschung lange bekannt ist, schenken Akteure des politischen Systems vor allem den Belangen derjenigen Aufmerksamkeit, die sich aktiv am demokratischen Willensbildungsprozess beteiligen (Verba et al. 1995: 163). Wenn insbesondere sozioökonomisch schlechter gestellte Bürger sich mangels Vertrauen nicht mehr politisch beteiligen, werden „ihre Bedürfnisse und Interessenlagen in der demokratischen Öffentlichkeit unsichtbar“ (Sachweh und Sthamer 2016: 243). So droht ein sich selbst verstärkender Prozess in Gang gesetzt zu werden: „Sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und wenden sich deshalb von der Politik ab, die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert“ (Elsässer, Hense und Schäfer 2017: 178). Die Demokratie droht Schaden zu nehmen, nicht einfach weil das Misstrauen ausgeprägt ist. Es kommt auch darauf an, wer Parteien nicht (mehr) vertraut.

Zum anderen muss aus Misstrauen nicht immer ein Rückzug aus dem Politischen erfolgen. Mittlerweile, das zeigen die letzten Jahre sehr deutlich, wissen Parteien, die sich selbstbewusst als Antiestablishment gerieren, fehlendes politisches Vertrauen erfolgreich zu nutzen. „Das Gespenst des Populismus, das Europa und die Welt derzeit heimsucht, wird oft unter Verweis auf die empfundene Machtlosigkeit breiter Bevölkerungskreise gedeutet und ist damit auch eine Reaktion auf fehlendes Vertrauen“ (Hartmann 2017: 12). Beispielsweise zeigen Nachwahlanalysen, dass gerade in Stimmbezirken mit sonst niedriger Wahlbeteiligung diese bei der Bundestagswahl 2017 wieder anstieg, da es die AfD dort vermochte, Wähler zu mobilisieren (Vehrkamp und Wegschaidt 2017: 19). Es zeigt, dass ausgeprägtes Misstrauen nicht (mehr) nur politische Apathie zur Folge haben muss, sondern auch die Wahlergebnisse von rechtspopulistischen und im Kern antidemokratischen Parteien befördern kann. Um nicht missverstanden zu werden: Daraus folgt nicht, dass fehlendes Vertrauen der entscheidende Grund für Bürger ist, die AfD zu wählen. Die Analysen Schröders (2018: 2) legen nahe, dass AfD-Wähler diese Partei vielmehr aufgrund einer ausländerfeindlichen Einstellung unterstützen. Und wie Lengfeld (2017: 227) analysiert, haben „Personen mit geringem Bildungsgrad, Arbeiter, Bezieher kleiner Einkommen sowie Personen, die sich von der gesellschaftlichen Entwicklung benachteiligt fühlen, keine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit [...] für die AfD zu stimmen.“

Neben den beiden aufgezeigten Konsequenzen ist das Ausmaß des fehlenden Vertrauens aus einem dritten Grund nicht als unbedenklich abzutun. Das Vertrauen in Parteien geht verloren, weil Bürger unzufrieden sind und das Gefühl haben, dass es nicht gerecht zugeht, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt fehlt, und sie unzufrieden sind mit einer Politik, die sich nicht um ihre Probleme kümmert. Wenn bereits in heutigen Zeiten wirtschaftlicher Prosperität das Vertrauen auf einem derart niedrigen Niveau ist, muss die Frage gestellt werden, wie sich das Vertrauen in einer möglichen wirtschaftlichen Rezession entwickelt. Vor dem Hintergrund, dass gerade in politischen und wirtschaftlichen Krisen aber politischer Unterstützung und damit auch politischem Vertrauen eine herausragende Bedeutung zukommt (Zmerli 2016: 176), ist dies berechtigterweise ein Anlass zur Sorge.

Wie kann Vertrauen zurückgewonnen werden? Populistische Parteien nutzen Misstrauen und fehlendes Vertrauen gezielt für ihre politische Agenda aus. Sie forcieren bewusst die Spaltung: „Wir hier unten“, das Volk, gegen „die da oben“, die politischen Eliten. Diese Politik zu kopieren, ist erstens kein vielversprechender, und zweitens aus demokratischer Haltung heraus kein gangbarer Weg. Wie die demokratischen Parteien das Vertrauen der Bürger (wieder-)gewinnen können, zeigt sich bei der Betrachtung, wie es überhaupt verloren geht: Durch fehlende Identifikation, aber vor allem aufgrund enttäuschter Erwartungen sowie Unzufriedenheiten. Parteien müssen präsent und greifbar sein, zur Partizipation und Beteiligung ermutigen, damit auch in einer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft Bürger sich mit ihnen identifizieren können. Vor allem darf Politik sich nicht zurückziehen oder beliebig werden. Parteien müssen auf gesellschaftliche Fragen und Herausforderungen Antworten liefern, die großen Probleme und kleinen Alltagsorgen der Bürger lösen. Wenn Bürger das Gefühl haben, dass Parteien und Politiker leistungsfähig sind und Lösungskompetenzen haben, dann gewinnen sie Vertrauen (zurück). Und Parteien müssen ihr Handeln so ausrichten, dass es von Bürgern nicht als Klientelpolitik und Selbstbedienungsmentalität

empfunden wird. „Insgesamt erwartet die Bevölkerung, dass Politik mehr für ‚normale‘ Menschen gemacht wird und nicht so sehr wirtschaftliche Partikularinteressen berücksichtigt werden. Auf diese Weise könnte auch die Glaubwürdigkeit von Politik und Parteien gefördert werden“ (Faus, Faus und Gloger 2016: 87). Parteien müssen es schaffen, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen und auf ihre Bedürfnisse mit Problemlösungskompetenz zu reagieren, um der Distanzierung, die sich in einem gestörten Vertrauensverhältnis ausdrückt, entgegenzuwirken. Wenn Bürger den Eindruck haben, dass Parteien einen guten Job machen, gewinnen sie wieder Vertrauen (zurück).

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (2017).** *Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt.* Gütersloh.
- Biehl, Heiko (2013).** „Noch vertrauenswürdig? Konzept und Empirie des gesellschaftlichen Vertrauens in politische Parteien“. *Abkehr von den Parteien?* Hrsg. Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne und Uwe Jun. Wiesbaden. 67–92.
- Easton, David (1975).** „A Re-Assessment of the Concept of Political Support“. *British Journal of Political Science* (5) 4. 435–457.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense und Armin Schäfer (2017).** „Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (27). 161–180.
- Faus, Jana, Rainer Faus und Alexandra Gloger (2016).** *Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland.* Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Gabriel, Oscar (2013).** „Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien“. *Handbuch Parteienforschung.* Hrsg. Oskar Niedermayer. Wiesbaden. 319–347.
- Hartmann, Martin (2017).** *Krise des Vertrauens – Politik in der Krise?* Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Hillje, Johannes (2018).** *Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich.* Hrsg. Das Progressive Zentrum e.V. Berlin.
- Jun, Uwe (2013).** „Typen und Funktionen von Parteien“. *Handbuch Parteienforschung.* Hrsg. Oskar Niedermayer. Wiesbaden. 119–144.
- Lengfeld, Holger (2017).** „Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (69) 2. 209–232.
- Mannewitz, Tom, und Erik Vollmann (2018).** *Zufrieden – unzufrieden – demokratisch – skeptisch? Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017.* Gütersloh.
- Merkel, Wolfgang, und Werner Krause (2015).** „Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern“. *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie.* Hrsg. Wolfgang Merkel. Wiesbaden. 45–65.
- Niedermayer, Oskar (2013).** „Keine Parteienverdrossenheit, aber Parteienkritik. Die Bürgerorientierungen gegenüber den Bundestagsparteien“. *Abkehr von den Parteien?* Hrsg. Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne und Uwe Jun. Wiesbaden. 45–65.
- Sachweh, Patrick, und Evelyn Sthamer (2016).** „Gerechtigkeitsempfinden. Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener Ungerechtigkeit“. *Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.* Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 11–35.

Schröder, Martin (2018). „AfD-Unterstützter sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich“. *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research* 975. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Berlin.

Unzicker, Kai (2016). „Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält“. *Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 11–35.

Vehrkamp, Robert, und Klaudia Wegschaider (2017). *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman und Henry E. Brady (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, Henry E. Brady und Norman H. Nie (1993). „Citizen Activity. Who Participates? What Do They Say?“. *American Political Science Review* (87) 2. 303–318.

Zmerli, Sonja (2016). „Vertrauen in Institutionen. Die Bedeutung politischer Unterstützung angesichts krisenhafter Entwicklungen“. *Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 175–205.

ANHANG

TABELLE 2 Fragetext und Operationalisierung der verwendeten Variablen aus dem Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt 2017

VARIABLE	FRAGETEXT	OPERATIONALISIERUNG		
Vertrauen in politische Institutionen	Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: (1) Politische Parteien (2) Gerichte (3) Polizei (4) Landesregierung (5) Landtag (6) Bundesregierung	(7) Bundestag (8) Europäische Kommission (9) Europäisches Parlament Skala: 1 = überhaupt kein Vertrauen 2 = geringes Vertrauen 3 = teils / teils 4 = großes Vertrauen 5 = sehr großes Vertrauen	Zusammenfassung und Recodierung der 5er-Skala auf eine 3er-Skala: 0 = geringes / überhaupt kein Vertrauen 1 = teils / teils 2 = großes / sehr großes Vertrauen	
Misstrauen gegenüber Parteien	Sagen Sie mir bitte für jede Einrichtung oder Organisation, die ich Ihnen jetzt vorlese, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen: Politische Parteien.	Skala: 1 = überhaupt kein Vertrauen 2 = geringes Vertrauen 3 = teils / teils 4 = großes Vertrauen 5 = sehr großes Vertrauen	Zusammenfassung und Recodierung der 5er-Skala zu einer dichotomen Variable: 0 = teils / teils bis sehr großes Vertrauen 1 = geringes bis überhaupt kein Vertrauen	
Alter in Jahren	Sagen Sie mir bitte, wie alt Sie sind.	Skala: Alter in Jahren	Codierung entspricht Altersangabe	
Alter kategorisiert	Sagen Sie mir bitte, wie alt Sie sind.	Skala: Alter in Jahren	Kategorisierung in 6 Altersgruppen: 0 = 18–29 Jahre	
Haushaltsnettoeinkommen kategorisiert	(1) Wenn Sie jetzt alle Einkommensarten zusammennehmen: Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine damit das gesamte Einkommen aller Personen, die zu Ihrem Haushaltseinkommen beitragen. (2) Statt einer genauen Angabe genügt auch eine einfache Kategorie. Bitte sagen Sie mir, wenn eine der folgenden Kategorien auf Ihren Haushalt zutrifft.	Skala: Einkommen in Euro 1 = bis 500 Euro 2 = bis 1.000 Euro 3 = bis 1.500 Euro 4 = bis 2.000 Euro 5 = bis 2.500 Euro 6 = bis 3.000 Euro 7 = bis 3.500 Euro 8 = bis 4.000 Euro 9 = bis 4.500 Euro 10 = bis 5.000 Euro 11 = mehr als 5.000 Euro	Zusammenfassung beider Variablen und ihrer Ausprägungen in 4 Einkommensgruppen: 0 = bis 2.000 Euro 1 = 2.001 Euro bis 3.000 Euro 2 = 3.001 Euro bis 4.000 Euro 3 = mehr als 4.001 Euro	
Bildungsniveau	Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie? Skala: 1 = Schule beendet ohne Abschluss 2 = Volks- / Hauptschulabschluss 3 = Mittlere Reife, Realschulabschluss (Fachschulreife) 4 = Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 8. Klasse	5 = Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 10. Klasse 6 = Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.) 7 = Abitur (Hochschulreife) oder Erweiterte Oberschule (EOS) mit Abschluss 12. Klasse oder Berufsausbildung mit Abitur 8 = einen anderen Schulabschluss 9 = bin noch Schüler	Zusammenfassung und Recodierung auf 3er-Skala: 0 = niedriges Bildungsniveau (ohne Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss, POS mit Abschluss 8. Klasse) 1 = mittleres Bildungsniveau (Mittlere Reife, Realschulabschluss, POS mit Abschluss 10. Klasse) 2 = hohes Bildungsniveau (Fachhochschulreife, Abitur, EOS mit Abschluss 12. Klasse)	Für die logistischen Regressionsmodelle werden zudem Dummy-Variablen mit Codierung 0 / 1 für jede dieser drei Ausprägungen gebildet.
Ost / West			Entsprechend des Bundeslandes, in dem Befragte wohnen, codiert: 0 = Ostdeutschland 1 = Westdeutschland	
Wahlwahrscheinlichkeit	Wenn die nächsten Wahlen anstehen, für die Sie wahlberechtigt sind, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie tatsächlich zur Wahl gehen?	Skala: 1 = sehr unwahrscheinlich 2 = eher unwahrscheinlich 3 = eher wahrscheinlich 4 = sehr wahrscheinlich	Recodierung: 0 = sehr unwahrscheinlich 1 = eher unwahrscheinlich 2 = eher wahrscheinlich 3 = sehr wahrscheinlich	
Partei-identifikation	Welcher politischen Partei stehen Sie näher als allen anderen Parteien?	Skala: 1 = CDU / CSU 2 = SPD 3 = Bündnis90 / Grüne 4 = AfD 5 = Die Linke 6 = FDP 7 = NPD 8 = einer anderen Partei 9 = keiner	Zusammenfassung und Recodierung: 1 = CDU / CSU 2 = SPD 3 = Bündnis90 / Grüne 4 = AfD 5 = Die Linke 6 = FDP 7 = Sonstige (NPD, einer anderen Partei) 8 = keiner	Für die logistischen Regressionsmodelle werden zudem Dummy-Variablen mit Codierung 0 / 1 für jede dieser acht Ausprägungen gebildet.

VARIABLE	FRAGETEXT	OPERATIONALISIERUNG	
Befürwortung von Demokratie	Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? ... Die Demokratie ist die beste Staatsform.	Skala: 1 = stimmt gar nicht 2 = stimmt wenig 3 = teil / teils 4 = stimmt ziemlich 5 = stimmt völlig	Recodierung: 0 = stimmt gar nicht 1 = stimmt wenig 2 = teils / teils 3 = stimmt ziemlich 4 = stimmt völlig
Demokratie-performanz	Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? ... Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden.	Skala: 1 = stimmt gar nicht 2 = stimmt wenig 3 = teil / teils 4 = stimmt ziemlich 5 = stimmt völlig	Recodierung: 0 = stimmt gar nicht 1 = stimmt wenig 2 = teils / teils 3 = stimmt ziemlich 4 = stimmt völlig
subjektive wirtschaftliche Lage	Wie beurteilen Sie Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage? Ist diese ...	Skala: 1 = sehr schlecht 2 = schlecht 3 = gut 4 = sehr gut	Recodierung: 0 = sehr schlecht 1 = schlecht 2 = gut 3 = sehr gut
Gerechtigkeits-empfinden	Nun folgen weitere Aussagen. Bitte sagen Sie mir wieder jeweils, ob diese völlig, ziemlich, teil / teils, wenig oder gar nicht stimmen. (1) Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht. (2) Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet. (3) Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.	(4) Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat. Jeweilige Skala: 1 = stimmt gar nicht 2 = stimmt wenig 3 = teils / teils 4 = stimmt ziemlich 5 = stimmt völlig	Jeweilige Recodierung: 0 = stimmt gar nicht 1 = stimmt wenig 2 = teils / teils 3 = stimmt ziemlich 4 = stimmt völlig Anschließend Bildung eines gerundeten Mittelwertindex für alle Fälle, die in maximal zwei der Variablen einen Fehlwert aufweisen, mit folgender Codierung: 0 = sehr schlecht 1 = eher schlecht 2 = teils / teils 3 = eher gut 4 = sehr gut
Globalisierungsbewertung	Sehen Sie die Globalisierung für sich persönlich eher als Bedrohung oder als Chance? Auf einer Skala von 0 bis 10, bei der 0 für Bedrohung und 10 für Chance steht, wo würden Sie sich verorten?	Skala: Skalenwert von 0 bis 10	Zusammenfassung und Recodierung: 0 = Bedrohung (0-2) 1 = Eher Bedrohung (3-4) 2 = Unentschieden (5) 3 = Eher Chance (6-7) 4 = Chance (8-10) Für die logistischen Regressionsmodelle wurde die ursprüngliche 11er-Skala von 0 bis 10 verwendet.
Verunsicherung	Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? ... Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man richtig unsicher.	Skala: 1 = stimmt gar nicht 2 = stimmt wenig 3 = teils / teils 4 = stimmt ziemlich 5 = stimmt völlig	Recodierung: 0 = stimmt völlig 1 = stimmt ziemlich 2 = teils / teils 3 = stimmt wenig 4 = stimmt gar nicht
Zusammenhalt in der Nachbarschaft	Und wenn Sie an die Gegend denken, in der Sie wohnen: Wie gut ist der Zusammenhalt dort?	Skala: 1 = sehr schlecht 2 = eher schlecht 3 = teils / teils 4 = eher gut 5 = sehr gut	Recodierung: 0 = sehr schlecht 1 = eher schlecht 2 = teils / teils 3 = eher gut 4 = sehr gut
Sicherheitsgefühl in der Nachbarschaft	Ganz allgemein: Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Nachbarschaft?	Skala: 1 = sehr unsicher 2 = eher unsicher 3 = teils / teils 4 = eher sicher 5 = sehr sicher	Recodierung: 0 = sehr unsicher 1 = eher unsicher 2 = teils / teils 3 = eher sicher 4 = sehr sicher
Qualität der Nachbarschaft	(1) Gibt es eigentlich hier in der Nähe – ich meine so im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, in der Sie nachts nicht alleine gehen möchten? (2) Gibt es in Ihrer Nachbarschaft Probleme mit folgenden Dingen? a. Hundekot auf der Straße b. Falsch oder behindernd parkende Autos	c. Farbschmierereien / Graffiti d. Schmutz / Müll in den Straßen oder Grünanlagen e. Ruhestörung f. „Herumlungernde“ Betrunkene g. Belästigung oder Beschimpfungen Jeweilige Skala: 0 = Nein 1 = Ja	Bilden eines Summenindex, der durch Zwei geteilt und umgepolt wird, um folgende Codierung zur Qualität der Nachbarschaft zu erhalten: 0 = sehr schlecht 1 = eher schlecht 2 = teils / teils 3 = eher gut 4 = sehr gut

Über die Autoren

Rainer Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Autor sowie Gründer und Geschäftsführer der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. In den vergangenen zehn Jahren hat er zahlreiche Publikationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht. Mit pollytix berät er auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kunden aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Dr. Tom Mannewitz ist Juniorprofessor für politikwissenschaftliche Forschungsmethoden an der Technischen Universität Chemnitz. Seine Forschungsschwerpunkte sind regionale politische Kulturforschung, politischer Extremismus und Demokratieforschung, insbesondere mit einem komparativen Schwerpunkt.

Simon Storks ist Soziologe M.A. und spezialisiert auf politische Partizipationsforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Seit 2017 ist er als Berater bei pollytix tätig.

Dr. Kai Unzicker ist Senior Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung und dort verantwortlich für die Projekte „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und den Reinhard Mohn Preis 2018 zum Thema „Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten“. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: soziale Kohäsion in Deutschland und im internationalen Vergleich, Umgang mit Vielfalt und Populismus.

Erik Vollmann ist Politikwissenschaftler M.A. und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind vergleichende Politikwissenschaft, Demokratietheorie, Autokratieforschung sowie die Untersuchung der Legitimität und Legitimation politischer Regime. Dabei konzentriert er sich insbesondere auf die europäische Union und die MENA-Region.

Impressum

© Januar 2019
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Kai Unzicker

Autoren

Rainer Faus
Dr. Tom Mannewitz
Simon Storks
Dr. Kai Unzicker
Erik Vollmann

Titelfoto

Roman Babakin / Shutterstock

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Druck

Matthiesen Druck, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Kai Unzicker
Senior Project Manager
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81405
Fax +49 5241 81-681131
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de
www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de

www.bertelsmann-stiftung.de

Berlinscher Vertrag und Parteien-Vertragsgemeinschaft – Eine gesellschaftliche Zukunftspolitikkonzeption?